

PERIODICAL ROOM 1. 9. MRZ. 62 45

freie rundschau

ZEITSCHRIFT FÜR AKTIVE FREIHEITSPOLITIK

AUS DEM INHALT DIESER AUSGABE

Alexander Kashin:

Analyse der Sowjetpresse (I)

David Burg:

**Die Sonderuniversität für Studenten
aus Entwicklungsländern in Moskau**

A. T. S.:

Die junge sowjetische Kunst

Chr. Michael:

Theodor Arnold: „Der revolutionäre Krieg“

Besprechungen neuer Bücher

Inhaltsverzeichnis

	DAS ZWEITE GLEIS	1
SOWJETUNION		
Alexander Kashin:	DIE PARTEI IST NIEMALS SCHULD	3
David Burg:	DIE UNIVERSITÄT „VÖLKERFREUND- SCHAFT“	8
A. T. S.:	DIE VIERTE GENERATION	14
PROBLEME DER GEGENWART		
Martin Stieger:	WAS IST SOWJETKOLONIALISMUS	19
Chr. Michael:	HOFFNUNG, ILLUSION UND BLOCH	25
SOWJETZONE		
Maximilian Stein:	INFILTRATION ÜBER DEN FERNSEH- SCHIRM	30
AGRARPOLITIK		
Stefan C. Stolte:	ERGEBNISSE DER COMECON-TAGUNG	34
FORSCHUNG		
Chr. Michael:	„DER REVOLUTIONÄRE KRIEG“	38
J. Karel:	ZU EINER CHRUSCHTSCHOW- BIOGRAPHIE	39
BÜCHER		
E. Birke: „Frankreich und Ostmitteleuropa“		42
W. Höpker: „Das Mittelmeer“		42
„Literaturverzeichnis der Politischen Wissenschaften“		43
W. Wagner: „Die Teilung Europas“		43
S. Marai: „Geist im Exil“		44
„Die Leiden eines Volkes“		44

Die „freie rundschau – Zeitschrift für aktive Freiheitspolitik“ erscheint zweimonatlich. Sie wird herausgegeben vom Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR (ZOPE) e. V., München, im Verlag des ZOPE, München. Redaktionskollegium: Gregorij Danilow (für den Inhalt verantwortlich), Igor Kronsas, Josef Baritz, alle München. Anschrift der Redaktion und des Verlages: München 19, Renatastrasse 77, Tel. 690 25. Hergestellt im Hausdruck des ZOPE, München. Zu beziehen durch alle Buch- und Zeitschriftenhandlungen oder direkt beim Verlag. Einzelpreis DM 1.-, Jahresbezugspreis DM 4,80, im Inland einschliesslich Porto. Abbestellungen nur jeweils bis 4 Wochen vor Jahresende. Bankkonto Nr. 525 775 bei der Bayerischen Vereinsbank München, Zweigstelle Rotkreuzplatz, Postscheckkonto München 112 816, „Zentralverband Politischer Emigranten aus der UdSSR“. Erfüllungsort und Gerichtsstand sind München. Signierte Beiträge vertreten nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion. Nachdruck von Wort und Bild werden nach Möglichkeit gerne gestattet, jedoch ist vorherige Anfrage bei der Redaktion unbedingt erforderlich.

Das zweite Gleis

Seit den Februartagen des fernen Jahres 1919, an denen Lenins Emissär für die Vorbereitung der Ausdehnung der „Weltrevolution“ auf Deutschland, Karl Radek, in der Moabiter Gefängniszelle seine Tätigkeit auf das Meditieren über die Gründe des Misserfolges seiner Bemühungen beschränken musste, gibt es ein zweites Gleis in der sowjetischen Deutschlandpolitik. Waren bis dahin alle Massnahmen der in Russland zur Macht gekommenen Kommunisten auf eine „Revolutionisierung“ Deutschlands mit Hilfe der „Mobilisierung“ von Massen zum Sturz der deutschen „Bourgeoisie und Reaktion“ gerichtet, so bildete sich nun – wenn auch vorerst lediglich theoretisch – die Konzeption einer Politik des Zusammengehens zweier Staaten – Sowjetrusslands und Deutschlands – im „Kampf gegen den Weltimperialismus“ aus. Radek merkte früher als andere Kommunisten, wie stark die nationalen Ressentiments in Deutschland noch sind und wie verhältnismässig leicht sie vor den Karren der kommunistischen „Weltrevolution“ gespannt werden können. Sahen Lenin und Trotzki in diesen Jahren Russland primär als eine Aktionsbasis für die Ausdehnung der „Weltrevolution“, so hatte Radek bereits die zweite Eigenschaft des neuentstandenen Rätestaates vor Augen: dessen Fähigkeit, nun auch als Staat, als eine Macht unter den Mächten, auf der Bühne der Weltpolitik aufzutreten. War der Versuch einer unmittelbaren „Revolutionisierung“ gescheitert, so konnte durch Ausnutzung der nationalen und nationalistischen Stimmungen in Deutschland eine Kluft im „Lager des Imperialismus“ aufgerissen und das deutsche Potential zur Schwächung oder sogar zur Vernichtung anderer europäischer Grossmächte mit Erfolg benutzt werden. Verblutete sich der deutsche Nationalismus im Kampf für die vermeintlichen „nationalen Interessen“, so würde Deutschland – zusammen mit den von

ihm geschwächten oder gar zerschlagenen „kapitalistischen Staaten“ Westeuropas – eine leichte Beute für die kommunistische „Revolution“ werden.

Diese Gedankengänge Radeks stiessen vorerst in Moskau nicht auf Gegenliebe, und erst das wiederholte Versagen aller Bemühungen um eine deutsche Variante des „Roten Oktobers“ machten sie für Lenin attraktiv. So gaben sie bereits 1922 die Grundlage für das Taktieren Tschitscherins in Genua ab und führten dann zu dem berühmt-berüchtigten Rapallo-Vertrag. Aber erst unter Stalin erlebten sie ihre volle Entfaltung. Das Ausbleiben der „Weltrevolution“ und die Ablösung der Leninschen Garde der „Berufsrevolutionäre“ durch die Apparatschiks verhalfen dem Gedanken zum Sieg, das Räterussland sei kein Provisorium mehr, nicht lediglich eine „Initialzündung“ für die „proletarische Weltrevolution“, sondern ein Staat, der zugleich auf der Ebene der Weltpolitik und – als Zentrum der kommunistischen Weltbewegung – im revolutionären Untergrund an der „Veränderung der Welt“ zu arbeiten vermochte.

Die Unterstützung aller Kräfte, die nunmehr auf eine Revision des Versailler Vertrages drängten und die Bekämpfung aller Anhänger eines Ausgleiches mit den Westmächten wurde zur Maxime der Deutschlandpolitik Stalins bis zum Jahre 1941. Wenn auch diese Politik die Sowjetunion selbst an den Rand des Zusammenbruchs brachte, so erreichte sie immerhin die Ausnutzung des „deutschen Schwertes“ für die Sache der „Weltrevolution“: das Schicksal Osteuropas und mit ihm eines Teiles Deutschlands wurde vorerst zu Gunsten des Kommunismus entschieden.

Für Jahre wurde dann das „nationalistische“ Gleis der sowjetischen Politik vernachlässigt. Erst die Stärkung der Bundes-

republik und das Versagen anderer Mittel, ganz Deutschland zu sowjetisieren, veranlassten Stalin erneut, auf die Karte des deutschen Nationalismus zu setzen. Die Mobilisation begann zuerst im Untergrund und brachte – mit kommunistischer Hilfe – einzelne Blüten nationaler Vereinigungen und Blättchen hervor. Die Einschaltung der „grossen Politik“ liess nicht lange auf sich warten: Die raschen Fortschritte der europäischen Integration lösten die Noten der Jahre 1952 und 1953 aus, die ihr Ziel verfehlten, da ein virulenter deutscher Nationalismus nur in den Köpfen der Kremlgewaltigen, nicht aber in der Realität existierte.

Wieder kam nun für Jahre die „nationale“ Konzeption auf ein Nebengleis. Dass sie nicht völlig vergessen blieb, bewies das Gespräch zwischen Chruschtschow und einer Gruppe französischer Sozialisten im Frühjahr 1956. Der neue Herr des Kremls drohte damals seinen Gesprächspartnern mit der angeblich stets vorhandenen Möglichkeit, sich mit den Deutschen „zu arrangieren“, falls Frankreich auf bestimmte sowjetische Vorschläge nicht eingehen wolle.

Es ist wirklich kein Zufall, dass die erneute kommunistische Spekulation mit dem deutschen Nationalismus in dem Augenblick einsetzte, da sich die Bemühungen um die Isolierung der Bundesrepublik als erfolglos und die Berlin-Frage als nicht genügend wirksam erwiesen haben. Noch mehr: die raschen Fortschritte der europäischen Integration, die Änderung der Haltung Englands ihr gegenüber, die Gesuche mehrerer Neutraler um die Aufnahme in die EWG und die neuen Gedanken in den USA über die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit ihr haben sie neu belebt. Bismarcks Rückversicherungs-Vertrag, der Geist von Tauroggen und Rapallo begann erneut in der sowjetischen Propaganda herumzugeistern. Höchstens, dass diesmal die Ziele nicht so weit gesteckt sind wie 1952: eine Abspaltung Deutschlands vom Westen erschiene zwar sehr wünschenswert, aber da soetwas vorerst kaum denkbar ist, würde schon eine ausgeprägte Vertrauenskrise innerhalb des westlichen Lagers den Kremlpolitikern für diesmal genügen.

Es bliebe zu fragen, warum Moskau die nationale Karte ihrer Deutschlandpolitik so

hoch einschätzt und selbst ohne reale Schritte – wie zum Beispiel auf dem Felde der Wiedervereinigung – sie ausspielen zu können glaubt? Das auf dem XXII. Parteikongress jüngst verabschiedete Programm der KPdSU zeigt sehr deutlich, dass der Kommunismus die westliche Welt nur durch die Brille des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts zu sehen vermag. Er unterliegt seiner eigenen fatalen Logik: Ist der Imperialismus das „höchste Stadium“ des Kapitalismus und kann auf ihn nur die „proletarische Revolution“ folgen, so kann es im Westen seit den Tagen von Marx und Lenin keine qualitativen Veränderungen mehr gegeben haben oder geben. Nur Spielarten des Imperialismus sind denkbar. Der nationale Staat und seine Ideologie, der Nationalismus, sind somit die „höchste Stufe“ in der Entwicklung der westlichen Gesellschaft. Wenn dem so ist – und die Kommunisten sind gezwungen bei Strafe des Untergangs des eigenen Herrschaftsanspruchs so zu denken –, so erscheint ihnen die Umstellung der Weichen ihrer Politik auf das „nationale Gleis“ als eine zwar vielleicht auch etwas riskante (man denke an die Erfahrungen mit Hitler), aber dennoch durchaus brauchbare Ergänzung ihrer Bemühungen um die „Veränderung der Welt“.

Damit zeigen sie aber auch ihre schwächste Stelle. Es ist offensichtlich, dass alle auf die Integration Europas gerichteten Bemühungen, dass alle Schritte zur Überwindung der nationalen Politik und alle Massnahmen zur beschleunigten Aufhebung der europäischen Kleinstaaterei der sicherste Weg zur Auslösung der Kompromissbereitschaft der Kommunisten sind. Die seit dem 13. August 1961 hier und da festzustellende Skepsis hinsichtlich der Bereitschaft der Westmächte, der sowjetischen Herausforderung massiv zu begegnen, darf daher unter keinen Umständen zu der völlig irrationalen und nur die Absichten des Kreml (und auch Pankows) fördernden Belebung nationaler Ressentiments in Deutschland oder auch in anderen westlichen Ländern führen. Sie kann mit Erfolg nur überwunden werden durch das Festhalten an den Positionen des Westens in Berlin und in Europa und den über das Wirtschaftliche hinausgehenden Bemühungen um den Zusammenschluss der freien Staaten des alten Kontinents.

Die Partei ist niemals schuld

Ergebnisse einer Analyse der Sowjetpresse [1]

VON ALEXANDER KASHIN

In einem Gespräch mit dem Autor sagte einmal ein nach dem Westen geflohener ehemaliger sowjetischer Student:

„Wissen Sie, Anfang der fünfziger Jahre hatten wir das Gefühl, dass wir vor einer Wand stünden: Das Leben hat aufgehört, es geschieht nichts und es wird auch nie etwas geschehen, wir sind zwar am Leben, aber zugleich tot, denn Leben ist Bewegung, und das gerade ist es, was uns unter sagt ist. Zweifellos ist es Stalin seinerzeit gelungen, das zu verwirklichen, wovon der zaristische Ministerpräsident Pobedonoszew nur träumte, nämlich „Russland erfrieren zu machen“, das Land in eine Art Kühlschrankschrank zu sperren und das Leben an seiner Entfaltung zu hindern. Die Wand war da; nicht so wie in Berlin, sie war unsichtbar, geistig – und trotzdem für jeden fühlbar. Sogar die westlichen Kremlastrologen bekamen sie am eigenen Leib zu spüren, denn es gab keine Zeichen, die sie hätten deuten können.

Und dann war Stalin tot und die Wand war weg. Das geschah freilich nicht sofort, nicht innerhalb von 24 Stunden, und man muss bedenken, dass alle Nachfolger Stalins, Chruschtschow nicht ausgenommen, ihr möglichstes tun, um diese Wand wieder zu errichten. Doch es gelingt ihnen nicht. Die Stimmen, die aus der Sowjetunion dringen, besonders die Stimmen der sowjetischen Jugend, werden lauter und lauter.“

Man sollte das nicht mit der sogenannten Liberalisierung verwechseln. Der Autor ist der Überzeugung, dass es eine solche „Liberalisierung“ an und für sich nie gegeben hat, dass sie nichts ist als ein Hirngespinnst ziemlich naiver Leute im Westen. Die Entwicklung, der wir nun beiwohnen, stellt nichts anderes dar, als einen Sieg des Lebens über den Tod. Was Chruschtschow wollte, war lediglich eine Modernisierung der Ordnung Stalins. Die Maschine – die Staats- und die Parteimaschine – war verrostet, man musste sie ölen, man musste ihr grössere Beweglichkeit verleihen. Das strebte Chruschtschow an, und er strebt es immer noch an. Doch mit diesen seinen

Bemühungen weckt er Kräfte auf, die sein eigenes Verderben heraufbeschwören können.

Die sowjetische Presse ist neuerdings lesbar geworden. Freilich gehören besondere Augen dazu, wie sie nur Menschen besitzen, die ihre Erfahrungen im Leben unter dem Kommunismus gesammelt haben. Ein durchschnittlicher westlicher Bürger würde sich bei der Lektüre dieser Zeitungen nur langweilen, und das mit Recht. Denn schliesslich sind sie nicht für ihn bestimmt, sondern für solche, die sie zu lesen verstehen, zu lesen und zu deuten.

Wir haben uns in diesem und in den geplanten weiteren Artikeln dieser Reihe die Aufgabe gestellt, eine Art Vermittlerrolle zwischen der sowjetischen Presse und dem westlichen Leser zu übernehmen. Das heisst, dass wir sie mit den Augen eines ehemaligen sowjetischen Bürgers lesen und deuten wollen, so wie das der sowjetische Bürger heute mit grösster Wahrscheinlichkeit ebenfalls tut. Dabei werden wir uns in erster Linie an folgende Prinzipien halten:

Kritisiert die sowjetische Presse irgendeinen Missstand, so bedeutet das, dass dieser Zustand ziemlich verbreitet ist und dass man sich deshalb gezwungen sieht, ihn mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen. Geht es in irgendeinem Artikel in der sowjetischen Presse um grundlegende Stimmungen, die angeblich nur vereinzelt anzutreffen sind, so heisst das, dass in Wirklichkeit diese Stimmungen dermassen um sich gegriffen haben, dass man sie einfach anprangern muss. Kurzum, die sowjetische Presse befasst sich nur mit Typischem, wird jedoch stets so tun, als stellte dieses Typische lediglich Ausnahmen dar.

Und nun zur Sache. Wie bereits erwähnt, existiert die Wand, die in den Zeiten Stalins errichtet worden ist, heute nicht mehr; zumindest kann man jedenfalls behaupten, dass diese Wand grosse Risse aufweist, durch die lebendiges Leben hindurchzuströmen und sich bemerkbar zu machen vermag. Mit irgendwelchen liberalen Sympathien der heutigen kommunistischen Führung in der

Sowjetunion hat das nicht das geringste zu tun. Das, was auf diesem Gebiet heute geschieht, geschieht nicht deshalb, weil freie Meinungsäußerung plötzlich ein Programmpunkt Chruschtschows geworden wäre, sondern deshalb, weil er sowie alle anderen führenden Persönlichkeiten im Kreml sich als unfähig erweisen, den Status quo, der unter Stalin geherrscht hatte, wiederherzustellen. Davon abgesehen geschieht es auch deshalb, weil Chruschtschow bisher noch nicht imstande war, die Partei – und in erster Linie die führende Schicht der Partei – ganz unter seine Kontrolle zu bringen. In der Tat könnte man vielleicht sogar von einer Art feudalistischer Gesellschaftsordnung in der Sowjetunion sprechen, unter der, sagen wir einmal, die Bezirksparteisekretäre im Vasallenverhältnis dem grossen Souverän in Moskau gegenüber stehen, während sie in ihrem eigenen Gebiet über eine ziemlich beträchtliche Handlungsfreiheit verfügen.

Feudalistische Gesellschaft? Für den Fall, dass jemandem diese historische Parallele doch zu weit hergeholt erscheint, können wir ja auch von einer aristokratischen Gesellschaft sprechen, und das unbedingt zu Recht. In der Sowjetunion von heute ist nämlich zweifellos eine Schicht von Menschen vorhanden, die nach dem unsterblichen Wort von George Orwell „sich mehr gleich sind als den anderen“. Um diese Verfechter einer neuen Gleichheitsauffassung geht es zum Beispiel in einem Artikel der Zeitung *Iswestija* (Nr. 173/1961), in dem von den Aufnahmebedingungen in der 89. Schule in Kiew die Rede ist. Diese Schule ist dadurch bemerkenswert, dass Unterrichtssprache Englisch ist, dass also ihre Absolventen gute Aussichten auf eine diplomatische oder zumindest eine journalistische Karriere haben.

Nach welchen Prinzipien nun werden die Kinder in diese Schule aufgenommen? Aus den Schilderungen der Zeitung geht ziemlich klar hervor, dass hierbei in erster Linie die Gesellschafts- oder besser: die Parteistellung der Eltern eine Rolle spielt. Ein Kandidat wird abgewiesen, weil bei ihm zwei Vorderzähne fehlen und er deshalb angeblich die englische Aussprache nicht richtig würde erlernen können. Ein anderer gefällt den Prüfern deshalb nicht, weil er Brillenträger ist. Jeder Vorwand zur Ablehnung ist gut genug, wenn der Kandidat oder die Kandidatin nicht aus einer Elitefamilie stammt.

Und nun ein anderes Beispiel für die privilegierte Stellung der sowjetischen „Aristokratie“, diesmal der Zeitung *Komsomolskaja Prawda*, also dem Organ der Jungkommunistenorganisation entnommen.

„Es ist bezeichnend“, so steht in diesem Artikel zu lesen, in dem von einer Technischen

Hochschule die Rede ist, „dass man im Institut auf die Stimme der Gesellschaft, auf die Stimme der Komsomolzen überhaupt nicht hört. Während einer Konferenz hatte ein ehemaliger Sekretär des Komsomol im Namen aller Jungkommunisten des Instituts erklärt: Wir fordern, dass der Säuer, Raufbold und Faulenzer Borodin aus dem Institut ausgeschlossen wird! – Wie können wir Borodin ausschliessen, wenn sein Vater Staatsanwalt ist? hatte der Direktor erwidert. Und Borodin zählt immer noch zu den Studenten des Instituts.“

Übrigens zeichnet sich dieses Institut – sicherlich aber auch viele andere Hochschulen der Sowjetunion, für die der hier behandelte Fall stellvertretend zu verstehen ist – noch durch andere „Relikte aus vergangenen Zeiten“ aus. Mehrere Hätschelkinder der sowjetischen Gesellschaft hat man aus diesem Institut zwar wegen ungenügender Leistungen ausgeschlossen, ihnen aber dann wenig später die Teilnahme an den Fernkursen desselben Instituts gestattet, was wiederum das erste Stadium für eine Wiederaufnahme bedeutet. Freilich durften Kinder aus „plebejischen“ Familien mit einer solchen Nachsichtigkeit nicht rechnen: Für sie war jeder Ausschluss unwiderruflich.

FREIMÜTIGE LESERBRIEFE

Man könnte selbstverständlich fragen, aus welchen Gründen die sowjetische Presse die eigene Parteiaristokratie anprangere und sie so in den Augen der Bevölkerung schlecht mache. Die Antwort hierauf muss höchstwahrscheinlich lauten: Diese Aristokratie ist Chruschtschow beziehungsweise generell dem höchsten Gremium der Partei über den Kopf gewachsen. Eine totalitäre Diktatur jedoch ist nach dem Führerprinzip aufgebaut, und dieses Prinzip duldet keine Konkurrenz, sei es von ganz unten, also seitens der ganzen Bevölkerung, oder sei es von nicht ganz oben, also seitens der erfolgreichen Parteibürokraten. Da aber nach dem Tode Stalins die wichtigste Stütze seiner Macht, die Geheimpolizei, aus verständlichen Gründen weitgehend abgebaut worden ist, bleibt Chruschtschow nichts anderes übrig, als sich in seinem Kampf gegen die Parteibürokraten auf die Volksmassen zu stützen. Darin ist ja auch höchstwahrscheinlich der tiefere Sinn der ganzen „Entstalinisierung“ zu suchen.

Doch wenden wir uns wieder den angeschnittenen Fragen zu. Die Stellung der Partei im akademischen Leben des Landes ist genauso stark, wie sie es zu Lebzeiten Stalins war. Die Partei bestimmt noch immer alles; das aber führt mitunter zu Konflikten, die für sie sehr unangenehme Folgen haben. Der Fall des Moskauer Studenten

Slawa Tzuzkow beleuchtet die Lage auf diesem Gebiet schlagartig. Slawa zählte zu den besten Studenten seiner Universität; seine Kollegen und seine Professoren sagten ihm eine glänzende wissenschaftliche Karriere voraus. Doch eines Tages war diese Karriere beendet, noch ehe sie richtig hatte beginnen können: Er wurde aus seinem Institut ausgeschlossen, und zwar deshalb, weil er nach der Meinung eines politischen „Inspektors“ zu wenig Interesse an der gesellschaftlichen Arbeit gezeigt habe. Slawa besass also kein ausgesprochenes ideologisches Bewusstsein und musste deshalb die Universität verlassen. Diese Entscheidung traf ihn so hart, dass er Selbstmord beging und damit eine Lawine ins Rollen brachte, die die Partei nicht ohne weiteres aufzuhalten vermochte.

Seitens der höheren Instanzen versuchte man, den Vorfall damit abzutun, dass man die Schuld einfach auf den besagten „Inspektor“ abwälzte. Er sei es gewesen, der eine falsche Entscheidung getroffen und damit dem Leben eines ungewöhnlich begabten Studenten ein Ende gesetzt habe. Die Partei belaste das unglückliche Ereignis nicht im geringsten.

Die Redaktionen der sowjetischen Zeitungen wurden daraufhin jedoch mit Leserbriefen überhäuft, die den Fall in seinen Grundzügen analysierten. Nicht nur die Kollegen des in den Tod Getriebenen und nicht nur die Studenten im allgemeinen, auch Professoren griffen die Einrichtung der politischen Inspektoren als solche an. Die Partei wurde gezwungen, Stellung zu beziehen und als erstes wenigstens einige der besagten Briefe zu veröffentlichen.

„Die wissenschaftliche Ausbildung der Studenten wird bei uns nicht von Professoren, sondern von den Inspektoren überwacht“, meldete sich eine Studentin zu Wort. „Das sind aber meistens Leute, die ihrerseits keine wissenschaftliche Ausbildung genossen und überhaupt keine Ahnung von der akademischen Tätigkeit haben. Sie wissen nicht einmal, was ein Mensch benötigt, um ein moderner Wissenschaftler zu werden.“

Ein Kiewer Student berichtete über einen Fall, der sich an seiner Universität ereignet hat.

„Zwei Studenten wurden von dem zuständigen Inspektor gehindert, ihr Studium der höheren Mathematik fortzusetzen. Er hielt sie für undiszipliniert und reaktionär. Der Akademiker Leontowitsch unterzog die beiden dennoch einem Examen, das sie beide glänzend bestanden. Nach dieser Prüfung kam der Professor ins Dekanat und sagte: 'Habt ihr vielleicht noch ein paar solcher 'Rowdies' zu prüfen? Ich könnte sie nämlich sehr gut gebrauchen!'“

Und der Einsender eines Leserbriefes schliesslich zieht die Bilanz der Diskussion, indem er eine Frage an die Partei im allgemeinen richtet:

„Ich möchte gern wissen, wer auf die blödsinnige Idee verfallen ist, Menschen dadurch zu strafen, dass man ihnen die Betätigung auf wissenschaftlichem Gebiet untersagt?“

Ja, wer ist eigentlich auf diese Idee gekommen? Die Partei tut heute natürlich so, als ob es sich bei den hartgesottenen Inspektoren nur um einige Funktionäre gehandelt hätte, die das in sie gesetzte Vertrauen nicht gerechtfertigt hätten. Die Studenten und die Hochschullehrer sind sich jedoch ohne Zweifel darüber im klaren, dass das ganze Übel *im System* wurzelt und nur mit dem System selbst beseitigt werden kann. Die Forderung nach der Abschaffung der Einrichtung der politischen Inspektorate ist demgemäss auch überall durchzuhören – leise nur und oft verschlüsselt, wie es unter den sowjetischen Verhältnissen auch nicht anders sein kann, doch sie wird erhoben, und das beweist zweierlei: Erstens, dass – wie schon gesagt – die akademische Jugend sich vollkommen darüber im klaren ist, wer der Schuldige an dem Selbstmord Slawa Tzuzkows ist; und zweitens, dass die psychologische Mauer der Stalin-Ära nicht mehr existiert, sonst würde selbstverständlich niemand wagen, ein solches Verlangen auch nur anzudeuten. Unter Stalin wäre die erwähnte Tragödie ja mit grösster Wahrscheinlichkeit geheim geblieben und hätte die Redaktionsbüros der sowjetischen Presse gar nicht erst erreicht.

SEELISCHE FOLTERUNG

So ergeht es also solchen Leuten, die sich nicht auf die Unterstützung irgendeines allmächtigen Herrn Papas verlassen können, der in der Partei einen hohen Posten bekleidet und demgemäss, wo nötig, einen Druck auszuüben vermag – auch auf die Inspektoren, sei es mit welchen Mitteln immer.

„Etwas Aussergewöhnliches ist geschehen“, berichtet die *Komsomolskaja Prawda* ein andermal, am 21. November 1961. „Zu der Bestattung von Lidia, einer einfachen Lehrerin, versammelten sich Hunderte von Menschen.“

Man könnte denken, es gehe um eine Lehrerin, die irgendwie der Partei grosse Dienste erwiesen habe und dafür von eben dieser Partei geehrt wurde. In Wirklichkeit sieht die Sache jedoch ganz anders aus. Die Hunderte von Menschen, die an dem Begräbnis einer einfachen Lehrerin teilnahmen, waren nicht gekommen, weil die Partei das etwa befohlen hatte, sondern im Gegenteil des-

halb, weil dieses Begräbnis eine Art Demonstration gegen die Partei darstellte. Denn Lidia Iwanowna Kuznetzowa, ein Mädchen von 29 Jahren, war wie der Student Slawa Tzuzkow von der Partei – oder jedenfalls von einem ihrer Vertreter in den Selbstmord getrieben worden. Der Tarbestand sieht, laut *Komsomolskaja Prawda*, folgendermassen aus: Lidia Kuznetzowa, Lehrerin in Sewastopol, lebte in einem Studentenheim, obwohl sie, wie bereits erwähnt, 29 Jahre alt war. Alle ihre Bemühungen, eine Wohnung oder auch nur ein Zimmerchen zu finden, blieben erfolglos. Eines Tages wurde die Kuznetzowa beschuldigt, Männer bei sich empfangen zu haben. Daraus entstand die übliche kommunistische Prozedur der seelischen Folterung. Das Lehrheim, die Schulleitung nahmen daran teil. Hatte sie nun also „Männer“ empfangen oder nicht? Nun, die Wahrheit war wesentlich harmloser: Richtig war, dass ihr Verlobter zweimal in ihrem Zimmer übernachtet hatte, weil er die letzte Fähre versäumte und nicht mehr nach Hause konnte.

Es wurden Versammlungen organisiert, in denen die Kuznetzowa mit Dreck beworfen wurde. Sie versuchte, ihre Lage zu erklären, bat um Verständnis. Schliesslich könne sie ja nichts dafür, dass sie mit ihren 29 Jahren immernoch kein selbständiges Leben zu führen imstande sei. Doch alles das nützte nicht. Die Parteispiesser waren im Recht – oder glaubten zumindest, im Recht zu sein – und der Fall der hilflosen Lehrerin war für sie ein gefundenes Fressen. Man erwartete von ihr, dass sie um Verzeihung bitte, dass sie sich erniedrige, dass sie mehr erzähle, als überhaupt geschehen war. Sie aber wollte nicht bereuen, ja sie ging im Gegenteil zu einem Gegenangriff über: „Schliesslich bin ich nicht mehr 17, ich bin 29.“ Das waren dann die letzten Worte, die man von ihr zu hören bekommen hatte. Eine Stunde später war sie tot.

„Sie haben sie zu Tode gehetzt“, rief entsetzt eine andere Lehrerin namens Agapowa aus.

Die Schuld der Partei ist eindeutig. Zunächst zwang sie eine junge Lehrerin, in völlig menschenunwürdigen Verhältnissen zu leben. Als diese dann vollkommen verständlicherweise dennoch ihr eigenes Leben leben wollte, besudelte man ihren Namen und hetzte sie solange, bis sie es nicht mehr ertragen konnte. Doch die Partei, in ihren höchsten Instanzen, bestreitet auch in diesem Falle wiederum jede Schuld. Im Gegenteil: ihre Sympathien liegen ganz eindeutig auf der Seite der Kuznetzowa. Schuld sind die lokalen Funktionäre, die das Vertrauen der höheren Gremien nicht gerechtfertigt haben. Die Kundgebung, zu der die Bestattung der Lehrerin ausartete und die ganz klar gegen die Partei gerich-

tet war, wollte diese in eine Demonstration der prokommunistischen Gefühle umfälschen. Deshalb der Artikel in der *Komsomolskaja Prawda*, deshalb die Anprangerung der lokalen Funktionäre. Die Partei schliesst sich der Stimmung der Volksmassen an und behauptet, nie anders gedacht und gefühlt zu haben als diese.

EIN VOTUM DER SCHULKINDER

Doch damit ist unsere Geschichte noch lange nicht zu Ende. Man liess Lidia Kuznetzowa auch nach ihrem Tode nicht in Ruhe. Himmel und Hölle wurden in Bewegung gesetzt, um sie als den schuldigen Teil erscheinen zu lassen. Dem widersprach freilich die Demonstration bei der Bestattung. Aus welchem Grunde waren Hunderte von Menschen gekommen, um einer einfachen Lehrerin das letzte Geleit zu geben? Die Funktionäre waren um eine Antwort nicht verlegen: Die Demonstration sei von Baptisten und anderen religiösen Sekten organisiert gewesen. Als diese Antwort von niemandem ernstgenommen wurde, fing man an, die Schuldigen in der Umgebung der Lehrerin zu suchen. Alle ihre Freunde, alle Lehrer und Lehrerinnen, die aus ihrer Sympathie für das gehetzte Mädchen kein Hehl gemacht hatten, wurden unter Beschuss genommen. Schliesslich suchte man die Schuldigen auch noch unter den Eltern der Kinder, die die Kuznetzowa besonders geliebt hatten. Warum hat dieses oder jenes Kind die Schule geschwänzt, um der Bestattung beiwohnen zu können? Warum legte dieser oder jener Vater, die eine oder andere Mutter Blumen auf das Grab der Lehrerin?

Die Lehrerin Agapowa, die die Selbstmörderin gefunden und ausgerufen hatte: „Sie haben sie zu Tode gehetzt“, wurde vor eine eigens gebildete Kommission geladen. Man versuchte auch ihr die Schuld an der Kundgebung anzuhängen. Wie die Zeitung berichtet, wurde sie einem politischen Verhör unterzogen.

„Welches ist Ihre Einstellung gegenüber dem Revisionismus?“ wurde sie gefragt, und: „Was ist die ökonomische Basis der sowjetischen Gesellschaft?“

Eine andere Lehrerin namens Zinowiewa wurde in demselben Zusammenhang über ihre Stellungnahme zu der Lage in Algerien, in Laos und auf Kuba befragt.

Doch nun meldeten sich wiederum die – wie die sowjetische Propaganda mit Vorliebe sagt – „einfachen Menschen“ zu Wort. Tausende von Briefen kamen nach Sewastopol, berichtet die *Komsomolskaja Prawda*. Menschen schrieben sie, die die Kuznetzowa nie gekannt hatten, von ihrer

Geschichte aber bewegt waren. Auch die Kinder der Schule, in der die Kuznetzowa tätig gewesen war, ergriffen ihre Partei.

„An den Wänden, in der Schule, auf den Schultafeln erschienen zornige Sprüche, von Kinderhand geschrieben. Die Sprüche wurden beseitigt, der Direktor besuchte alle Klassen, untersuchte die Hände der Zöglinge auf Farb- oder Kreidereste. Die Eltern wurden vorgeladen. Man verlangte von ihnen, dass sie auf ihre Kinder Druck ausübten, damit die letzteren den Direktor begrüßten, bei seinem Erscheinen aufstünden. Aber das Urteil der Kinder war nicht so leicht zu revidieren. Es lautete klar und eindeutig: Böse Menschen haben Lidia Iwanowna gekränkt. „Sie haben sie beschimpft und sie konnte das nicht mehr aushalten“ (aus dem Brief eines Schülers).

Das alles geschah, bevor sich die Zeitung einschaltete. Als die Partei die Schlacht gegen die „einfachen Menschen“ und vor allem gegen die Kinder und mit ihr ihr reines Gewissen verlor, machte sie eine Kehrtwendung. Der besagte Artikel der *Komsomolskaja Prawda* erschien, die lokalen Funktionäre mussten für etwas einstehen, was an und für sich in der ganzen Sowjetunion tagein tagaus geschieht und niemanden über rascht.

Man täusche sich nicht: Es gibt eine öffentliche Meinung in der Sowjetunion. Sie äussert sich sehr vorsichtig, tastet erst ab, ob ihr Eingreifen nicht etwa als konterrevolutionär oder gar als Sabotageakt aufgefasst werden kann. Manchmal aber artet sie in eine regelrechte Demonstration des Volkswillens aus. In diesen Fällen erringt sie praktisch immer einen Sieg über die Partei.

SONDERBARE BERUFSBERATUNG

Die Partei, die Partei, die hat immer recht – so singen die Kinder in der Ostzone. In der Sowjetunion wissen auch die Kinder, dass die Partei meistens im Unrecht ist. Oder besser gesagt, gerade die Kinder, gerade die Jugendlichen wissen es am besten. Und manchmal sagen sie es auch, manchmal sogar ganz offen. So zum Beispiel im Jahre 1956, als die Studenten, denen Dudinzew zu erklären versuchte, sein Roman sei gar nicht als parteifeindliches Werk gedacht, ihm verächtlich den Namen seines spiessigen Helden Drowsow zuriefen. Oder wie bei der Bestattung Pasternaks, die ja ebenfalls zu einer Demonstration wurde.

Die Jugend! Der Sowjetstaat rühmt sich, für eben diese Jugend sehr viel getan zu haben. Er übernimmt die ganze Verantwortung für den jungen Menschen. Er versucht ihn so zu formen, wie er ihn haben möchte. Doch die Jugend lässt sich

nicht so ohne weiteres „formen“. Sie hat *ihre* Ideale und *ihre* Wunschvorstellung, die denen der Partei ganz gewiss nicht entsprechen.

Zwei Episoden sollen diesen Bericht über Veröffentlichungen der sowjetischen Presse abschliessen.

„Das Haus, das vom Grossvater gebaut wurde“, heisst eine Meldung in der Zeitung *Sowetskaja Rossia* vom 16. Februar 1961. Ein 9jähriger Knabe, Wassja, hatte seinen Vater und seinen Grossvater verloren. Seine Mutter war noch früher gestorben. Wassja blieb bei seiner Stiefmutter. Der Grossvater hinterliess ihm ein Haus, etwas Geld und allerhand Gegenstände. Laut Gerichtsbeschluss wurde das Haus der Stiefmutter übergeben, Wassja bekam nur das bare Geld, das unter seinem Namen auf ein Sparbuch eingezahlt wurde. Doch ein Verwandter des Knaben, der den Posten des Sekretärs eines Dorfkomitees bekleidete, schrieb an die Zeitung und beklagte sich wegen dieser Entscheidung.

Der Journalist der *Sowetskaja Rossia* nahm den Mann in die moralischen Zangen. Der Staat übernimmt doch die ganze Verantwortung, wozu braucht Wassja dann noch das grossväterliche Erbe? Der Staat wird ihn in ein Heim schicken und er wird dieses Heim als „Pilot, als Ingenieur oder als Agronom verlassen“.

Das Urteil als solches interessiert hier wenig. Möglich, dass auch ein westliches Gericht zu keiner anderen Entscheidung gekommen wäre. Viel wesentlicher ist in unserem Fall zweierlei: Einmal die Versicherung, dass in dem Augenblick, in dem der Staat die Verantwortung für ein Kind übernommen hat, für dieses alle Sorgen vorbei seien (es handelt sich natürlich um den sowjetischen Staat); zum anderen aber der erstarkende Wille zum Eigentum, der selbst das Handeln eines zwar untergeordneten, aber immerhin einen Funktionärsposten bekleidenden Parteimitglieds bestimmt.

Eine andere Meldung der *Komsomolskaja Prawda* vom 8. Oktober 1961 schliesslich berichtet über die Zustände in einer Berufsschule. In dieser Anstalt wurde nämlich die Entscheidung über den künftigen Beruf des Schülers durch – das Los herbeigeführt! Als sich die Zöglinge dieserhalb bei einem der Lehrer beklagten, sagte dieser tröstend: „Ist ja nicht fürs Leben. Später könnt ihr den Beruf immer noch wechseln!“

Das ist nur ein Beispiel für die Verhältnisse an sowjetischen Schulen. Man könnte viele solcher Beispiele anfügen. Es gibt Schulen, die in erster Linie durch die Lehrer, die nie nüchtern sind, Berühmtheit erlangten; Schulen, in denen anständige Lehrer gehetzt werden und Lehrer, die an

ihrem Beruf gar nicht interessiert sind, dafür aber gute Beziehungen zu höheren Parteiinstanzen unterhalten, grosse Karriere machen. Diese Schulen also sind es, die – nach der Meinung der Journalisten der *Sowetskaja Rossia* – für die gute Erziehung und für eine glänzende Zukunft des kleinen Wassja bürgen sollen!

Die Sowjetmacht hat es sich leicht gemacht. Sie übernimmt die Verantwortung im ganzen, lehnt sie aber für den Einzelfall ab. Sie setzt schlechte Lehrer an verantwortungsvolle Posten, will aber für die Konsequenzen nicht einstehen. Im Grunde genommen sind Partei und Staat in der Sowjetunion für nichts verantwortlich. Das hindert sie

indessen nicht, sich selbst dauernd und unüberhörbar Loblieder zu singen: schon ein oberflächliches Studium der sowjetischen Presse bestätigt das. Es bestätigt aber auch die Ansicht, dass das Gros der sowjetischen Bevölkerung sich hierüber vollkommen im klaren ist und auf günstige Gelegenheiten wartet, um seine Meinung kundzutun. Gerade das ist es, was die Beschäftigung mit dieser Presse so wichtig macht – dass man aus ihr die Stimmungen der Sowjetmenschen herauslesen und auch ihre Wünsche ableiten kann. Nicht zuletzt aber wird man so Zeuge der ständigen Desavouierung der Partei durch die Bevölkerung, die sie so fest in der Hand zu haben glaubt.

Die Universität „Völkerfreundschaft“

VON DAVID BURG

Das zweite Lehrjahr an der Universität „Völkerfreundschaft“ in Moskau hat begonnen. Diese Universität ist in dem Gebäude einer früheren Militärakademie untergebracht und heisst *Patrice-Lumumba-Universität*¹⁾. Die 542 ausländischen Studenten haben im vergangenen Jahr einen Vorbereitungslehrgang absolviert, dessen hauptsächliches Ziel die Erlernung der russischen Sprache war. Jetzt wurden sechs Hauptfakultäten eröffnet: eine für Physik, Mathematik und Naturwissenschaften, eine technische, eine landwirtschaftliche, eine medizinische, eine historisch-philologische und eine für Wirtschaft und Jura. Ausserdem gibt es noch 14 Spezialfächer.

Das Studium dauert vier Jahre. Zugleich mit den Ausländern haben sich auch 60 Sowjetstudenten immatrikuliert. Sie besuchten im vergangenen Jahr ebenfalls den vorbereitenden Lehrgang; was sie dort lernten, während die Ausländer sich mit der russischen Sprache beschäftigten, ist nicht ganz verständlich. Man kann ja auch nur raten, was das eigentlich für Leute sind und nach welchen Gesichtspunkten sie ausgewählt wurden. In diesem Jahr sind zum zweiten Vorbereitungslehrgang 700 Studenten zugelassen worden. Aber nur 520 von ihnen kamen direkt aus dem Ausland – aus 50 verschiedenen Staaten in Asien, Afrika und Südamerika. Der Rest sind Sowjetstudenten und Ausländer, die vorher bereits an anderen Hochschulen in der Sowjetunion studierten.

Nach offiziellen statistischen Angaben²⁾ soll die Zahl der an dieser Universität immatrikulierten Studenten bis 1965 auf drei- bis viertausend gebracht werden. Die Gründung dieser internationalen Universität, an der speziell Studenten aus unterentwickelten Ländern ihr Studium an den verschiedensten Fakultäten absolvieren sollen, ist eine sehr bemerkenswerte Tatsache.

Eine solche internationale Universität ist nicht nur ein Novum in der UdSSR, sie hat auch keine Vorläufer in der Geschichte der Universitäten anderer Länder. Zwar hat es bereits in den zwanziger Jahren in Moskau die Universität für die Völker des Ostens gegeben, aber das war ganz offensichtlich nur eine der vielen Schulen für den politischen Kampf. Beim Vatikan gibt es eine Hochschule, an der Ausländer studieren, und in Brügge existiert seit einigen Jahren das Europa-Institut. Diese Hochschulen haben jedoch – ganz im Gegensatz zur Lumumba-Universität – einen ganz speziellen Charakter. Nach Chruschtschows Rede in Indonesien, in welcher der Plan der Grün-

1) Die hier angeführten Zahlen und Tatsachen sind – soweit keine anderen Quellen angegeben – dem von dem Direktor der Universität „Völkerfreundschaft“, S. W. Rumjanzew, geschriebenen Artikel *Das erste Lehrjahr an der „Völkerfreundschafts-Universität“* entnommen; er ist in Nr. 5/1961 des *Westnik vysschej schkoly* (Hochschulnachrichten) (Seite 108-110) erschienen.

2) *Komsomolskaja Prawda* vom 23. 5. 1961

dung einer „Freundschafts-Universität“ zum ersten Mal erwähnt wurde, begann ein enormer Propagandafeldzug. Daraufhin wurde aus Rom berichtet, dass auch die katholische Kirche beabsichtige, eine Universität für Afrikaner zu gründen³⁾. Diese Pläne sind jedoch bisher nicht verwirklicht worden, und sie haben auch bei den Afrikanern selbst keinen besonders freundlichen Widerhall gefunden⁴⁾.

Schon seit einigen Jahren steht ferner die Gründung einer europäischen Universität in Florenz ständig auf der Tagesordnung des Strassburger Europarates. Trotz bereits vorhandener festumrissener Pläne und trotz allseitiger Übereinstimmung über die Notwendigkeit der Gründung einer solchen gesamteuropäischen Universität ist dieses Projekt immer noch nicht verwirklicht worden, weil die europäischen Länder sich bisher über Funktion und Aufgaben einer solchen Universität nicht einigen konnten. Somit ist die „Freundschafts-Universität“ in Moskau das bisher einzige Institut seiner Art.

Natürlich müssen bei einer solchen Universität Schwierigkeiten rein technischer Art überwunden werden. Der Rektor dieser Universität, Dr. Ing. Rumjanzew, beschreibt diese Schwierigkeiten sehr freimütig in einem Artikel, den er anlässlich der Beendigung des ersten Lehrjahres veröffentlichte⁵⁾. Da sind zunächst die Sprachschwierigkeiten zu nennen, deren Überwindung für die Studenten eine enorme Anstrengung bedeutet. Zweitens machen es die Temperaments- und Mentalitätsunterschiede der einzelnen, aus den verschiedensten Ländern stammenden Studenten sowie der sehr unterschiedliche Grad ihrer Vorbildung beinahe unmöglich, einen gemeinsamen Lehrplan für grössere Gruppen aufzustellen. Drittens fehlt es an Lehrbüchern und Hilfsmitteln für solche ausländischen Studenten, die die russische Sprache noch nicht völlig beherrschen.

Zu diesen von Dr. Ing. Rumjanzew in seinem Artikel aufgeführten Schwierigkeiten könnte man an vierter Stelle noch hinzufügen, dass es in der UdSSR an Lehrkräften für eine ganze Reihe von Fächern, die auf dem Lehrplan der „Freundschafts-Universität“ stehen, fehlt. Was sollen zum Beispiel die Studenten aus den unterentwickelten Ländern, die meist in der tropischen Zone liegen, an der Landwirtschaftlichen Fakultät studieren? Es gibt nämlich kaum Spezialisten für tropische Landwirtschaft in der SU. Und welche Zukunft und welche berufliche Möglichkeiten erwarten den jungen Mann zum Beispiel aus Ghana, der nach in Moskau absolviertem Jurastudium in seine Heimat zurückkehrt? In Moskau gibt es begrifflicherweise keine Lehrkräfte, die mit der ghanesischen Gesetzgebung vertraut sind, ja nicht einmal solche, die das

angelsächsische Recht bis in alle Einzelheiten kennen. Dieses Recht aber gilt in Ghana. In vielen anderen erst kürzlich selbständig gewordenen Staaten Afrikas herrscht die französische Rechtsprechung, und auch für diese gibt es in Moskau keine Lehrkräfte.

Die humanistischen Fächer wiederum haben vorläufig nur eine untergeordnete Bedeutung, wenn man auch ihre potentiellen Möglichkeiten nicht ausser acht lassen sollte. Ebenfalls spielt die Tatsache, dass die Sowjetunion sich die Aufgabe gestellt hat, Studenten für tropische Landwirtschaft und in der Tropenmedizin auszubilden, keine überragende Rolle. Erstens fehlt es offensichtlich an den nötigen Voraussetzungen, um diesen Plan durchzuführen, und zweitens wurden diese Fakultäten wohl nur infolge bürokratischer Unüberlegtheit eröffnet. Das Schwergewicht an der „Freundschafts-Universität“ liegt auf den Fächern, in denen Russland stark ist, nämlich den Naturwissenschaften, den exakten Wissenschaften und der Technik. Es ist kein Zufall, dass ein Ingenieur zum Rektor bestellt wurde.

Mit der wissenschaftlichen Ausrichtung allein ist es hier jedoch nicht getan. Zwar erklärte Chruschtschow⁶⁾, auf dessen persönliche Initiative die Gründung dieser Hochschule zurückzuführen ist: „Der einzige Grund für die Eröffnung der Universität „Völkerfreundschaft“ ist der, dass wir den anderen Ländern helfen wollen, hochqualifizierte Spezialisten auszubilden.“⁷⁾

Wenn aber die Ausbildung von Spezialisten und Gelehrten wirklich das *einzige* von der Sowjetregierung angestrebte Ziel wäre, so könnte man die Lumumba-Universität ungeniert in „Chruschtschows Hirngespinnst“ umtaufen. Denn um eine praktische und festumrissene Aufgabe auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Ausbildung zu lösen, hätte es wohl kaum eines so gewagten, mit so vielen Schwierigkeiten verbundenen und ungeheuer kostspieligen Experiments bedurft⁸⁾. Es wäre einfacher, billiger und zweckentsprechender gewesen, einer grösseren Anzahl ausländischer Studenten die Immatrikulation an schon bestehenden Sowjetuniversitäten zu ermöglichen. An einer der normalen Universitäten wäre es den

3) *Student Mirror* Nr. 213/1960

4) *Student Mirror* Nr. 225/1961

5) Rumjanzew, a. a. O.

6) *Prawda* vom 18. 11. 1960

7) Rumjanzew, a. a. O.

8) „Sie gaben uns einen Blankoscheck, sie gaben uns zig Millionen Rubel und sagten: 'Gebt sie aus!' Wenn das Geld verbraucht ist, werden sie uns mehr geben.“ Dies sagte Rumjanzew in einem Interview zu der amerikanischen Journalistin Priscilla Johnson. (*Harper's Magazine*, Dezember 1960, Seite 91)

ausländischen Studenten auch leichter gefallen, mit den von Rumjanzew in seinem Artikel erwähnten Schwierigkeiten fertigzuwerden, als an einer Sonderuniversität. Es unterliegt keinem Zweifel, dass ein Ausländer, der unter Russen lebt und mit ihnen studiert, die russische Sprache schneller erlernen würde, als einer, der dauernd nur mit seinen Landsleuten oder anderen Ausländern zusammen ist, die gar nicht oder nur sehr gebrochen Russisch sprechen. Auch würde sich ein rückständiger Student schneller einarbeiten können, wenn er mit einer einigermaßen ausgeglichenen Gruppe befähigter Studenten zusammenarbeitet, als wenn er in ein Reservat für ebenfalls rückständige Studenten eingesperrt wird. Wenn die Ausbildung von Ingenieuren und Technikern wirklich das einzige Ziel wäre, das die Sowjetregierung mit ihrer Hilfeleistung erreichen möchte, wäre es viel rationeller und klüger gewesen, technische Schulen und Universitäten in den unterentwickelten Ländern zu bauen, anstatt viele Millionen Rubel auf die Gründung einer neuen Universität in Moskau zu verschwenden und darüber hinaus noch die Anreise von Studenten aus aller Herren Länder dorthin zu finanzieren. Nach der Meinung akademischer Kreise in den unterentwickelten Ländern ist es nämlich nur an nationalen Technischen Hochschulen und Universitäten möglich, Spezialisten für die besonderen Bedürfnisse eines jeden Landes heranzubilden. Nur solche Spezialisten werden aber in diesen Ländern schliesslich benötigt. Allgemein geschulte Wissenschaftler nützen ihnen wenig.

ANLASS DER GRÜNDUNG

Die Ausbildung von Wissenschaftlern „für die verschiedenen Staaten in Asien, Afrika und Südamerika“ ist aber gerade eines der Hauptargumente, das die Sowjets für die Gründung der „Völkerfreundschafts-Universität“ ins Feld führen. Die Aufzählung so vieler Kontinente ist jedoch nur graue Theorie. Tatsächlich sind doch zum Beispiel die Methoden der Zinnengewinnung in Malaya und Bolivien grundverschieden, und daher benötigen diese beiden Staaten auch grundverschieden ausgebildete Ingenieure und Techniker. Moskau wird jedoch schwerlich dazu imstande sein, diese vielen grundverschiedenen Bedürfnisse zu befriedigen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die ungeheuren, von der Sowjetregierung für den angekündigten Zweck zur Verfügung gestellten Mittel weitaus praktischer hätten verwendet werden können als für die Gründung der „Völkerfreundschafts-Universität“. Auch die zahlreichen, hochqualifizierten Lehrkräfte dieser Universität

sind hier völlig fehl am Platz und könnten viel nutzbringender an anderer Stelle eingesetzt werden. Sie selbst wissen das bestimmt am besten, können aber nichts daran ändern, weil die Entscheidung bei den politischen Führern liegt und diese ganz andere Ziele vor Augen haben.

Was also mag Chruschtschow veranlasst haben, diese Einrichtung ins Leben zu rufen? Im Westen wird oft hervorgehoben, dass er es aus propagandistischen Gründen getan habe. Und tatsächlich war es auch eine eindrucksvolle Geste, die einen enormen Propagandaeffekt hatte. Aber Chruschtschow ist wohl der letzte, der nicht wusste, wie kurzlebig so ein Propagandaeffekt ist und dass es sich nicht lohnt, dafür zig Millionen auszugeben. Wie kurz die Wirkung dieses Propagandaeffekts tatsächlich war, geht daraus hervor, dass im vorigen Jahr bei der Universität 43 531 Aufnahmegesuche aus der ganzen Welt eingingen⁹⁾, während es in diesem Jahr nur noch ungefähr 6 000 waren, also siebenmal weniger.

Selbst die Mehrzahl von denen, die am meisten daran interessiert sein sollten, haben bereits vergessen, dass es so eine Universität gibt¹⁰⁾. Chruschtschow hat auch bestimmt gewusst, dass der durch die Gründung der „Freundschafts-Universität“ entstandene Propagandalärm den Westen veranlassen würde – und tatsächlich auch veranlasst hat –, seine Anstrengungen zu erhöhen, etwas Gleichwertiges oder sogar Besseres zu schaffen. Dies aber ist vom kommunistischen Standpunkt aus gesehen natürlich äusserst unerwünscht. Im Westen werden solche Projekte allerdings meist ohne viel Gerede und mehr oder weniger unbemerkt durchgeführt.

Die mit verschiedenen ausländischen Studenten in Moskau gemachten Erfahrungen haben offensichtlich viel zu dem Entschluss beigetragen, die „Völkerfreundschafts-Universität“ zu gründen. Im Studienjahr 1959/60 gab es 930 ausländische Studenten in Moskau, die hauptsächlich aus unterentwickelten Ländern kamen. Ein grosser Teil von ihnen war prononciert prokommunistisch eingestellt, obgleich die meisten eine nur sehr unklare Vorstellung vom Kommunismus hatten und mehr aus Hass gegen den westlichen Kolonialismus und die Rassendiskriminierung zu ihrer Einstellung gekommen waren, als aus effektiver Begeisterung für den Kommunismus um seiner selbst willen. Sie machten sich utopische Vorstellungen von dem Leben in der Sowjetunion, sie glaubten, dass es dort im Gegensatz zu ihrer Heimat keinerlei nationale oder soziale Unterschiede gäbe, Unterschiede, die sie dem Westen

9) *Westnik vysschej schkoly* Nr. 5/1961, S. 108
10) *Komsomolskaja Prawda* vom 23. 5. 1961

als Todsünde anrechneten. Sie erwarteten sehr viel vom Leben in der Sowjetunion: Wie ein Student aus Nigeria es ausdrückte, hofften sie dort „nicht nur eine Ausbildung zu erhalten, sondern auch die Wahrheit des Lebens zu finden“.

Auch andere inzwischen vom Kommunismus enttäuschte Studenten brachten in Artikeln und Dokumenten eine ähnliche Ansicht zum Ausdruck¹¹). Eine Gegenüberstellung mit der Wirklichkeit zerstört jede Utopie ohnehin schon. Besonders gründlich geschieht dies, wenn das von der Sowjetpropaganda gezeichnete Bild mit dem wirklichen Leben in der UdSSR verglichen wird. Theophilus Okonkwo, ein Student aus Nigeria, der zwei Jahre und sieben Monate in Moskau studierte und, wie er freimütig zugab, als Prokommunist dorthin gekommen war, sagte zum Verfasser dieses Artikels:

„Ich begriff, dass alles ganz anders war, als die russischen Studenten anfangen mir Fragen zu stellen, aus denen ich ersah, dass sie eine völlig falsche Vorstellung von der Welt ausserhalb der Sowjetunion hatten und bestrebt waren, von mir Tatsachen zu erfahren, über die sie sich sonst nirgends informieren konnten.“

Die Utopie verflog und machte einer grossen und bitteren Enttäuschung Platz. Die Enttäuschung war um so grösser, je grösser die Erwartungen gewesen waren. Leute, die schon gegen den Kommunismus eingestellt gewesen waren, bevor sie nach Moskau gekommen waren, und auch die wirklich Neutralen konnten natürlich nicht enttäuscht werden. Everest Mulekezi aus Uganda sagte der amerikanischen Journalistin Priscilla Johnson in einem unveröffentlichten Interview:

„Wir sind dermassen verbittert und enttäuscht über unsere Lage, dass wir einfach nicht weiter studieren und über nichts anderes mehr sprechen können.“

Auf Grund von im Westen veröffentlichten Berichten könnte man folgende Ursachen für diese Enttäuschung aufzählen¹²): Erstens die völlige Isolierung der Ausländer von den sowjetischen Studenten. Sogar verlobte Paare wurden getrennt, und diese Massnahme wurde als Rassentrennung empfunden. Zweitens der Umstand, dass es in der UdSSR weder Rede- noch Gedankenfreiheit gibt. Dies trat speziell bei den Vorlesungen zutage, ganz besonders bei den Vorlesungen über den Marxismus-Leninismus. Diese gehörten zwar für Ausländer nicht zu den Pflichtfächern, wurden aber von prokommunistisch eingestellten Studenten freiwillig besucht. Drittens die politische Unfreiheit und das Verbot, unabhängige Studentenvereinigungen zu gründen, das sich auch auf ausländische Studenten bezog. Viertens das Verbot

der freien Meinungsäusserung selbst dann, wenn diese Meinung im grossen und ganzen mit der offiziellen Sowjetpolitik identisch war, aus taktischen Gründen jedoch nicht geäussert werden durfte. So wurde zum Beispiel eine Demonstration afrikanischer Studenten gegen die französischen Atomwaffenversuche in der Sahara nur deshalb verboten, weil Chruschtschow damals gerade nach Paris fliegen wollte. Fünftens die ständigen Ausweiskontrollen, die zahllosen Erlaubnisscheine und Empfehlungsschreiben, die für jede Kleinigkeit benötigt wurden. Sechstens der ständige Druck auf die Nichtkommunisten, der nicht etwa deshalb ausgeübt wurde, um sie zum Kommunismus zu bekehren, sondern um sie zu zwingen, sich so zu benehmen, als wären sie gute Kommunisten und sich dadurch zu kompromittieren. Siebentens die herrschende Verlogenheit und Heuchelei und dann auch die Dummheit der Sowjetbeamten, die den afrikanischen Studenten unter anderem vorwerfen, Imperialisten zu sein, weil sie imperialistische Sprachen sprächen, zum Beispiel Englisch oder Französisch.

UNZUFRIEDENHEIT DER NEUTRALEN

Dies alles führte häufig zum offenen Konflikt mit den Sowjetbehörden und war der Anstoss zur Gründung der geheimen „Vereinigung Afrikanischer Studenten in Moskau“; es war auch der Grund dafür, dass Dutzende von Studenten aus unterentwickelten Ländern entweder flohen oder aus der Sowjetunion ausgewiesen wurden. Die ausgewiesenen Gründer der „Vereinigung Afrikanischer Studenten in Moskau“ haben an alle afrikanischen Regierungschefs einen scharf anti-kommunistischen Offenen Brief gerichtet, der auf die afrikanische Studentenjugend einen ziemlich starken Eindruck machte. Ausserdem hatte der beinahe offene politische Konflikt an der Moskauer Universität natürlich einen „demoralisierenden“ Einfluss auf die sowjetischen Studenten.

Die enttäuschten Prokommunisten waren die lautesten Wortführer, aber auch die völlig neutralen Studenten konnten sich nicht in die Sowjetgemeinschaft eingliedern. Die kommunistische Unduldsamkeit gegenüber den aus ideologischen

11) Seymour M. Rosen: *Vorbereitung und Ausbildung ausländischer Studenten in der UdSSR*. Amerikanisches Ministerium für Gesundheit, Unterricht und Wohlfahrt, Abteilung für Unterricht: Informationen über das Unterrichtswesen auf der ganzen Welt, Nr. 44 vom Juli 1960

12) Zum Beispiel: *Ein offener Brief an alle afrikanischen Regierungen*. In: *Youth and Freedom*, Band 3, Nr. 5/6. – Everest Mulekezi: *Ich war „Student“ an der Moskauer Universität*. In: *Reader's Digest*, Juli 1961; *Interview mit vier brasilianischen Studenten*. In *Le Figaro* vom 31. 1. 1961

Gründen neutral eingestellten Studenten wirkte sich auch bei ihnen im negativen Sinne aus. So schreibt ein aus Moskau heimgekehrter Student¹³⁾: „Wenn sie herausbekommen haben, dass ein Student wirklich neutral ist, das heisst, dass er sich politisch nicht festlegen will, wird er als politisch unerwünscht angesehen.“

In einem Schreiben an den Premierminister ihres Landes zählen sieben Studenten aus Somali die wahren Ursachen für die Unzufriedenheit der Neutralen auf¹⁴⁾ und beklagen sich über die schlechte Unterbringung, über die Rassendiskriminierung (als die sie die in der Sowjetgesellschaft übliche Isolierung von Ausländern auffassten), über die Nichtachtung ihrer religiösen Anschauungen und Gebräuche, über Drohungen, die ihnen gegenüber geäussert wurden, sobald sie mit irgendetwas unzufrieden waren, über die Briefzensur und darüber, dass die Sowjetbehörden bei den geringsten Versuchen einer „politischen Abweichung“ sofort einen starken Druck auf die betreffenden Studenten ausübten. So kam es, dass unter den ausländischen Studenten in Moskau ein ganz paradoxer Zustand entstand. Unzufrieden waren nicht nur die westlichen oder prowestlichen Studenten wie zum Beispiel die Inder, die ja mehr oder weniger von Anfang an gewusst hatten, was ihnen bevorstand, sondern auch die Kommunisten aus den „halbfreien“ Ländern (wie etwa Syrien oder dem Irak), die ihre Zukunft so fest mit der Partei verbunden hatten, dass sie nicht mehr nach Hause fahren konnten, weil man sie dort verhaftet hätte.

Nun soll die „Völkerfreundschafts-Universität“ versuchen, diesen sowohl innen- wie aussenpolitisch folgenschweren Zustand wieder einermassen zu normalisieren. Das wird jedoch nur bis zu einem gewissen Grade möglich sein. Zwar wird es an dieser abgesonderten Universität eher möglich sein, den neutral gesinnten Studenten zu erlauben, neutral zu bleiben. Auch kann man hier freiere Diskussionen zulassen, ohne befürchten zu müssen, dass dies einen unerwünschten Einfluss auf die sowjetischen Studenten haben würde. In der künstlichen Atmosphäre dieser Universität für Ausländer wird auch der Widerspruch zwischen Propaganda und Wirklichkeit nicht so auffallend sein, wie an einer normalen Universität. Zudem werden es die speziell für diesen Zweck ausgewählten sowjetischen „Studenten“ verstehen, den gebührenden optimistischen Ton hineinzubringen. Auch dies wäre an einer normalen Universität ein Ding der Unmöglichkeit, weil es dort viel zu viel Opposition, viel zu viel philosophierende Zyniker und „Halbstarke“ gibt. Dagegen wird sich die Isolierung vom normalen Leben an der „Freundschafts-Universität“ noch

wesentlich verschärfen. Und das ist es ja gerade, worüber die ausländischen Studenten sich beschweren. Es ist bezeichnend, dass man diese Universität in Moskau bereits „Apartheid-Universität“ getauft hat.¹⁵⁾

KONFLIKTE MIT DEN GASTGEBERN

Auch das Problem, wie man die Vorlesungen in den humanistischen Wissenschaften für Studenten aus dem Ausland in einem kommunistischen Lande gestalten soll, kann die „Freundschafts-Universität“ nicht lösen. Es handelt sich hierbei um ein prinzipielles Problem. Alle Fächer, die irgend etwas mit Ideologie zu tun haben, werden die Universität unweigerlich in ein unlösbares Dilemma bringen. Selbst wenn diese Fächer im marxistischen Sinne ausgelegt werden, dabei aber die gesamte einschlägige Weltliteratur den Studenten zur Verfügung gestellt wird und die diesbezüglichen Tatsachen und Theorien objektiv besprochen werden, verliert der grösste Teil der sowjetischen Orthodoxie ihre Überzeugungskraft. Wie soll man zum Beispiel über die unausbleiblichen grossen Krisen des kapitalistischen Systems sprechen und gleichzeitig die Theorie von Kainz behandeln? Wie soll man über den Bürgerkrieg sprechen, ohne dabei die tatsächliche Rolle, die Trotzki in ihm spielte, zu erwähnen? Würde man sich bei diesen Themen ausschliesslich der offiziellen sowjetischen Lesart bedienen, so würden die vielen Tabus den Unwillen der Studenten hervorrufen.

Wenn sich die Ausländer während ihres Studiums in Moskau die sowjetische Orthodoxie zu eigen gemacht hätten, würden sie nach ihrer Rückkehr in die Heimat unweigerlich feststellen, dass das in Moskau erworbene Wissen eines Historikers oder Juristen bei weitem nicht ausreicht, um selbst in dem allerunterentwickeltesten nichtkommunistischen Land praktisch in einem dieser Berufe zu arbeiten. Die Sowjetunion wird sich auf diese Weise nicht Freunde, sondern Feinde heranziehen; die Lage, an der auch die neue Universität kaum etwas ändern können, erscheint uns völlig ausgeweglos zu sein.

Vielleicht wird es der „Völkerfreundschafts-Universität“ gelingen, dem zwischen den Sowjetbehörden und den Studenten aus unterentwickelten Ländern ausgebrochenen Konflikt die Schärfe zu nehmen. Sie wird jedoch nicht imstande sein, ihn ganz zu beseitigen, was schon daraus zu ersehen ist, dass bereits einige Monate nach der

13) *U. S. News and World Report* vom 1. 8. 1960

14) *Youth and Freedom*, Band 4, Nr. 1, Seite 15 f.

15) *Harper's Magazine* a. a. O.

Eröffnung einige Studenten dieser Universität bei der amerikanischen Botschaft erschienen sind und um Einreiseerlaubnis nach den Vereinigten Staaten baten. Chruschtschow will aber nicht nur die Krise beenden, er will an dieser Universität einen Stamm von sowjetfreundlichen Wissenschaftlern für Afrika, Asien und Lateinamerika heranzubilden. Nachdem es sich herausgestellt hat, dass dies Ziel mit gewöhnlichen Mitteln nicht zu erreichen ist, beschloss Chruschtschow eine für die Sowjets typische Methode anzuwenden und das „Menschenmaterial“ für eine zuverlässige Elite ausschliesslich aus solchen sozialen Schichten und Gruppen zu rekrutieren, die von der allgemeinen Entwicklung übergangen wurden, sich benachteiligt fühlen und daher unzufrieden und verbittert sind.

Eine Hauptaufgabe der „Freundschafts-Universität“ besteht ja gerade darin, die Auswahl der aus den unterentwickelten Ländern in die Sowjetunion kommenden Studenten nach bestimmten Gesichtspunkten durchzuführen und dadurch die soziale Struktur der Studentenschaft zu ändern. In seinem oben erwähnten Artikel spricht Rumjanzew ganz offen über diese Aufgabe. Er schreibt wörtlich: „Die neue Universität ist grundsätzlich für Leute bestimmt, die trotz guter Anlagen weder zu Hause, noch in westlichen Ländern studieren können.“ (Hervorhebung durch den Verfasser.) Was bedeutet das? Zur Zeit werden die Studenten für das Studium in der UdSSR durch akademische Gremien in ihren Ländern, durch ihre Regierungen und durch die UNESCO ausgewählt.

SOZIOLOGISCHES AUSLESEPRINZIP

Im allgemeinen sind sie für das Studium an einer Hochschule oder Universität ihres Heimatlandes oder des Westens genügend vorbereitet. In die Sowjetunion kommen sie durch Zufall, durch politische Sympathien, weil sie an den hohen Stand der Wissenschaften in der UdSSR glauben oder, weil die Hochschulen und Universitäten in ihren Heimatländern und im Westen überfüllt sind. Aber nicht deshalb, weil man sie prinzipiell nirgends ausser in der Sowjetunion zum Studium zulassen würde. Die Auswahl der Studenten für die „Freundschafts-Universität“ hingegen wird – nach den Worten Rumjanzews – durch „gemeinnützige Organisationen und gemeinnützige Funktionäre“¹⁵⁾ vorgenommen werden. Diese in grässlichem Parteijargon ausgedrückte Feststellung soll heissen, dass die örtlichen kommunistischen Parteien unter Aufsicht der Sowjetbotschaften die Auswahl treffen werden. Man wird begabte junge Leute aussuchen, die gerne studieren wollen, denen es jedoch an der nötigen Vorbildung

fehlt. Meistens werden dies jedoch junge Leute aus den ärmeren Bevölkerungsschichten sein, die sich emporarbeiten wollen, dazu aber aus eigener Kraft nicht imstande sind.

So ein Experiment ist in den zwanziger und dreissiger Jahren in der Sowjetunion schon einmal durchgeführt worden. Man hat damals versucht, eine Führungsschicht von Leuten heranzubilden, die aus den untersten Kreisen stammten. Dabei hat sich eindeutig herausgestellt, dass die ungenügend vorgebildete Arbeiterjugend, die nun plötzlich eine akademische Laufbahn vor sich sah, voll und ganz damit beschäftigt war, sich das erforderliche Wissen anzueignen, aber gar nicht in der Lage war und auch nicht dazu kam, den erlernten Stoff kritisch zu verarbeiten. Es muss ausdrücklich hervorgehoben werden, dass sich das hier Gesagte nicht etwa auf junge Leute bezieht, die zwar aus der Arbeiterklasse stammen, aber erst nach Absolvierung der normalen Mittelschule zur Universität kommen, wie das jetzt im Westen immer mehr üblich wird.

Das oben Gesagte bezieht sich ausschliesslich auf die ganz ungenügend vorbereitete Jugend aus den ärmsten Bevölkerungsschichten, die nun plötzlich diese verlockenden Zukunftsmöglichkeiten greifbar nahe vor sich liegen sieht. Unter solchen Menschen kann man Spezialisten heranzubilden, besonders Techniker und Naturwissenschaftler, und man kann ihnen gleichzeitig auch eine entsprechende Weltanschauung eintrichtern. Diese Leute sind von allem Abstrakten, auch wenn es noch so sinnlos und dogmatisch ist, so geblendet, dass sie nicht mehr imstande sind, die Wirklichkeit zu sehen. Der Unterschied zwischen dem Leben in Unwissenheit, das sie bisher führten, und dem Weltbild, das sich nun so plötzlich vor ihnen auftut, ist zu krass, als dass sie ihn überbrücken könnten. Auch merken sie gar nicht, dass das ihnen vermittelte Weltbild verzerrt ist. Es gelingt nur verschwindend wenigen aus diesen Kreisen, das Niveau derer zu erreichen, die eine normale, systematische Ausbildung erhalten haben. Der Rest ist sich seiner Minderwertigkeit bewusst; und das ist der Grund, warum gerade diese Leute sich so zäh an ihresgleichen und an ihre Lehrer und Vorbilder klammern – sogar an solche Fanatiker, wie Stalin einer war. Das ist die einzige Stütze, die sie haben, denn mit dem Leben, das ihre Eltern und Verwandten führen, haben sie gebrochen, und an die richtige Intelligenzschicht haben sie keinen Anschluss gefunden.

Die Tatsache, dass es diesen Leuten an Allgemeinbildung und Kultur mangelt, dass sie die Schulweisheit wie ein Dogma in sich eingesogen haben, ohne sie kritisch oder schöpferisch zu verarbeiten, besagt jedoch keineswegs, dass sie

nicht in der Lage wären, die ihnen zgedachte Rolle einer „technischen Intelligenz“ zu spielen. Dies lehrt die in der Sowjetunion gemachte Erfahrung. Aber diese Erfahrung lehrt auch, dass es ein hoffnungsloses Unterfangen ist, junge Leute, die nur vier bis sieben Klassen der Mittelschule absolviert haben, auf normale Universitäten zu schicken. Sie kommen dort einfach nicht mit. Für sie müssen spezielle Vorbereitungskurse eingerichtet werden. In Russland hatte man seinerzeit zu diesem Zweck Bauern- und Arbeiterfakultäten, die sogenannten „Rabfaki“, gegründet.

Die „Völkerfreundschafts-Universität“ ist nichts anderes als ein interantionaler „Rabfak“. Als solcher wurde sie gegründet und darin besteht ihre Hauptaufgabe. Die anderen höheren Lehranstalten in der Sowjetunion sind schon längst „normalisiert“ und daher ungeeignet, junge Leute auszubilden, „die weder in ihren Heimatländern, noch sonst irgendwo im Westen die Möglichkeit haben, an einer Universität zu studieren“. Die Sowjetunion hat nicht die Absicht, dem Westen in der Ausbildung von normalen Akademikern Konkurrenz zu machen. Die kommunistische Führung hat beschlossen, das Experiment der Heranbildung eines „neuen Typs von Intellektuellen“ zu wiederholen, aber nun auf internationaler Basis. Auf die Gefolgstreue dieses „neuen Typs von Intellektuellen“ wird sie sich verlassen können – jedenfalls auf deren erste Generation¹⁶⁾ –, und

sie hofft auf diese Weise einen starken Einfluss auf das Leben der eben erst selbständig gewordenen Staaten zu bekommen.

Es ist anzunehmen, dass die „Freundschafts-Universität“ noch wesentlich vergrößert werden wird, falls es sich zeigt, dass das Experiment geglückt ist und die ersten Absolventen sich als brauchbare Ingenieure, Techniker und Wissenschaftler erwiesen haben. Der Westen ist nicht in der Lage, mit dieser Universität zu konkurrieren. Eine Gemeinschaft, die keine so tiefgreifende soziale Umwälzung durchgemacht hat, hat auch keine Erfahrung in der Ausbildung von jungen Leuten an „Arbeiter- und Bauernfakultäten“. Der Art der Sache nach kann sie diese ja auch gar nicht haben. Aber sowohl der Westen als auch die Regierungen der unterentwickelten Länder könnten etwas anderes tun: Sie könnten das Schulwesen beträchtlich erweitern und dadurch die Heranbildung einer Führungsschicht auf normalem Wege sicherstellen. Nur dann würde die Existenz der „Völkerfreundschafts-Universität“ gegenstandslos werden; im anderen Fall stellt sie eine viel grössere potentielle Bedrohung dar, als im allgemeinen angenommen wird.

16) Die Kinder der „Intellektuellen neuen Typs“ haben bereits eine völlig andere Einstellung. Vergl. hierzu meinen Beitrag zu dem Sammelwerk *Russian Intelligentsia*, hgg. von R. Pipers, New York 1961

Die vierte Generation

Entwicklungstendenzen der jungen sowjetischen Kunst

VON A. T. S.

Am 19. 9. 1961 veröffentlichte die *Literaturnaja Gazeta*, das Organ des sowjetischen Schriftstellerverbandes, ein Gedicht des bekannten Sowjetdichters E. Jewtuschenko. Das Gedicht heisst *Babij Jar* (der Name eines Ortes in der Nähe von Kiew) und handelt über den Antisemitismus; ein bis jetzt in der Sowjetliteratur nicht berührtes Thema. In dem Gedicht werden die Begriffe „Russentum“ und „Judentum“ einander gegenübergestellt.

Schon seit Jahren wird dieser junge Dichter wegen seines auf subjektiv-lyrische Art geführten Kampfes gegen die in der Sowjetliteratur vorherrschende kommunistische Schablone von den

Sowjetkritikern scharf angegriffen. In diesem Gedicht tritt er als Beschützer der Juden auf, die in der Sowjetunion Diskriminierungen unterworfen sind. Als Ausgangspunkt nimmt er die Erinnerung an die Erschiessung von Juden in Babij Jar bei Kiew während des Zweiten Weltkrieges und distanziert sich im Namen des ganzen „russischen“ Volkes vom Antisemitismus.

Oh du mein russisches Volk! Ich weiss,
dass du tatsächlich international gesinnt bist;
aber oft haben niederträchtige Leute
deinen reinen Namen missbraucht.
Ich fühle mich identisch
mit jedem hier erschossenen Greis,

mit jedem hier erschossenen Kind...
In meinen Adern fließt kein Tropfen jüdisches
Blut
und doch werde ich von allen Antisemiten
so wütend gehasst, wie ein Jude.
Und eben darum bin ich
ein echter Russe.

Jewtuschenko geht in diesem Gedicht sogar so
weit, sich selbst auf eine mystische und – poli-
tisch gesehen – durchaus doppelsinnige Art mit
Christus zu vergleichen, der um der Wahrheit
willen gekreuzigt wurde:

Ich bin heute so alt,
wie das jüdische Volk.
Ich komme mir selbst
wie ein Jude vor.
Einmal wandere ich durch das alte Ägypten.
Ein anderes Mal
fühle ich mich sterbend ans Kreuz geschlagen.
Und bis auf den heutigen Tag
trage ich die von den Nägeln herrührenden
Wundmale.

Die Ablehnung des Antisemitismus wird von
dem Dichter benutzt, um sein Lieblingsthema, den
philosophisch-psychologischen Begriff „Russentum“,
zu behandeln. Dabei geht Jewtuschenko
diesmal wesentlich weiter als in all seinen bis-
herigen Werken. Er versucht in diesem Gedicht
nicht nur „Sprachrohr“ für die Gedanken seiner
Generation zu sein, sondern auch ihr „Prophet
und Gewissen“. Die Partei hat ihn deswegen
wiederum heftig angegriffen und kritisiert.

In der Zeitschrift *Literatura i Shizn* (Literatur
und Leben) vom 27. 9. 1961 erschien unter der
Überschrift *Ein Gedicht* ein Artikel von einem
D. Starikow, der Jewtuschenko empört vorwirft,
dass er zwar von den Leiden der Juden spreche,
aber kein Wort über Hitler sage. Starikow behauptet,
dass „die Vernichtung der Juden für die
Hitlerbanditen nur die Vorstufe für die ebenso
planmäßige und grausame Vernichtung der 'nieder-
eren Rassen' war, zu denen sie auch die Slawen
zählten“, und fährt dann fort:

„So ungeheuerlich es auch klingen mag, Jewtu-
schenko hat es tatsächlich fertig gebracht, kein
einziges Wort über Hitler und die faschistischen
Eindringlinge zu sagen, als er über Babij Jar
stand; es fiel ihm gar nicht ein!“

Starikow gibt seinem Erstaunen darüber Aus-
druck, dass Jewtuschenko jetzt, im Jahre 1961,
dieses Thema wieder aufgegriffen hat und stellt
fest, dass das Gedicht *Babij Jar* ganz eindeutig
von der kommunistischen Ideologie abweiche und
seinem Inhalt nach mit der bourgeoisen Gedan-
kenrichtung übereinstimme. Dies ist eine der
schlimmsten Beschuldigungen, die gegen einen

Dichter in der Sowjetunion erhoben werden können.
Weiterhin tadelt Starikow, dass Jewtuschenko
nur über die erschossenen Juden spreche und
behauptet, dass er damit das Andenken der umge-
kommenen Bewohner der Sowjetunion beleidigt
hätte. Auch Jewtuschenkos Konzeption vom
„Russentum“ wird von Starikow heftig kritisiert,
wobei er auch Jewtuschenkos frühere Gedichte
über Russland erwähnt und sich darüber aufge-
bracht zeigt, dass diese keinen Widerspruch in
der Literatur und von seiten der Sowjetgemein-
schaft hervorgerufen hätten. Zum Schluss fragt
der Kritiker: „Darf Jewtuschenko sich denn alles
erlauben?“

Wir können feststellen, dass ein Dichter sich
tatsächlich vieles erlauben kann. Jewtuschenko
hat in den letzten Jahren viele Länder Europas
und Amerikas bereist und dabei stets die Meinun-
gen und Anschauungen der heutigen Jugend zum
Ausdruck gebracht. Er hat sich über die kommuni-
stische Kritik hinweggesetzt und immer wieder
umstrittene Probleme zur Sprache gebracht.

Bei der jungen Generation in der Sowjetunion
ist Jewtuschenko heute zweifellos der populärste
Dichter. Seine Gedichte werden von der Jugend
begeistert aufgenommen, sie werden vorgelesen
und deklamiert. Dies geschieht nicht nur im kleinen
Kreise, sondern auch öffentlich auf Strassen und
Plätzen. Viele der jungen Leute versuchen, ihn
zu imitieren. Sie treten mit ihren eigenen Ge-
dichten ebenfalls an die Öffentlichkeit und setzen
sich dabei über den Widerstand leitender Kom-
somolkreise hinweg. („Zweihundert Tagediebe
hören sich Gedichte an“, empört sich die *Kom-
somolskaja Prawda* vom 1. 10. 1961.) Obgleich
derartige „elementare“ Veranstaltungen der
Jugend eigentlich offenerer Aufruhr sind, muss
sogar die *Komsomolskaja Prawda* sich den geisti-
gen Strömungen der heutigen Jugend anpassen
und versucht daher sie zu entschuldigen. Die
Zeitung beschuldigt die örtlichen Führer der
Jugendorganisation und wirft ihnen vor, sie hätten
„die neuen Probleme der Jugend nicht verstan-
den“, sie wären rückständig und verknöchert.

Als Folge der neuen Einstellung und Denk-
weise der jungen Intelligenzschicht in der Sowjet-
union breitet sich indessen immer mehr ein ver-
stärktes Freidenkertum in allen sowjetischen
Kunstsparten aus. Die junge Generation unter-
stützt und fördert diese Tendenz. Spontan werden
Gedichte von Jewtuschenko, Wosnesenskij und
anderen Dichtern ähnlicher Art in aller Öffent-
lichkeit vorgetragen, es wird über abstrakte Malerei
diskutiert, es werden hinter verschlossenen Türen
Tanzabende mit Jazzmusik und Rock and Roll
veranstaltet, auf denen auch über Literatur und
Kunst heftig diskutiert wird. Die Räume, in denen

diese Veranstaltungen stattfinden, sind mit Reproduktionen surrealistischer Gemälde aus ausländischen Zeitschriften geschmückt (*Junost* Nr. 9/1961).

Auch ganz offiziell vollzieht sich in der Sowjetunion ein Umbruch in der Einstellung zur Kunst. So wird zum Beispiel Jazzmusik jetzt anerkannt und gepflegt. In der *Iswestija* vom 23. 8. 1961 erschien ein bemerkenswerter Artikel von Zfasmann, dem ältesten Komponisten leichter Musik und von Jazzmusik in der Sowjetunion („Wenn der Jazz erklingt“), in dem er verlangt, dass bessere Möglichkeiten für die Entwicklung des Jazz geschaffen werden müssten, weil er eine den anderen Musikrichtungen gleichwertige Art von Musik sei. Er fordert, dass mit dem Dilletantismus Schluss gemacht werde und schreibt:

„Es ist an der Zeit, dass an den Musikhochschulen Klassen für Dirigenten, Arrangeure, Instrumentalisten und Vokalistin für Jazz eröffnet werden.“

Zfasmann wirft dem Kulturministerium und dem Verband Sowjetischer Komponisten vor, „dass sie der leichten Musik nicht die nötige Aufmerksamkeit schenken“ und stellt fest, dass Jazz schon seit langer Zeit „einen festen Platz im Leben der Sowjetjugend einnimmt“. Auf sehr humorvolle Weise deckt er die Scheinheiligkeit von Presse, Theater, Film und Kritik in der Sowjetunion auf. Er schreibt unter anderem:

„Weder in Artikeln, die unserer Jugend gewidmet sind, noch in Erzählungen, die über sie handeln, findet man ein einziges Wort über Jazz... Wann wird denn Jazz in unseren Zeitungen überhaupt erwähnt? Nur im Zusammenhang mit einem kriminellen Verbrechen, nur, wenn die Teilnehmer am „Süßen Leben“ auf der Anklagebank sitzen...“

Wenn ein Regisseur sich der Musik bedient, um das Innenleben eines Menschen aufzuzeigen, greift er zum Volkslied für den positiven Helden seiner Geschichte, und zu Jazz, wenn er einen minderwertigen Charakter schildern will...

Und was soll man denn über die Kritiker sagen? Am besten, ich sage gar nichts. Wo gäbe es denn auch ein anderes Gebiet, auf dem man sich so schrankenlos austoben, so gewissenlos und ohne jede Begründung ein Programm und eine ganze Aufführung verreißen kann, ohne irgend ein Talent anzuerkennen, ohne auch nur zu erwähnen, wieviel Fleiß und Mühe erforderlich sind, um so eine Darbietung zustande zu bringen? Wenn es gilt, Jazz zu kritisieren, scheint alles erlaubt zu sein.“

Will man die Versuche, die zur Auffindung allgemeingültiger menschlicher Wahrheiten in der sowjetischen Filmbranche gemacht wurden, ana-

lysierten, so muss man folgende Aussprüche des jungen sowjetischen Filmregisseurs G. Tschuchrai heranziehen. Tschuchrai hat unter anderem die Filme *Ballade vom Soldaten* und *Der klare Himmel* gedreht und in ihnen Probleme berührt, die vom kommunistischen Standpunkt aus gesehen sehr kitzlig sind. In der *Iswestija* vom 9. 7. 1961 schreibt er:

„Meiner Überzeugung nach gibt es keine verbotenen Themen in der Kunst. Man kann die schuesslichsten und niedrigsten Themen behandeln, wenn es von einer hohen sittlichen Warte aus geschieht. Umgekehrt kann man die erhabensten und wertvollsten Dinge in den Schmutz ziehen. Alles hängt nur von der Einstellung des Künstlers ab. Wenn ich die abfälligen Urteile einiger Filmleute über Fellini höre, wenn sie sagen, dass seine Filme schlecht sind, weil er in ihnen die Schrecken und Gemeinheiten der zerfallenden bürgerlichen Gesellschaft aufzeigt, so kann ich ihre Meinung nicht teilen. Ich kann es schon deswegen nicht, weil Fellinis „Das Süße Leben“ beherzt die rauhe Wahrheit aufzeigt, und weil ich aus dem Inhalt des Films die philosophische Einstellung des Künstlers erkenne.“

Tschuchrai erklärt unumwunden, dass es ganz und gar kein Verbrechen sei, den philosophisch-ideologischen Standpunkt aus den Filmen berühmter westlicher „bürgerlicher“ Regisseure zu übernehmen, ja dass dies für den sowjetischen Spielleiter nur von Vorteil sein könne.

„FORSCHENDES NACHDENKEN“

Vor einiger Zeit erschien auf den sowjetischen Bildschirmen der nach der gleichnamigen Erzählung der jungen Schriftsteller N. Seleranskij und B. Larin gedrehte Film *Mischka, Serjoscha und ich* (*Junost*, Nr. 7/8/1959). Der Inhalt des Buches war seinerzeit von der Parteikritik als „auf-rührerisch“ verdammt worden. Der Regisseur liess sich jedoch dadurch nicht abschrecken, hielt sich mutig an den Inhalt der Erzählung und zeigte in seinem Film die ganze Fadenscheinigkeit der „kommunistischen“ Erziehung in den Schulen der Sowjetunion. Dem Publikum wird die oberste Klasse einer Schule vorgeführt, deren Schüler sich selbst „die Horde“ nennen, weil sie sich für „gleichgültig, unorganisiert, spöttisch und böse“ halten. Ferner wird eine „Gemeinschaftsaktion“ zum Einsammeln von Altmetall verspottet. Es wird gezeigt, wie Schüler, die das Komsomol-Mitgliedsabzeichen auf der Brust tragen, die für das Nebenhaus bestimmten eisernen Dachplatten stehlen, um ihr Soll an Altmetall im Rahmen der „Gemeinschaftsaktion“ zu erfüllen. In der *Prawda* vom 9. 10. 1961 wird dieser Film vom Kritiker

ein „verzerrtes Spiegelbild“ der in der Sowjetunion tatsächlich herrschenden Zustände genannt.

Die *Komsomolskaja Prawda* vom 7. 10. 1961 analysiert das am Moskauer Zentralen Kindertheater aufgeführte Stück *Dem Knabenalter entwachsen*. Wolodja, der Held dieses Stückes, wird „Deserteur“, anstatt mit der ganzen Klasse auf eine Baustelle zu fahren. Er bringt es nicht übers Herz, seinen mutterlosen Freund, dessen Vater verurteilt und verschickt wurde, der Willkür des Schicksals zu überlassen. Dieses Mal verleugnet die *Komsomolskaja Prawda* die von oben zwingend vorgeschriebenen Thesen der „kommunistischen Moral“ und erklärt: „Nur wenn sich ein Mensch durch eigenes Nachdenken und durch das, was er von seinen Mitmenschen lernt, eine moralische Überzeugung aufbaut, kann diese von Bestand sein.“ Überdies fordert der Artikel von den schaffenden Künstlern „forschendes Nachdenken“, „Scharfsinn“ und „Verständnis der menschlichen Seele“.

Der Regisseur Ruben Semjonow behauptet, dass die Theaterleute in der Sowjetunion zwar Stücke über „Gegenwartsfragen“ mit „positiven Helden“ aufführten, dass sie auch intuitiv begriffen, dass solche Themen „aktuell“ sind, dass sie aber nicht imstande seien, diese Probleme gefühlsmässig zu erfassen. Das ist der Grund, weshalb solche Theaterstücke unaufrichtig wirken. Die Leute, die sie inszenieren, arbeiten ohne Begeisterung, die Zuschauer bleiben unberührt und verlassen das Theater unbeeindruckt. (*Ogonjok*, Nr. 40/1961)

In der heutigen sowjetischen Malerei wenden sich ganze Scharen junger Künstler vom „Sozialistischen Realismus“ ab und wechseln zum Impressionismus über, manchesmal sogar zum Expressionismus. Die Mehrzahl der in der Zeitschrift für die Jugend veröffentlichten Bilder sind Reproduktionen von Werken moderner sowjetischer Maler, die diesen Richtungen angehören. Die *Junost* brachte in Nummer 6/1960 Werke des jungen Malers J. Kriklowenskij, in Nummer 8/1960 erschienen Reproduktionen von Bildern von A. Rybatschuk und W. Melnitschenko, in Nummer 9/1960 Graphiken von L. Soifertis, in Nummer 11/1960 Gemälde von M. Feitschik und in Nummer 5/1960 Landschaften von G. Nisskij. Letzterer macht ganz offen Propaganda für seine Kunstauffassung und erklärt, dass es sein Ziel sei, „das Zeitgemässe zeitgemäss zu sehen, seine eigenen Gefühle und die Gefühle anderer zu ergünden, diese Gefühle sinngemäss wiederzugeben (*Junost* Nummer 5/1960, Seite 99), neue Formen zu kreieren und diese den Menschen zu vermitteln“ (*Kommunist* Nr. 6/1961, Seite 57).

Eine besonders bemerkenswerte und auffällige

Entwicklung vollzieht sich in der jungen sowjetischen Literatur. „Die vierte Generation“, wie die jungen Schriftsteller offiziell von der Parteikritik genannt werden, tritt beharrlich für die Erforschung der allgemein gültigen menschlichen Wahrheiten ein und dafür, dass die objektive Gerechtigkeit im Leben und in der Kunst nicht länger von der Parteischablone verdrängt wird, wie das jahrzehntelang der Fall war. Ausser E. Jewtuschenko und A. Wosnesenskij gehören noch B. Achmadulia, S. Polikarpow, N. Matwejewa, J. Pankratow, E. Kutschinskij, I. Chabarow, A. Korejew, J. Druschina und einige andere zu dieser Gruppe. Alle diese jungen sowjetischen Dichter haben im Laufe der letzten Jahre, trotz heftigster Angriffe von seiten der Parteikritik, immer wieder Probleme aufgegriffen und behandelt, die in der Sowjetunion als sehr heisse Eisen gelten. So spricht die Dichterin N. Matwejewa in lyrischer Form über die schädliche Wirkung der Sowjet-schablone und sagt, dass Saadi – der berühmte persische Dichter des 12. Jahrhunderts – verstummt wäre, „wenn er den Lärm der Klischeefabriken gehört hätte... Nicht die Kugel fürchte, sondern die Schablone; sie ist zwar dumm und lächerlich, aber sie bedeutet den Weltuntergang!“ (*Komsomolskaja Prawda* vom 8. 10. 1961)

Auch die Werke folgender sowjetischer Prosaiker dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben. Diese Schriftsteller gehören durchweg der „Vierten Generation“ an und befassen sich mit der Bearbeitung von Problemen, die der kommunistischen Kritik sehr unangenehm sind. Dazu gehören A. B. C. D. E. von W. Rosow, *Die Sternfahrkarte* und *Kollegen* von W. Aksenow, *Mädchen* und *Die Fortsetzung einer Legende* von A. Kusnezow, *Dies ist erst der Anfang* von E. Stafskij, *Sand in die Augen* von A. Gladilin, *Fahrt ohne Ballast* von S. Antonow, *Liebling des Publikums* von E. Tscherepachowa, *Die aufgetaute Erde* von W. Nikitin und viele andere.

VERLACHTE KOMMUNISTISCHE MORAL

Die meisten der oben erwähnten Werke zeichnen sich durch eine bemerkenswerte Subjektivität aus. Entweder sind sie vom Verfasser gleich in der ersten Person geschrieben oder man hat doch das Gefühl, als wäre der Verfasser beim Ablauf der Handlung persönlich zugegen. Zwangsläufig gehören alle in diesen Werken auftretenden Hauptpersonen der jungen Generation an. Die meisten von ihnen befinden sich auf Wanderschaft, auf der Suche nach grundlegenden, menschlichen Wahrheiten, und wenn sich ihnen diese offenbaren, versuchen sie dadurch ihre Zweifel und ihre Enttäuschung über die sowjetische Eintönigkeit zu

überwinden. In einigen dieser Werke (so zum Beispiel in W. Rosows Drehbuch „A. B. C. D. E.“, *Junost* Nr. 9/1961) werden sogar ganz neue Thesen für eine zukünftige Weltanschauung aufgestellt, die ganz und gar nicht mit den schablonenhaften marxistisch-leninistischen Lehrsätzen übereinstimmen. In der *Literaturnaja Gazeta* vom 27. 7. 1961 erschien ein Artikel unter der Überschrift „Die Vierte Generation“, in dem den jungen Schriftstellern vorgeworfen wird, dass sie „kein ausgereiftes, staatsbürgerliches Bewusstsein“ hätten, dass sie die politischen Interessen des Volkes in ihren Werken nicht widerspiegelten und sich viel zu viel mit subjektivem 'Berichten' befassten, anstatt eine „Predigt“ über den zeitgemässen „positiven Helden“ zu halten und über dessen „kommunistische Moral“.

Auch das letzte Werk von W. Tendrjakow, *Das Gericht* (*Nowyj Mir*, Nr. 3/1961), wurde von der Sowjetkritik lebhaft diskutiert. In ihm wird der moralische Konflikt zwischen den „offiziellen“ Sowjetmenschen, repräsentiert durch den unmoralischen Untersuchungsrichter Ditjatschew, und dem von der „Sowjetzivilisation“ unberührten sibirischen Jäger Tjetjerin behandelt. Diese Erzählung ist eine einzige Anklage und politische Verurteilung des gesamten Sowjetsystems. Ähnlich wie in den Werken von Schriftstellern der „Vierten Generation“ wird auch hier die Psychologie und Moral eines „natürlichen Menschen“, eines Sohnes der Natur, der „alles Gute in unverfälschter Form aus seiner abgelegenen Heimat, in der die Füchse und Bären sich gute Nacht sagen, mitgebracht hat“, der Psychologie, Moral und dem Benehmen der durch die „Sowjetzivilisation“ verdorbenen „offiziellen“ Menschen – selbst aus den höchsten Kreisen – gegenübergestellt (*Iswestija*, 12. 5. 1961).

Die Kritik wirft Tendrjakow vor, dass er „die Natur der Gemeinschaft gegenübergestellt und biologische Anfangsstadien mit sozialen, ja selbst sozialistischen Anfängen vergleiche“ (*Literatura i Shizn*, 19. 5. 1961). „Ein Wurst von Instinkten und die alchimistischen Experimente mit den 'Uranfängen der Menschheit' in ihrer 'reinsten Form' reissen den Verfasser immer weiter fort und bewirken, dass er seine Zeit nicht mehr versteht“ (*Literatura i Shizn*, 7. 5. 1961).

In den letzten Monaten erschienen in der Sowjetpresse zahlreiche Artikel, in denen alle Redaktionen aufs heftigste angegriffen werden, in deren Zeitungen und Zeitschriften die Werke junger

Schriftsteller und Dichter veröffentlicht werden, die sich für eine geistige Befreiung einsetzen. So wird zum Beispiel in der *Komsomolskaja Prawda* vom 15. 9. 1961 die Redaktion der führenden Jugendzeitschrift *Junost* folgendermassen kritisiert:

„Das soll eine Zeitschrift sein, die für jugendliche Leser bestimmt ist?... Nein und abermals nein! In den Spalten der *Junost* findet man nicht etwa saubere, klare Ideale, sondern eine verworrene, schwankende, oft auch unrichtige und sogar fremdartige Einstellung zur Welt und zum Leben. Das muss hier ganz unumwunden und ohne jede falsche Rücksicht ausgesprochen werden.“

Die Zeitung *Literatura i Shizn* vom 27. 9. 1961 nimmt die Redaktion der *Literaturnaja Gazeta* unter Beschuss:

„Wie kann die Redaktion der Zeitung des Schriftstellerverbandes der Sowjetunion es Jewtuschenko gestatten, den Triumph von Lenins Nationalitätenpolitik durch derartige Gegenüberstellungen und 'Erinnerungen' zu beleidigen, die beim besten Willen nur als Provokation gewertet werden können?“

Diese ganze Polemik kann jedoch nicht verhindern, dass die betreffenden Redaktionen sogar noch schärfere Abhandlungen und Erzählungen veröffentlichen, und dieselbe *Komsomolskaja Prawda* ist genötigt, am 1. 10. 1961 festzustellen, dass die gegen Verkalkung und Schablone in der Arbeit der Jugendorganisation kämpfende Jugend hauptsächlich die Zeitschrift *Junost* liest, um dort eine Antwort darauf zu finden, wie dies oder jenes Jugendproblem gelöst werden könne.

Weder Kritik noch richtunggebende Anweisungen machen heute den jungen, selbständig denkenden Künstlern einen besonderen Eindruck. Offenbar gibt es auch Leute in den höchsten Führungskreisen, die von der Notwendigkeit überzeugt sind, den jungen sowjetischen Künstlern ein gewisses Freidenkertum zuzugestehen. Wenn man die Sowjetpresse daraufhin analysiert, stellt man fest, dass es auch in der führenden Schicht der älteren Generation von Schriftstellern und Künstlern in der Sowjetunion Leute gibt, die diese Entwicklungsrichtung der jungen Kunst unterstützen. Diese gehen in ihren Bestrebungen sogar noch weiter als die junge Generation, auf deren Bestrebungen und Erwartungen sie sich stützen; sie stimulieren dadurch ihrerseits das Aufkommen des „Freidenkertums“ bei den Jungen.

Was ist Sowjetkolonialismus

VON MARTIN STIEGER

Ohne dass er es gewollt hätte, löste Chruschtschow mit seiner Rede vom 23. September 1960 vor der XV. Vollversammlung der Vereinten Nationen eine weltweite Diskussion über das Phänomen *Kolonialismus* im allgemeinen und über das Wesen des *Sowjetkolonialismus* im besonderen aus. Der Welt ist bewusst, dass es einen „sowjetischen Kolonialismus“ gibt, ja dass es sich hier um einen qualitativ höheren Kolonialismus, sozusagen um einen Kolonialismus höheren Typs handelt. Worin aber bestehen die Besonderheiten, die wesentlichen Merkmale des sowjetischen Kolonialismus? Mit der Antwort auf diese Frage will sich die vorliegende Untersuchung befassen.

Der marxistisch-leninistisch unverbildete Betrachter möchte nun vielleicht annehmen, dass sich die kommunistischen Theoretiker mit Begeisterung auf den Begriff 'Kolonialismus' gestürzt und ihn etwa als einen weltweiten, auf Völker- oder Staatenebene ausgetragenen Klassenkampf zwischen ausgebeuteten und Ausbeutern definiert hätten. Das Gegenteil ist der Fall. Die repräsentativen und parteiamtlich gewiss sehr sorgfältig redigierten sowjetischen Nachschlagewerke, angefangen vom einbändigen *Politischen Wörterbuch* über das dreibändige *Enzyklopädische Wörterbuch* bis zur zehnbändigen *Kleinen* und zur fünfzigbändigen *Grossen Sowjetenzyklopädie*, bewahren hier, ganz entgegen ihrer sonstigen Gesprächigkeit und Definierfreude, ein geradezu befremdend zurückhaltendes Schweigen. Man sucht in ihnen ebenso vergeblich nach dem Stichwort 'Kolonialismus' wie im *Fremdwörterbuch*. Von den rein linguistischen Wörterbüchern abgesehen, enthält lediglich das *Kurze Wirtschaftswissenschaftliche Wörterbuch* den Terminus „Kolonialismus“ und definiert ihn als „...die auf die Unterdrückung, Versklavung und Ausbeutung rückständiger Völker und in wirtschaftlicher Beziehung unterentwickelter Länder sowie auf die Verhinderung ihrer technischen, wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung gerichtete Politik *imperialistischer* Staaten...“¹⁾

Noch lakonischer ist das vielbändige, von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR heraus-

gegebene *Wörterbuch der modernen russischen Literatursprache*. Es erklärt 'Kolonialismus' als „die Kolonialpolitik *imperialistischer* Mächte“²⁾ Das gleichfalls von der Akademie der Wissenschaften der UdSSR herausgegebene vierbändige *Wörterbuch der Russischen Sprache* erläutert das Wort 'Kolonialismus' als „Politik der vollständigen wirtschaftlichen und politischen Unterwerfung, der Umwandlung in Kolonien von wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern durch *imperialistische* Mächte“.³⁾

Aus diesen nicht gerade sehr tiefeschürfenden Definitionen lässt sich die Tendenz erkennen, den Kolonialismus als die Politik eines Staates zur Beherrschung beziehungsweise als Bevormundung eines von seinem eigentlichen Staatsgebiete verschiedenen Raumes oder eines von seinem Staatsvolke verschiedenen Volkes darzustellen, wobei es sich wesensnotwendig in jenem Staate um eine *imperialistische* Macht handeln muss. Nach korrekter marxistisch-leninistischer Auffassung ist bekanntlich der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus, somit ein Phänomen in der „präsozialistischen“ beziehungsweise „präkommunistischen“ Phase menschlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Es kann daher also – nach sowjetischer und kommunistischer Darlegung – schon ex definitione keinen „sowjetischen Imperialismus“ und damit auch keinen „sowjetischen Kolonialismus“ geben.

Aber nicht allein deshalb erscheint die sowjetische Definition des Kolonialismus unbefriedigend. Wollte man ihr folgen, dann läge kein „Kolonialismus“ mehr vor, wenn die „Kolonialmacht“ das „Kolonialgebiet“ staatsrechtlich seinem „Heimatterritorium“ einverleibt und die „Kolonialbevölkerung“ zu Staatsbürgern vollen oder minderen Rechtes des „Mutterlandes“ erklärt. Diesen Man-

- 1) *Kratkij ekonomičeskij slovar*. Unter d. Red. von G. A. Kozlov u. S. P. Pervušin. Moskau 1958, S. 126 (Hervorhebung durch den Autor)
- 2) *Slovar sovremennogo russkogo literaturnogo jazyka*. Moskau-Leningrad 1950 ff.; Band 5 (1956), Sp. 1179 f. (Hervorhebung durch den Autor)
- 3) *Slovar russkogo jazyka*. Moskau 1957-1960. Band II (1956), S. 96 (Hervorhebung durch den Autor)

gel empfindet auch Endre Sik, der Aussenminister der Ungarischen Volksrepublik, in seinem Aufsatz „Für den Kolonialismus ist kein Raum auf der Erde“, obgleich er es nicht offen ausspricht. Um das ganze Phänomen „Kolonialismus“ erfassen zu können, stellt er in den Mittelpunkt seiner Polemik die „Kolonisatoren“, die er übrigens in Gentleman-Kolonisatoren und Gangster-Kolonisatoren einteilt. Zum Abschluss seines Aufsatzes erklärt er nicht etwa, die Zeit des „Kolonialismus“ sei vorbei, sondern er sagt: „Die Zeit der Kolonisatoren ist vorbei.“⁴⁾

Um nun aber den Begriff „Kolonialismus“ klarer umreissen zu können, sei im folgenden kurz vom „Kolonisator“ die Rede. Die sowjetische Definition dieses Begriffes als „die werktätigen Massen eines Landes, das von einem imperialistischen Staat (Metropole) gewaltsam unterworfen wurde und ausgebeutet wird, versklavender Ausbeuter“²⁾ hilft wenig weiter. Endre Sik musste schon, um die Südafrikanische Union in die Reihe der Kolonialmächte einstufen zu können, in seinem erwähnten Artikel für sie die Bezeichnung „unabhängiges Land kolonialistischen Typs“ wählen. Er wäre sonst im Rahmen des marxistisch-leninistischen Begriffssystem zu einem „Kolonisator ohne Kolonialismus“ gekommen. Da das schon erwähnte *Kurze wirtschaftswissenschaftliche Wörterbuch* das System der Entwicklungshilfe der USA und das amerikanische Verteidigungssystem als „neue Form des Kolonialismus“ betrachtet (S. 126), ergäbe sich hier selbst für einen sowjetischen Betrachter die Sackgasse eines „Kolonialismus ohne Kolonisatoren“.

Bei der Herausarbeitung des Inhalts des Begriffes „Kolonisator“ sei von den „Gesetzen“ der marxistischen Dialektik Gebrauch gemacht, die hierfür hervorragend geeignet erscheinen. Die zitierten sowjetischen Definitionen des „Kolonialismus“ erkennen durchaus richtig, dass im Wesen des Kolonialismus ein Antagonismus zwischen einem *höher* entwickelten Kolonisator (imperialistische Macht) und einem *weniger* entwickelten, rückständigen Kolonisationsunterworfenen steckt. Der Kolonisator ist also der „dialektische Gegensatz“ zum Kolonisationsunterworfenen und kann am besten daran, worin er sich von diesem unterscheidet, erkannt werden. Aus den sowjetischen Definitionen verdient ferner festgehalten zu werden, dass den Kolonisator und den Kolonisationsunterworfenen verschiedene Entwicklungsstufen trennen, zwischen ihnen somit ein *qualitativer* Unterschied besteht. Die Geschichte des modernen Kolonialismus zeigt deutlich, dass die kolonialen Erwerbungen hauptsächlich auf den qualitativen Vorsprung der europäischen Kriegswaffen und Waffentechnik zurückzuführen waren. Die er-

sten Kolonisatoren hatten nicht etwa mehr oder bessere Waffen innerhalb derselben Kategorie (Qualität) – dies hätte lediglich einen quantitativen Vorsprung bedeutet –, sondern sie hatten Waffen einer höheren Entwicklungsstufe, also qualitativ überlegene Waffen. Die „Qualität Feuerwaffen“ stand der niedrigeren „Qualität Pfeil und Bogen“ gegenüber. Der aus dem christlichen Kultur- und Zivilisationskreis kommende europäische Kolonisator unterschied sich vom heidnischen Kolonisationsunterworfenen nicht durch ein Mehr an Religiosität, sondern durch die höhere, durch die „wahre“ Religion. Dieser qualitative Unterschied, der sich durch fast alle Lebensbereiche zog, wurde bald mit der Hautfarbe verquickt. Die weisse Hautfarbe wurde schliesslich zum entscheidenden Kriterium der qualitativen Überlegenheit.

Die Vorstellung von dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dem „arischen Herrenmenschen“ und dem nichtarischen „Untermenschen“ war die extremste Form dieser Entwicklung. Aus der Vorstellung ihrer qualitativen Überlegenheit leiteten die europäischen Kolonisatoren ihren Anspruch auf Beherrschung der farbigen Völker ab. Der „qualitativ höchststehende“ Kolonisator sah sich „Wilden“, „Eingeborenen“, „prähistorischen Menschen“, dem „homo barbarus“ gegenüber. Leitete der Kolonisator, der sich für *den* Kulturmenschen hielt, aus seiner qualitativen Überlegenheit schon nicht das Recht ab, den „Raubmenschen“ von seiner Heimat Erde zu verdrängen⁵⁾, so hielt er den „homo barbarus“ doch mindestens für unfähig oder unmündig, sich selbst zu verwalten und die Reichtümer seines Landes auszunützen. Um diesem Übelstande abzuwehren, hielt sich der Kolonisator nicht nur für prädestiniert, sondern sogar für verpflichtet, für den „unfähigen“ oder „unmündigen“ homo barbarus die Verwaltung und Anleitung zu übernehmen. Diese Vorstellung wirkt auch noch deutlich in der Verwaltung der Mandatsgebiete des Völkerbundes beziehungsweise der Vereinten Nationen durch sogenannte Schutzmächte nach.

Trotz aller gegenteiliger Beteuerungen bildet der „homo barbarus“ für den Kolonisator ein Objekt. Daran ändert auch ein gewisses Mitspracherecht bei der Entscheidung von Detailfragen oder eine beschränkte lokale Autonomie nichts. Über die entscheidende Frage, ob er „kolonisiert“

4) E. Sik: *Kolonializmu net mesta na zemle!* In: *Meždunarodnaja žizn*, VIII (1961) 3, S. 16 (Hervorhebung durch den Autor)

5) „Raubmenschen jeder Art haben in der Kulturlandschaft keinen Platz, gelten mit Recht als asoziale Feinde.“ Aus: *Der Osten – bisher verwüstet, jetzt deutsch!* Die Pläne des Reichsführers SS zur Umformung der Ostlandschaft. (*SS-Leitbefehl*, Jahrg. 7, Folge 12a)

werden wolle, wird der „homo barbarus“ nie befragt. Welcher gute Familienvater würde denn auch seinem unerfahrenen Kinde die Entscheidung über die Frage, ob es Lesen und Schreiben lernen wolle, überlassen. Schliesslich vertritt der Kolonisator doch die Meinung, es sei für den „homo barbarus“ das grösste Glück, von ihm kolonisiert zu werden. Aus diesem Grunde fühlt sich der Kolonisator auch berechtigt, Widerstände der Kolonisationsunterworfenen, wenn nötig mit Waffengewalt, zu brechen; sind sie doch in seinen Augen gegen die ureigensten Interessen des „homo barbarus“ selbst gerichtet und nichts anderes als das unverständige Aufbegehren eines unreifen Mündels.

APPE, KLEINBÜRGER, SOWJETMENSCH

Entgegen der sowjetischen Auffassung, dass „Kolonialismus“ nur eine Angelegenheit von „Staaten“ sei, ist noch festzuhalten, dass im Laufe der Geschichte neben Staaten als Träger kolonialer Expansion und Politik auch noch andere Korporationen auftraten, so etwa weltanschauliche Personenverbände – hier denke man an die Kolonisation Österreichs und Böhmens im frühen Mittelalter durch Klöster und Ordensgemeinschaften –, Kampfbünde, zum Beispiel die Ritter des Deutschen Ordens im Ostseeraum, Handelsgesellschaften wie die Ostindische Kompanie oder die Niederländische Ostindische Kompanie, schliesslich regelrechte Vereinigungen von Abenteurern wie teilweise die spanischen Konquistadoren. Schliesslich wird man der späteren Verbreitung des Islams mit Feuer und Schwert in Nordafrika und Spanien durch die Mauren und auf dem Balkan durch die Türken den Charakter einer kolonialen Expansion nicht absprechen können.

Auf Grund obiger Ausführungen wird man „Kolonisator“ und „Kolonialismus“ wie folgt definieren können: Kolonisator bezeichnet eine Person oder einen Kreis von Personen, die beziehungsweise der aus seiner wirklichen oder vermeintlichen qualitativen Überlegenheit für sich das Recht oder den Auftrag ableitet, andere wirklich oder vermeintlich einer niedrigeren historischen Entwicklungsstufe angehörende Menschen beherrschen, anleiten oder erziehen zu dürfen beziehungsweise zu sollen. Kolonialismus ist die auf der Vorstellung von der eigenen qualitativen Überlegenheit beruhende Politik der Beherrschung und Unterwerfung und das darauf gegründete Herrschaftssystem.

Aus diesen Definitionen erscheint erwiesen, dass das Phänomen 'Kolonialismus' immer in Zeiten des Zusammenstosses zweier Kultur oder Zivilisationsepochen im Raume, also einer echten oder vermeintlichen Hochkultur mit einer von den Angehörigen dieser Hochkultur als rückständig empfundenen Kultur, auftritt.

Nach marxistisch-leninistischer Auffassung bilden die einzelnen gesellschaftlichen Formationen, wie zum Beispiel „Kapitalismus“ oder „Sozialismus“, jeweils „Qualitäten“. Sie unterscheiden sich demnach voneinander „qualitativ“. Nach den Worten von Karl Marx bilden alle dem „Kommunismus“ – dessen erste Phase bekanntlich der „Sozialismus“ bildet – vorausgehenden Gesellschaftsordnungen die „Vorgeschichte der menschlichen Gesellschaft“⁶⁾. Diese „vorgeschiedlichen Gesellschaftsordnungen können daher auch als „präkommunistische“ Gesellschaftsordnungen bezeichnet werden. Man dürfte nicht fehlgehen in der Annahme, dass noch nie in der menschlichen Geschichte oder richtiger in der menschlichen „Vorgeschichte“ zwischen zwei Stadien gesellschaftlicher oder kultureller Entwicklung ein derart gewaltiger „qualitativer“ Unterschied bestand wie zwischen der „präkommunistischen“ und der „kommunistischen“ Gesellschaftsordnung. Dies wird von kommunistischen Theoretikern auch unumwunden zugegeben. Strumilin, Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und bekanntester Visionär der „kommunistischen“ Gesellschaft der Zukunft, schreibt zu diesem Thema:

„Der Prozess der Menschwerdung des Affen, worüber Engels geschrieben hat, wird nicht durch dessen Verwandlung in einen vulgären, selbstgefälligen kleinbürgerlichen Bourgeois beendet. Der Mensch muss sich, um diesen Prozess zu vollenden, über den Kleinbürger mindestens ebensoweit erheben, wie der Kleinbürger über den Affen.“⁷⁾

Da nach Ansicht der Kommunisten der „kommunistische Mensch“ („homo communisticus“) eben jene „Vollendung des Menschen“ bedeutet, erscheint es nicht übertrieben, wenn wir den von den „präkommunistischen“ Gesellschaftsordnungen geformten Menschen nicht als „homo praecommunisticus“, sondern als „homo barbarus“ im Unterschiede zu jenem bezeichnen.

Ferner können wir der Lehre des Marxismus-Leninismus entnehmen, „dass die Ablösung einer Gesellschaftsordnung durch die andere, darunter auch die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus und Kommunismus nicht infolge eines zufälligen Zusammentreffens von Umständen, nicht infolge der Laune von irgend jemandem, sondern kraft der unerbittlichen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, die niemand aufzuheben oder abzuändern in der Lage ist, erfolgt und erfolgen wird. Alle Länder, alle Völker kommen früher oder später mit der gleichen Unausbleiblichkeit zum Kommunismus, der gerechtesten und vollkommensten Gesellschaftsordnung der Welt, genauso wie

6) Karl Marx u. Friedrich Engels: *Ausgewählte Schriften in zwei Bänden*. Band I, Moskau 1951, S. 339

7) *Kommunist*, Nr. 12/1960, S. 115

sich der Wechsel der Jahreszeiten vollzieht, wie der Tag auf die Nacht folgt.“⁸⁾

Entgegen der allgemein bekannten Tatsache, dass es dazu, dass auf den Frühling der Sommer oder auf die Nacht der Tag folgt, keiner eigenen, mit der Durchführung dieser Naturereignisse beauftragten Partei bedarf, bedarf es für die Errichtung des „Sozialismus“ und erst recht des „Kommunismus“ einer besonderen Partei, einer „Partei neuen Typs“, nämlich der Kommunistischen Partei.

DIE PARTEI ALS KOLONISATOR

Wie uns die *Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion* lehrt, „...kann die Arbeiterklasse *nur unter der Führung der Kommunistischen Partei* den Sieg erlangen, die historische Aufgabe der Errichtung der Diktatur des Proletariats und des Aufbaus des Sozialismus und des Kommunismus lösen...“⁹⁾

Als Trägerin und als „organisatorische Kraft“ der neuen, den bisherigen Gesellschaftsordnungen angeblich turmhoch überlegenen und praktisch schon nicht mehr verbesserbaren – weil vollkommensten – Gesellschaftsordnung tritt uns also die Kommunistische Partei der UdSSR entgegen. Sie betrachtet sich als die Vollstreckerin der ohne sie ohnmächtigen „unerbittlichen“ objektiven Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung und leitet daraus den Anspruch ab, die bestehenden „prä-kommunistischen“ Gesellschaftsordnungen zerschlagen, den von diesen Gesellschaftsordnungen geformten „homo barbarus“ nach ihrem Wunschbilde umformen und beherrschen zu dürfen.

Sie ist der „Kampfbund von Gleichgesinnten, der Kommunisten“¹⁰⁾. Ihren Führern verleiht sie die Titel „Führer der Arbeiterklasse“ und „Führer des internationalen Proletariats“¹¹⁾. Sie bedarf keines Mandats von seiten der von ihr „geführten und geleiteten Massen“. Nur sie kann „die Werktätigen organisieren, sie politisch aufklären, ihnen den Weg zum Sozialismus und Kommunismus zeigen, sie zu heroischen Grosstaten begeistern“⁹⁾. Sie „kennt in der Vollendung die Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung“, sie „ist die bewusste Wortführerin des objektiven Geschichtsprozesses. Sie vermag voranzusehen und in einem gigantischen Masse die Aufwärtsbewegung unserer (d. i. der sowjetischen) Gesellschaft zum Kommunismus zu beschleunigen“⁸⁾. Sie ist die Inkarnation des „Geistes, der Ehre und des Gewissens unserer Epoche“ (Lenin).

Die Parteitheoretiker behaupten wohl, die „Partei“ sei ein „Teil ihrer Klasse“ und scheuen dabei selbst nicht vor „etymologischen Kunststücken“ zurück, die Engels einmal als das

„letzte Auskunftsmittel“ bezeichnet hat. Sie behaupten, die Partei sei schon deshalb ein Teil ihrer Klasse, da das Wort Partei vom lateinischen „pars“ (Teil) komme.

Sie gleicht eher einem Orden nach der Art des Deutschen Ritterordens, wenn auch die Rekrutierungsregeln verschieden sind. Sie fühlt sich kraft ihrer „Einsetzung“ durch die objektiven Gesetze gesellschaftlicher Entwicklung und als Trägerin des „Kommunismus“, der „Höchstform“ gesellschaftlicher Entwicklung, *qualitativ* überlegen und leitet daraus ihren Anspruch auf Beherrschung und Anleitung der Völker in der Sowjetunion ab. Sie sieht ihre Aufgabe darin, von ihr für „rückständig“ gehaltene Menschen, den homo barbarus, nach ihren Vorstellungen umzuformen, „die Massen auf das Bewusstseinsniveau der Partei zu heben“¹¹⁾.

Sie unterscheidet sich von den bisher geschichtlich bekannten Kolonisatoren lediglich dadurch, dass sie nicht wie diese aus einem bereits bestehenden (qualitativ überlegenen) und somit realen Kulturkreis kommt und in dessen Namen auftritt. Sie leitet ihre qualitative Überlegenheit aus einer imaginären, erst noch zu bauenden und nur in den Köpfen ihrer Theoretiker existierenden „vollkommensten“ Gesellschaftsordnung ab, deren Trägerin zu sein sie vorgibt.

Ferner könnte man noch ein Unterscheidungsmerkmal zwischen ihr und den bisher bekannten Kolonisatoren darin entdecken, dass diese sich oft ethnisch oder rassisch von den Kolonisationsunterworfenen unterschieden. Dieses Merkmal kann wohl ausser acht gelassen werden, da es nicht das Wesen des Kolonisators, sondern lediglich die Frage seiner Rekrutierung betrifft. Selbst die sowjetischen Theoretiker sehen in der ethnischen Gleichheit kein Hindernis, zum Beispiel einen farbigen Politiker aus dem Kongo mit der Bezeichnung „Kolonisator“ zu belegen.

Umfassender als jemals ein anderer Kolonialismus zuvor glauben die kommunistischen Kolonisatoren, in alle Lebensbereiche des ihrer Macht unterworfenen homo barbarus eindringen zu können. Die Kommunistische Partei der SU „bildet den Führungskern aller Organisationen in der Sowjetunion, sowohl der staatlichen als auch der nicht-staatlichen. Durch ihre in diesen Organisationen arbeitenden Mitglieder lenkt sie deren Tätigkeit auf das einheitliche Ziel.“¹¹⁾ Sie kontrolliert also

8) V. I. Evdokimov: *Vorostajuščaja rol partii v stroitel'stve kommunizma*. Moskau 1960

9) *Istorija Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza*. Moskau 1959 (Hervorhebung im Original)

10) Parteistatut in der Fassung des XX. Parteikongresses, Art. 1

11) *Istoričeskij materializm*. Moskau 1951

freie rundschau

ZEITSCHRIFT FÜR AKTIVE FREIHEITSPOLITIK

Inhaltsverzeichnis

1961

VIERTER JAHRGANG

Verlag des Z O P E - München

1. SYSTEMATISCHES REGISTER

LEITARTIKEL

Der Auftakt	Heft 1, S. 1
Berlin und Laos	Heft 2, S. 1
Laos und ... Kuba	Heft 3, S. 1
Der Bumerang	Heft 4, S. 1
Die Antwort	Heft 5, S. 1
Der Bruch	Heft 6, S. 1

IM BRENNPUNKT

FEDOR O. KURBATOW: Die Strategie der Weltrevolution	Heft 1, S. 3
ALEXANDER KASHIN: Laos und die Folgen	Heft 3, S. 3
FEDOR O. KURBATOW: Zum neuen Programm der KPdSU	Heft 5, S. 3
FEDOR O. KURBATOW: Zum neuen Programm der KPdSU (II)	Heft 6, S. 3
STEFAN C. STOLTE: Griff nach den Entwicklungsländern	Heft 6, S. 6

PROBLEME DER GEGENWART

ROBERT WIESNER: Rechtlose Klasse – klassenloses Recht	Heft 5, S. 6
---	--------------

SOWJETBLOCK

KAREL ČERNÝ: Die Katholiken in der ČSSR	Heft 6, S. 30
PETER SCHWARZ: Antisemitismus im Ostblock	Heft 6, S. 32
KÁLMÁN KONKOLY: Ein Gast und 29 Betreuer	Heft 6, S. 34

SOWJETUNION

GEORG PISMENNY: Von Angesicht zu Angesicht	Heft 1, S. 7
J. DANTSCHENKO – W. SHUKOWSKY: Politunterricht in der Roten Armee	Heft 1, S. 14
GEORG PISMENNY: Von Angesicht zu Angesicht (II)	Heft 2, S. 17
E. MOESSNER: Manipulierte Geschichte	Heft 4, S. 3
DAVID FLOYD: Wie man in der UdSSR reich wird	Heft 4, S. 7
ALEXANDER KASHIN: Der Hahnenschrei	Heft 5, S. 12
* * * : Das Wirtschaftsprogramm der SU	Heft 6, S. 11
JOSEPH NOVAK: Erzeugermarkt und Extrageld	Heft 6, S. 17

WELTKOMMUNISMUS

ROBERT VALBERG: Ein Gespenst geht um	Heft 2, S. 21
LEN F. HAMILTON: Lieferant von Zucker und Sprengstoff	Heft 2, S. 23
G. GEORGALAS: Der Griff nach der Ägäis	Heft 2, S. 27
* * * * : Lateinamerikanische Perspektiven	Heft 4, S. 42
ADLAI STEVENSON: Erfahrungen einer Reise	Heft 4, S. 46

IDEOLOGIE

CHR. MICHAEL: Der Mensch ohne Alternative	Heft 1, S. 24
CHR. MICHAEL: Kreuzzugspanik	Heft 3, S. 7
CHR. MICHAEL: Wissenschaft contra Ideologie	Heft 4, S. 20

INFILTRATION

GERD KAMSZAL: Von der Ostsee bis Leipzig	Heft 3, S. 26
--	---------------

JUGEND

N. E.-J.: Suche nach dem Unentbehrlichen	Heft 4, S. 25
A. R. AMAR: Rassendiskriminierung in der SU	Heft 4, S. 28
K. ALEXANDROW: Ausbruch in die Freiheit	Heft 5, S. 16
A. T. S.: Das Jugendproblem in der UdSSR	Heft 5, S. 19
* * * : Sorgen der Sowjets um den Nachwuchs	Heft 5, S. 24

SOWJETZONE

N. KENT: Die Ost-CDU	Heft 1, S. 44
K. TANNENHÄUSER: Überprüfung der SED-Mitglieder	Heft 1, S. 46
BERT GRAF: Denunziation ist Bürgerpflicht	Heft 2, S. 30
K. TANNENHÄUSER: 15 Jahre SED	Heft 3, S. 19

SATELLITEN

KAREL ČERNÝ: Chinas Vasall in Europa	Heft 3, S. 29
STEFAN C. STOLTE: Im Zerrspiegel der Satire	Heft 3, S. 32

FERNOST

ALEXANDER KASHIN: Rotchinesische Militärdoktrin	Heft 1, S. 19
MILAN HOFFMANN: Hunger und Verzweiflung	Heft 1, S. 22
K. ALEXANDROW: Zur Verteidigung der Freiheit	Heft 2, S. 36
ALEXANDER KASHIN: Briefe aus Rotchina	Heft 3, S. 13
ASOKA MEHTA: Fortschrittliche Zahlenjongleure	Heft 3, S. 17
ALEXANDER KASHIN: Briefe aus Rotchina (II)	Heft 4, S. 16
F. A. : Der Weg des freien China	Heft 5, S. 29
HENRY SALZMANN: Horchposten Ulan Bator	Heft 5, S. 32
ALEXANDER KASHIN: Arme und reiche Proletarier	Heft 6, S. 22
TRAN TAM: Brennpunkt Südvietnam	Heft 6, S. 25

ENTWICKLUNGSLÄNDER

V. KAJUM-KHAN: Moskaus sei der Orient...	Heft 1, S. 31
HA VINH PHUONG: Die Wirtschaftspolitik Vietnams	Heft 4, S. 9
HOUPHOUET-BOIGNY: Entscheidung für den Westen	Heft 4, S. 14
STEFAN C. STOLTE: Die Entscheidung fällt in Asien	Heft 5, S. 34
HERMAN ACHMINOW: Die Schlacht um die jungen Staaten	Heft 6, S. 38

WIRTSCHAFT

STEFAN C. STOLTE. „Die Bürde des Weissen Mannes“	Heft 1, S. 34
ROBERT WIESNER: Sowjetwirtschaft am Wendepunkt	Heft 3, S. 36
STEFAN C. STOLTE: Afrika und die Machtblöcke	Heft 3, S. 41

AGRARPOLITIK

- • • : Die Konkurerklärung Heft 2, S. 3
ROBERT WIESNER: Krise der Landwirtschaft – Krise des Systems Heft 2, S. 6
ALEXANDER KASHIN: Ernährungssorgen in Rotchina Heft 2, S. 11
KAREL ČERNÝ: Die Kollektivierung der Landwirtschaft Heft 2, S. 15

RELIGION

- RAOUL JOURDAN: Volk in Glaubensnot Heft 4, S. 34
A. T. S. : Politische Pilgerfahrten Heft 4, S. 36

KULTUR

- PETER WENGROW: Versuch einer unblutigen Revolution Heft 2, S. 38
GREGOR BECK: „Einblick in das Leben“ Heft 2, S. 44

FORSCHUNG

- THEODOR ARNOLD: Intellekt und Revolution Heft 5, S. 45
THEODOR ARNOLD: Das unbekannt Land Heft 6, S. 44

DISKUSSION

- THEODOR ARNOLD: Die Zukunft hat schon begonnen Heft 1, S. 40
CHR. MICHAEL: Diskutieren – aber wie? Heft 5, S. 40

BUCHBESPRECHUNGEN

Heft 1, S. 47 f.; Heft 2, S. 46 ff.; Heft 3, S. 46 ff.; Heft 4, S. 47 f.; Heft 5, S. 47 f.; Heft 6, S. 46 ff.

2. VERFASSERREGISTER

- | | | | |
|--|--|--|--|
| ACHMINOW, Herman
Heft 6, S. 38 | HA VINH PHUONG
Heft 4, S. 9 | KONKOLY, Kálmán
Heft 6, S. 34 | SCHWARZ, Peter
Heft 6, S. 32 |
| ALEXANDROW, K.
Heft 2, S. 36
Heft 5, S. 16 | HAMILTON, Len F.
Heft 2, S. 23 | KURBATOW, Fedor O.
Heft 1, S. 3
Heft 5, S. 3
Heft 6, S. 3 | STEVENSON, Adlai
Heft 4, S. 46 |
| AMAR, A. R.
Heft 4, S. 28 | HOFFMANN, Milan
Heft 1, S. 22 | MEHTA, Asoka
Heft 3, S. 17 | STOLTE, Stefan C.
Heft 1, S. 34
Heft 3, S. 41
Heft 5, S. 34
Heft 6, S. 6 |
| ARNOLD, Theodor
Heft 1, S. 40
Heft 5, S. 45
Heft 6, S. 44 | HOUPHOUET-BOIGNY
Heft 4, S. 14 | MICHAEL, Chr.
Heft 1, S. 24
Heft 3, S. 7
Heft 4, S. 20
Heft 5, S. 40 | TANNENHÄUSER, K.
Heft 1, S. 46
Heft 3, S. 19 |
| BECK, Gregor
Heft 2, S. 44 | JOURDAN, Raoul
Heft 4, S. 34 | MOESSNER, E.
Heft 4, S. 3 | TRAN TAM
Heft 6, S. 25 |
| ČERNÝ, Karel
Heft 2, S. 15
Heft 3, S. 29
Heft 6, S. 30 | KAJUM-KHAN, V.
Heft 1, S. 31 | NOVAK, Joseph
Heft 6, S. 17 | VALBERG, Robert
Heft 2, S. 21 |
| FLOYD, David
Heft 4, S. 7 | KAMSZAL, Gerd
Heft 3, S. 26 | PISMENNY, Georg
Heft 1, S. 7
Heft 2, S. 17 | WENGROW, Peter
Heft 2, S. 38 |
| GEORGALAS, G.
Heft 2, S. 27 | KASHIN, Alexander
Heft 1, S. 19
Heft 2, S. 11
Heft 3, S. 3
Heft 4, S. 16
Heft 5, S. 12
Heft 6, S. 22 | SALZMANN, Henry
Heft 5, S. 32 | WIESNER, Robert
Heft 2, S. 6
Heft 3, S. 36
Heft 5, S. 6 |
| GRAF, Bert
Heft 2, S. 30 | KENT, N.
Heft 1, S. 44 | SHUKOWSKY, Wl.
Heft 1, S. 14 | |

den Staat, die gesamte Wirtschaft, die kulturellen und weltanschaulichen Einrichtungen.

Die sowjetische Verfassung spricht wohl davon, dass in der UdSSR alle Gewalt den Werktätigen in Stadt und Land gehöre (Art. 3). Sie verankert aber auch gleichzeitig die „Führungsrolle“ der KPdSU (Art. 126). Die Bevölkerung der UdSSR ist keineswegs berechtigt, darüber zu entscheiden, ob sie überhaupt von der Kommunistischen Partei der SU geführt werden und ob sie den Kommunismus aufbauen will. Die KPdSU bedarf auch gar nicht der Zustimmung der Bevölkerung. Sie ist kraft der Naturgesetze Herrin des Landes. Jede Auflehnung gegen sie kommt daher einem Verstoß gegen die von den „unerbittlichen Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung“ errichtete Ordnung gleich und ist daher „Konterrevolution“ und „Sakrileg“ zugleich. Jeder Anschlag auf ihre Macht ist ein Anschlag auf den „Fortschritt“, auf die „kulturelle und zivilisatorische Höherentwicklung der Menschheit“ und letzten Endes auch ein Anschlag auf die „ureigensten Interessen“ der von ihr kolonisierten selbst. —

DER NEUE 'HOMO BARBARUS'

Der Kolonialismus des faschistischen Italien war von folgenden Grundsätzen¹²⁾ geleitet: Er erstrebte ein autoritäres und hierarchisches Regierungssystem, die Ausrichtung der politischen, juristischen, sozialen und wirtschaftlichen Grundsätze nach dem Geiste der Leitung des Mutterlandes mit den nötigen örtlichen Anpassungen, programmierte die Achtung vor der Person, den Gewohnheiten, der Religion und dem Eigentum der eingeborenen Bevölkerung bei gleichzeitiger klarer Rassenscheidung. Er sah schliesslich vor, dass der Eingeborene im Rahmen seiner Eigenständigkeit an der Sicherung der Kolonialherrschaft mitzuhelfen habe, allerdings unter weisser, das heisst italienischer Führung.

Diese Grundsätze muten geradezu sanft an im Vergleich mit dem Kolonialismus der Kommunistischen Partei. Sie, die Partei, bildet die autoritär bestimmende „Metropole“ — den Führungskern —, nach deren Grundsätzen alles ausgerichtet wird. Wo aber bleibt die Achtung vor den Gewohnheiten, der Religion und dem Eigentum der „eingeborenen“ Bevölkerung? Sie kontrolliert alle Bereiche des Lebens. Sie beliesst den „Eingeborenen“ nur noch ein streng begrenztes Mass an Konsumgütern als Eigentum. Alles übrige führte sie in „Eigentum der Gesellschaft“, das heisst in ihr Eigentum über, da sie ja die Gesellschaft „führt“. An die Stelle der „klaren Rassenscheidung“ trat bei ihr die „Reinheit der Partei“ und die „Reinheit der Lehre“.

Wie oben schon ausgeführt, bildet der „Sozialismus den Beginn des Aufbaus des Kommunismus“. Dies bedeutet, dass in dieser Entwicklungsphase die Partei bereits die politische und wirtschaftliche Kontrolle, das Erziehungs-, Informations- und Freizeitgestaltungsmonopol an sich gerissen hat. Sie verfügt wie eine Eigentümerin über das gesamte Vermögen jenes Riesenreiches. Ihr Ringen geht nun um die vollständige Beherrschung des Menschen. Der „ihr als Erbe von der präkommunistischen Gesellschaft überkommene“ Mensch entspricht in keiner Weise ihren Idealvorstellungen. Sie begnügt sich nicht damit, dass der Mensch nur oder vorwiegend infolge der Anwendung staatlicher Zwangsmittel tatkräftig und freudig am Aufbau des „Kommunismus“ mitarbeitet. Staatlicher Zwang ist ihr, wenn man ihr glauben darf, nur ein notwendiges Übel. Sie möchte sogar gerne auf die Anwendung der sanfteren Methode der „Überzeugung“ verzichten. Sie träumt von einem Menschen, der nicht erst auf Geheiss, sondern aus eigenem Antrieb die Wünsche der Partei erfüllt. Dieser „wahre“ Mensch ist der homo communisticus. Hat Gott im Alten Testament den ersten Menschen im Paradiese verboten, vom Baume der Erkenntnis zu essen, da sie ansonsten das Paradies verlören, so fordert die Partei hingegen geradezu, dass sich der Mensch mit der „Erkenntnis“ (gemeint ist hier natürlich die kommunistische Erkenntnis) erfülle, auf dass er des (kommunistischen) Paradieses teilhaftig werde. Inwieweit nun die zeitliche Umkehr des Gleichnisses, dass Adam und Eva nach dem Apfelgenuss erkannten, dass sie nackt waren, auch für den sich mit „kommunistischer Erkenntnis“ füllenden Menschen zutrifft, ist nicht Gegenstand vorliegender Untersuchung.

Bis der homo communisticus restlos den kommunistischen Raum erfüllen wird, führt die Partei einen „entschlossenen Kampf“ gegen alle „Überbleibsel des Kapitalismus“ (Barbarismen) im Bewusstsein des Menschen, das heisst, sie kämpft für die qualitative Umwandlung des homo barbarus und semibarbarus in den homo communisticus. Genauso wie alle übrigen Kolonisatoren betrachtet die Partei die nicht ihrem Gesellschaftsideal entsprechenden Eigenschaften und Besonderheiten als „barbarisch“, als der niedrigeren Entwicklungsstufe angehörend und entstammend. Eine Erscheinung gilt als „Überbleibsel des Kapitalismus“ (barbarisch) ohne Rücksicht darauf, dass sie erst im „Sozialismus“ zur vollen Blüte gelangt oder erst durch ihn ermöglicht wurde.

12) Dr. J. H. Krumbach: *Kolonialpolitik heute*. (Tornisterschrift des Oberkommandos der Wehrmacht, Abt. Inland) o. O. 1941

Die „Überbleibsel des Kapitalismus“ (Barbarismen), die übrigens eine erstaunliche Zählebigkeit besitzen, sind nach sowjetischer Darstellung auf einen zweifachen Ursprung zurückzuführen. Den einen davon bildet die „zeitliche Vergangenheit“, das „alte Regime“. Der „Sozialismus“ wird mit Menschen aufgebaut, „die unter dem Kapitalismus geboren sind, einen bestimmten Bildungsgang durchlaufen und für die alte bourgeoise Gesellschaft typische Gewohnheiten und Eigenschaften erworben haben“¹³). Zum anderen ist für sie die „räumliche Vergangenheit“, also die noch im Raume existierende „präkommunistische“ Gesellschaftsordnung, die nichtkommunistische Welt, verantwortlich. Die „kapitalistischen Mächte“ mit den „imperialistischen“ USA an der Spitze sinnen – wiederum laut sowjetischer Darstellung – Tag und Nacht nur darauf, das Sowjetvolk um die „Früchte des Sozialismus“ und um seine „glückliche Zukunft“ zu bringen.

Da die Partei selbst eine erschöpfende Aufzählung der „Überbleibsel des Kapitalismus“ bewusst vermeidet, vermag hier ein vollständiger Katalog der „Barbarismen“ nicht gebracht zu werden.

Als „Überbleibsel des Kapitalismus“ werden vor allem betrachtet: Jegliche Gegnerschaft gegen das Herrschaftssystem der Partei, sämtliche Verstöße gegen die „sozialistische“ Rechtsordnung, hier besonders die Eigentumsdelikte aller Art, mangelndes Interesse an der „gesellschaftlichen Arbeit“, das heisst an der Arbeit in den von der Partei kontrollierten Produktionsstätten und Unternehmungen, religiöse Anschauungen, Trunksucht, Hoologanismus, Nationalismus, ungenügende Achtung vor der „Kultur des eigenen Volkes“ (das heisst vor der „sozialistischen Kultur“), Anerkennung der Leistungen der ausserkommunistischen Welt („Kosmopolitismus“), Karrieremacherei, Hochmut gegenüber den Belangen des (einfachen) Volkes, Bürokratie, Nepotismus usw.¹³) „Daraus folgt, dass die Überbleibsel des Kapitalismus noch eine ziemlich verbreitete Erscheinung darstellen“, wie selbst kommunistische Autoren beibringt feststellen müssen.⁴)

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Sowjetunion ein „unabhängiges Land kolonialistischen Typs“ ist. In diesem Raume tritt die Kommunistische Partei der Sowjetunion als Kolonisationskraft auf. Sie leitet ihren Anspruch auf Beherrschung und Umformung des Raumes und seiner Menschen aus einer vermeintlichen Trägerschaft der Höchstform menschlicher Entwicklung, die von ihr als Kommunismus bezeichnet wird, ab.

Neben diesem „Binnenkolonialismus“ betreibt die Kommunistische Partei der SU auch einen

„äusseren Kolonialismus“. Dieses Phänomen müsste gesondert untersucht werden, da es sich mit dem Imperialismus der Kommunistischen Partei der Sowjetunion überschneidet.

Obleich eigentlich ein Kolonialismus der KPdSU vorliegt, kann die Bezeichnung „Sowjetkolonialismus“ beibehalten werden, da die „Sowjets“ (Räte) das wesentlichste Instrument in den Händen der Partei zur Beherrschung und Umformung der Bevölkerung bilden.

Der Kolonialismus der KPdSU erstreckt sich über alle Völker der Sowjetunion, sowohl über das russische Volk wie auch über die nichtrussischen Völker. Sie alle sind der Beherrschung und Umformung durch die Partei unterworfen. Doch unterscheidet sich die Lage der nichtrussischen Völker in mancher Beziehung wesentlich von der des russischen Volkes. Da die sowjetische Kommunistische Partei Lenin zu ihrer Zentralfigur erhoben hat, spricht sie auch die „Sprache Lenins“, nämlich Russisch. Die „Partei Lenins“, wie sich die KPdSU auch nennt, stützt ihren Anspruch auf den Primat innerhalb des Weltkommunismus unter anderem vor allen Dingen darauf, dass sie, als die von Lenin gestiftete Partei, die ältesten Traditionen habe. Die einzige Partei, die sich auf noch „ältere Traditionen“ berufen könnte, wäre eine deutsche kommunistische Partei. Um nun etwaigen Streitigkeiten um den Primat innerhalb des Weltkommunismus wirksam begegnen zu können, werden die Traditionen der sowjetischen (russischen) KP verlängert, der Leninismus „russifiziert“ und der „Marxismus“ entdeutscht. In diesem „Kampf der Genealogien“ gibt zum Beispiel die *Kleine Sowjetenzyklopädie* den Zeitpunkt des Uranfangs der KPdSU mit 1883 an, während für die Kommunistische Partei Deutschlands als Zeit der Entstehung der 30. Dezember 1918 angegeben wird. „Russland ist die Heimat des Leninismus“ schreiben die theoretischen Untermaurer des Primatanspruchs der KPdSU¹⁴).

Im Ringen um den Primat spielt die Verdrängung der „Sprache des Kommunistischen Manifests“, des Deutschen, durch die „Sprache Lenins“ innerhalb des Weltkommunismus eine bedeutende Rolle. Nur die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in Moskau besorgten russischen Ausgaben der Werke von Karl Marx und Friedrich Engels werden als „kanonisch“ anerkannt. Dies geht sogar so weit, dass die vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED begonnene deutsche Ausgabe der Werke von Marx

13) V. P. Čertkov: *Neantagonističeskie Protivorečija pri socializme*. Moskau 1957, S. 32 f.

14) *Istorija političeskich učenij*. 2. Aufl. Moskau 1960, Seite 720

und Engels praktisch eine Rückübersetzung aus dem Russischen darstellt.

Bei der Verbreitung der russischen Sprache geht es der KPdSU weniger darum, Pflanzstätten russischen Geistes zu errichten als vielmehr ihren eigenen Einflussbereich auszudehnen. Sie verbreitet ja auch nicht etwa die Sprache Puschkins, sondern das stark simplifizierte Parteirussisch.

Obgleich die Partei ihren Jargon über alle Welt verbreiten will, ist sie doch nicht bestrebt, die Welt zu russifizieren. Sie fühlt sich nicht als lineare Nachfolgerin des untergegangenen Zarenreiches. Sie baut sich originär ein neues Reich, das imperium sovieticum, auf. Waren früher die Zaren, die „Herrscher aller Reussen“, die „Samm-

ler russischen Landes“, sozusagen Vollstrecker eines grossrussischen Machtstrebens und Organe der Nation, so ist heute das imperium sovieticum das „Bollwerk der fortschrittlichen Menschheit“, die „Stossbrigade des internationalen Proletariats“. Die Sowjetunion ist nichts anderes als die „Hausmacht“ der Partei, die diese im entscheidenden Ringen um die Vorherrschaft in die Waagschale werfen kann. Mag auch manchmal der Eindruck einer scheinbaren Russifizierung entstehen – sie ist doch in Wirklichkeit nichts anderes als eine Sowjetisierung, eine der Formen des sowjetischen Kolonialismus, zu dessen Opfern das russische Volk nicht weniger als andere Nationen gehört.

Hoffnung, Illusion und Bloch

Ernst Blochs Philosophie bleibt Apologie des Ostens

VON CHR. MICHAEL

„Die schwindelhafte Hoffnung ist einer der grössten Übeltäter, auch Entnerver des Menschengeschlechts, die konkret echte sein ernstester Wohltäter“, schreibt Ernst Bloch, der Philosoph der 'docta spes', der endlich begriffenen Hoffnung. Im 'Ostpunkt' der Menschheit wähnt er ihre Heimat. Im sozialistischen Lager allein leuchtet grosse, konkret echte Hoffnung. Hier geschieht, so meint der ostzonale, jetzt in Tübingen weilende Philosoph, Umbau der Welt zu Heimat, weil Abbau aller Verhältnisse, in denen, wie Karl Marx es ausdrückt, „der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verlassenes, verächtliches Wesen ist“.

„Ex oriente lux, dieses alte Wort aus Geographie und Christentum zugleich“, vermerkt Bloch, „bekommt bei solchem Anblick eine frische, umfunktionierte Wahrheit; aus dem Ostpunkt der gegenwärtigen Menschheit kommt das Licht.“

Aus dem 'Westpunkt' hingegen Finsternis und schwindelhafte Hoffnung, der grösste Übeltäter und Entnerver der Menschheit. „Hier ist alles Labyrinth“, dekretiert der Philosoph kommunistisch begriffener Hoffnung, „einschliesslich eines Leitfadens hindurch bis zum Minotauros am Ende – und der Ariadefaden fehlt.“ Mit einer fast an Savonarola und Luther gemahnenden

Sprachgewalt geisselt der Philosoph kommunistischer Zukunftsgläubigkeit den 'Westen' als eine faulende, parasitäre Wucherung am grünenden Baum sozialistisch-gesellschaftlichen Lebens. Die Philosophie des Westens ist ihm lediglich Kanonenfuttermetaphysik und philosophischer Kammerspeck, lakienhaft geliefert im Auftrage der verfaulenden Bourgeoisie. Und trotzdem! Bloch, der talentierte Sänger des 'Hohen Liedes' des Marxismus, blieb nicht innerhalb des sozialistischen Lagers. Er blieb in Tübingen, ausserhalb der Schandmauer Ulbrichts, wo er nach den Ereignissen des 13. August gerade war. Er blieb; er kam nicht! So brauchte er zwar nicht den Sprung über den Stacheldraht zu wagen, den so viele mit ihrem Leben bezahlen mussten. Wird er indes den Sprung über die Mauer einer Ideologie wagen, in die er 43 Jahre lang eingesperrt war? Der 'Umbau der Welt zu Heimat', sein marxistischer Traum, beginnend mit dem 'Geist der Utopie' aus dem Jahre 1918, ist er ausgeträumt?

Nein, kein Renegat, der verachten wird, was er gestern beschwor, wird nun in Tübingen seine Stimme erheben. Bereits in diesen Tagen begann Bloch seine Gastvorlesungen über philosophische Grundsatzfragen. Als Marxist, der er war, ist und bleibt, wird er erklären, dass es, wie es im Vor-

wort zu seinem Werk 'Das Prinzip Hoffnung' heisst, „seit Marx keine überhaupt mögliche Wahrheitsforschung gibt und keinen Realismus der Entscheidung mehr, der die subjektiven und objektiven Hoffnungsinhalte der Welt wird umgehen können; es sei denn bei Strafe der Trivialität oder der Sackgasse. Philosophie wird Gewissen des Morgen, Parteilichkeit für die Zukunft, Wissen der Hoffnung haben oder sie wird kein Wissen mehr haben. Und die neue Philosophie, wie sie durch Marx eröffnet wurde, ist dasselbe wie die Philosophie des Neuen...“

Blochs Philosophie ist, war und will sein: parteilich. Gewiss nicht für die Partei, deren Genosse er nie war. Parteilich für die Zukunft, für das Noch-Nicht als schon im Gestern und Heut. Im Namen dieser Parteilichkeit sah Bloch verächtlich auf die Faustregel-Ideologie des Schmalspurmarxismus orthodoxer Parteiideologen hinab, ohne indes an Marx und seinen Ideen auch nur den Hauch eines Zweifels heranzutragen. Die marxistische Philosophie ist und bleibt für Bloch „diejenige, welche sich endlich adäquat zum Werden und Heraufkommen verhält... Sie ist das Grundthema der Philosophie, die bleibt und ist, indem sie wird, ist die noch ungewordene, noch ungelungene Heimat, wie sie im dialektisch-materialistischen Kampf des Neuen mit dem Alten sich herausbildet, heraufbildet... das Licht heisst 'docta spes', dialektisch-materialistisch begriffene Hoffnung.“ (S. 19)

Bloch, mit dem vaterländischen Verdienstorden in Silber und dem Nationalpries der Zone ausgezeichnet, drehte dieser den Rücken. Warum? Bloch lässt darüber keinen Zweifel. In ihm vollzog sich keine Konversion, wie sie ein A. Koestler, ein Whittaker Chambers, ein Wolfgang Leonhard und andere vollzogen. Hat doch seinerzeit die menschenfressende Tschistka Stalins der Jahre 1936/38 es nicht vermocht, im Denken Blochs die Sperre marxistischer Ideologie zu durchbrechen. Die Schandmauer Ulbrichts hat es noch weniger erreicht.

Bloch gesteht es selbst. In seinem Schreiben an den Präsidenten der sowjetzonalen Deutschen Akademie der Wissenschaft in Ost-Berlin, deren ordentliches Mitglied er ist, begründet er seinen Entschluss, nicht mehr nach Leipzig zurückzukehren, entscheidend damit, dass ihm der Staat, der sich – wie Bloch es nun ausdrückt – 'als Deutsche Demokratische Republik bezeichnet', seine publizistische Wirksamkeit unterband, während, wie er schreibt, „mir seit geraumer Zeit Universitäten, Zeitschriften und mein Verlag in Westdeutschland Gelegenheit gaben, zu leben, zu publizieren und meine bisherigen Arbeiten ungestört fortzusetzen“. Darüber hinaus, fährt

Bloch in seinem Schreiben fort, „liessen die Ereignisse nach dem 13. August erwarten, dass für selbständig Denkende überhaupt kein Lebens- und Wirkungsraum mehr bleibt...“

UTOPIE UND BLINDHEIT

Der letzte Hinweis bleibt für Bloch charakteristisch. Erst der 13. August, der Tag der Schandmauer Ulbrichts, lässt in ihm den Verdacht aufsteigen, dass es in der SBZ nun für selbständig Denkende keine angemessenen Lebens- und Wirkungsmöglichkeiten mehr geben werde. Nichts davon, dass dieser Tag nur einmal mehr zum Ausdruck bringt, was prinzipiell einem jeden kommunistischen Herrschaftssystem innewohnt: der totale Anspruch nicht nur auf das Handeln, sondern auch und vor allem auf das Denken und das Gewissen der Untertanen. Dafür bleibt Bloch blind. Er, der die Äusserungen und Symbole der zweitausendjährigen Geistes- und Kulturgeschichte der Menschheit mit einer souveränen Deutungskraft zu erfassen versteht, vermag in der Ulbricht-Mauer nicht die handfeste Verdeutlichung dessen zu erfassen, was einem jeden kommunistischen Herrschaftssystem zu eigen ist: die ideologische Mauer, innerhalb derer 'wahres' Denken sich zu bewegen habe, so dass es ausserhalb ihrer immer nur zum 'Freiwild kapitalistischer Profitjäger' wird.

Bloch, der Denker mit dem utopischen Stern im Blut und mit einer geradezu strafwürdigen Realitätsblindheit im Geist, erkannte nicht, dass die Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre, deren er sich – wie er es in seinem Absagebrief anerkennt – in den Jahren 1949 bis 1956 in der sogenannten DDR erfreute, eine Narrenfreiheit war, die einem hochtalentierten, wenn nicht genialen Manne jedes kommunistische Herrschaftssystem einzuräumen bereit ist. Gewiss nicht prinzipiell, sondern auf Widerruf: solange nämlich besagtes Talent nach Massgabe des ZK innenpolitisch nicht unbequem wird und nach aussen hin als Aushängeschild sozialistischer Freiheit und Humanität wirksam bleibt. Eine ähnliche Narrenfreiheit geniesst unter anderem gegenwärtig der in seiner Villa am Weissen Hirsch zu Dresden lebende Atomforscher und Leninpreisträger Baron Manfred von Ardenne.

Bloch, ebenso naiv wie genial, geblendet von seiner Utopie, der philosophisch endlich begriffenen Hoffnung – die nach ihm in Karl Marx erstmalig Ereignis wird –, begriff weder die seinerzeit in der Zone genossene Narrenfreiheit, noch begreift er die gegenwärtig um die Zone gezogene Mauer. So wie er seine ihm auf Widerruf zuerkannte Freiheit als das natürliche Angebinde kommuni-

stischer Gesellschaftsordnung missverstanden, so missversteht er in seinem 'utopischen Blick nach vorn' Tschistka und Schandmauer als bloße Kinderkrankheiten und Entwicklungsschwierigkeiten des dialektisch-materialistischen Prozesses, der beim 'Umbau der Welt zu Heimat' „noch mächtig viel Störung, Dummheit und Vernichtung in sich hat". Es sind die unvermeidlichen 'Späne', die der dialektisch-materialistische Geschichtshobel fliegen lässt, um seinen Weg zum 'Reich der Freiheit' zu bahnen.

Diese 'Späne' nun stören gegenwärtig seinen Wunsch nach ungestörter Publizistik, stören seinen Willen, seine Ideen an den Mann zu bringen. So zieht er dorthin, in die Bundesrepublik, wo derlei Späne nicht fliegen. Dorthin, wo der dialektisch-materialistische Geschichtshobel in der Hand der Partei sein Werk, Umbau der Welt zu Heimat, nicht – nach Bloch wohl „noch nicht" – vernichten kann.

So hielt es Bloch seit den ersten Jahren des Ersten Weltkrieges. Immer zog er um, wenn er wählte, dass ihm die Freiheit des Wortes, der Schrift und der Lehre durch Mauern eingeengt oder gar abgeschnitten werde. Während des ersten Weltkrieges emigriert er in die Schweiz. 1918 eilt er nach Deutschland zurück, um hier die „entscheidende Schlacht des Proletariats" zu schlagen. 1933 zieht er sich vor der braunen Diktatur nochmals in die Schweiz zurück. 1934 finden wir ihn in Wien, 1935 in Paris, 1938 in Prag, 1939 in den USA, 1949 in Leipzig und 1961 in Tübingen.

Wiewohl Bloch in den Ländern der bürgerlichen Welt – bis auf die Jahre der Narrenfreiheit in Leipzig – immer wieder Zuflucht, Freunde und Arbeitsstätte fand, blieb und bleibt sie ihm eine Welt, die vom dialektisch-materialistischen Lauf der Geschichte bereits überholt, nur noch parasitär die Stunde ihres endgültigen Untergangs mit List und Betrug ein wenig hinausschieben kann. Bei allem Respekt vor dem Ernst und der Leidenschaft, mit der Bloch philosophisch um die Hoffnung, das heißt um die Antriebskräfte zum Handeln, um Licht und Weisung im Lebenskampf ringt, sein Schema, in das er die Weltgeschichte zwängt, ist ebenso ungeschichtlich wie es dogmatisch ist. Es ist ein dem bloss Organischen entnommenes, biomorphes, mit Dialektik verziertes Denkmodell von notwendig untergehenden und ebenso notwendig aufsteigenden Gesellschaftsklassen. Dieses Denkmodell, an das er sich hält, verbietet ihm, die westliche Welt anders als eine dem Untergang verfallene zu sehen.

Ohne auf die so weit und breit angelegte Hoffungsphilosophie Blochs hier im einzelnen eingehen zu können, bleibt anzuerkennen, dass

Bloch mit seinen Grundbegriffen, dem Doppelstirn 'docta spes – konkrete Utopie', ein philosophisch legitimes, indes lange verschüttetes Anliegen wieder zum Tragen brachte. Dadurch wird Bloch eines Begriffs von Philosophie wieder mächtig, der die Chance bietet, Philosophie überhaupt wieder in ihre konkrete Verantwortung der Gesellschaft wie der Geschichte gegenüber zurückzubringen. Darin gewinnt sie wohl die einer jeden Philosophie ebenso unaufhebbare wie urtümliche Einheit von Theorie und Praxis wieder, nämlich als Einheit von Gesellschaftskritik und Gesellschaftsveränderung. In dieser Selbstbefreiung zu ihrem eigenen Wesen kann Philosophie wieder das werden, was sie zu sein und worin sie sich zu bewähren hat: als *radikale Potenz der Selbstaufklärung der Gesellschaft*.

Doch Bloch kann seinem eigenen Anspruch, Philosophie wieder auf ihren unabdingbaren, konkret sozialkritischen Aspekt zu verpflichten, nicht nachkommen. Die einer jeden Philosophie wesenseigene und von Bloch dankenswerterweise wieder ausdrücklich aufgezeigte Einheit von konkret gesellschaftsbezogener Kritik als zukunftsweisender Selbstaufklärung der Gesellschaft wird von ihm und muss von ihm permanent verraten werden.

FRAGWÜRDIGES DENKMODELL

Grund dafür ist seine nicht nur hypothetisch, sondern kategorisch vorlaufende, ideologische und politische Option für den kommunistischen Osten. Trotz aller beachtlichen Kritik an dessen dogmatischer Ideologie bleibt diese Option gesellschaftlich unreflektiert und damit naiv, unphilosophisch und kaum weniger dogmatisch. Wo Philosophie kraft ihrer fundamental-kritischen und zumal selbstkritischen Funktion ihre eigene geschichtliche Bindung noch bewusst zu machen vermag und so in ihrer gesellschaftlichen Bindung *über* ihr steht, verschreibt sich Bloch, der Philosoph des 'Novum', bedingungslos einer bestimmten gesellschaftlichen Perspektivik. Er, dem das Wesen der Welt nicht in abgeschlossener Gewesenheit oder auch nur kontemplativ zu betrachtender Anwesenheit besteht, sondern an der Front der Welt liegt, am vordersten Abschnitt der Zeit, wo die nächste entschieden wird, er, der von der Philosophie des Neuen als der neuen Philosophie, von Zukunft, Schöpfertum, Front und Zeitwende träumt, verfällt dem gesellschaftspolitisch inaugurierten fragwürdigen Denkmodell von der Existenz gesetzmässig untergehender und aufsteigender Gesellschaftsklassen. Dadurch, dass Bloch sich unkritisch der nur begrenzten Geltung einer bestimmten, überholbaren geschichtlichen Per-

spektivik als einer nicht mehr überholbaren und somit endgültigen verschreibt, erstarrt sein Denken in gesellschaftlicher Dienstwilligkeit. Sein 'Prinzip der Hoffnung' wird dergestalt, ob gewollt oder nicht, zu einer geradezu penetranten Apologie kommunistischer Gesellschaftsordnung. Wiewohl Blochs Philosophieren im Doppelbegriff des konkret Utopischen und der philosophisch erhellten Hoffnung die Chance bietet, sich in der Gesellschaft als Element der Aufklärung und somit des Fortschritts zu bewähren, schlägt es zwangsläufig in einen Rechtfertigungsmechanismus zur Absicherung einer dogmatisch vorgelaufenen Option um. Blochs Philosophieren pervertiert zur Genaufklärung und Reaktion.

CORRUPTIO OPTIMI PESSIMA

So wundert es nicht, dass Blochs Auseinandersetzung mit der Existenzphilosophie geradezu ärmlich wirkt. Wiewohl Blochs Hoffnungsphilosophie sachnotwendig auf eine gross angelegte wie detailliert saubere Auseinandersetzung mit dieser Philosophie der Angst und des Scheiterns hinauslaufen müsste, bleibt Bloch auf Grund seiner dogmatischen Option hinter seinen eigenen Möglichkeiten zurück wie auch hinter dem, was von anderer Seite an ideologisch-kritischer Arbeit zur Existenzphilosophie bereits vorliegt. In schematischer Applikation seines biomorphen Denkmodells drängt sich zum Beispiel die Heidegger-Kritik in Sätze zusammen, wie man sie in der SBZ landauf, landab von jedem Parteipiefke und und Agitprop hören kann. Sein sozialkritisches Schema, mit dem er seinen philosophisch wieder zu Ehren gebrachten Begriff der 'konkreten Utopie' permanent verrät, liegt für ihn dogmatisch fest: alle Dunkelheit im 'Ostpunkt' der Menschheit kommt auf das Konto des Noch-Nicht; sie ist vorübergehende Kinderkrankheit der Gesellschaft, die unaufhaltsam auf dem Wege zu ihrer Gesundung in der klassenlosen Gesellschaft voranschreitet. Alle Dunkelheit im 'Westpunkt' der Menschheit kommt indes auf das Konto des Nicht-Mehr; sie ist unheilbares Altersgebrecchen der Gesellschaft, die sich auf dem Gang zum Grabe befindet. Von der so enthusiastisch in Angriff genommenen Entstalinisierung und Entdogmatisierung marxistischen Denkens bleibt das, wiewohl von Blochscher Wortmusik hier und da übertönte, schematische Geklapper eines biomorphen Denkmodells über, welches Geklapper einem jeden Stalinisten zur Ehre gereichen könnte. Wengleich wider Willen, so doch folgerichtig zu seiner vorlaufenden und dogmatischen absolut setzenden Option wird Bloch vom Schicksal erreicht, gegen das er hoffnungsfroh zu Felde zog und das in seiner Hoff-

nungsphilosophie gemeistert zu haben er wähte: das Stalinistische Schicksal reaktionärer Absicherungsphilosophie.

Wohl hat Bloch für sich und seine Getreuen den Schmalspurmarxismus der Parteipiefkes überwunden. Doch sein 'Grossspurmarxismus' ist nicht weniger dogmatisch festgefahren. Das 'Grosse' der Spur liegt lediglich im Vorraum. Hier ist gewiss Weiträumigkeit; die Schemata bleiben plastisch-fließend; das Verstehen von Welt und Geschichte geschieht lebendig und elastisch. Die oft hart an Magie grenzende Blochsche Wortmusik tut ein übriges, um hier Licht und Weite, Humanität und Freiheit ahnungsvoll aufblitzen zu lassen. Doch im *Innenraum* dieser „Hoffnungs“-Philosophie klappert grossspurig das dialektisch ontologisierte biomorphe Denkmodell. Es ist das Modell eines Engels, eines Lenin, eines Stalin, eines Ulbricht. Es ist das Denkmodell eines Karl Marx, der den erbarmungslosen „Geschichtsgott“ Hegels, das antihumane Schicksalsgesetz der Dialektik, im Diesseits etablierte und in der Gesetzmässigkeit des Politisch-Ökonomischen institutionalisierte. Alle im Vorraum der Hoffnungsphilosophie so befreiend ertönende Blochsche Wortmusik von Front, Zeitwende, von Novum, Jugend und Produktivität, von „Happy-End, durchschaut und trotzdem verteidigt“, verliert ihren Klang und Zauber, sobald man die Vorhallen durchschritten und in den nüchtern kühlen Maschinenraum dieser dialektisch-materialistischen „Hoffnungs“-Philosophie gelangt ist. Hier arbeitet ein dialektisch spiralenförmig rotierendes, blindes, es-haftes Prinzip, an welches der Mensch erbarmungslos gekettet bleibt. All die Wortmagie Blochs kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das von ihm wie von allen Kommunisten so enthusiastisch vergötterte Wort „Freiheit“ derselbe Betrug ist wie die Freiheitsdefinition Hegels „als Einsicht in die Notwendigkeit“. Der junge Sowjetbürger Jesenin-Wolpin, Sohn eines der bedeutendsten Dichter Russlands, Sergej Jesenins, geisselt in seinen philosophischen Essays, die er heimlich nach dem Westen bringen liess, diese hegelianisch-marxistische Freiheit als 'bewusstgewordene Notwendigkeit' mit folgenden Worten: „Aus dieser lächerlichen Definition ergäbe sich doch, dass ich, sitze ich in einem Gefängnis, nur solange unfrei bin, bis es mir bewusst geworden ist, dass ich es nicht verlassen kann; habe ich das aber begriffen, so habe ich dadurch sofort meine Freiheit errungen.“ (Vgl. *freie rundschau* 1961/5, Seite 18.) In nichts, es sei denn im Pathos und in der Magie des Vokabulars, unterscheidet sich Blochs Freiheitsrausch von diesem „bewusstgewordenen Gefängnis“. Bloch huldigt gleich Marx einer 'dialektischen Anthropologie'. Danach kann

der Mensch sein Mass und seinen Wert nie in sich, sondern lediglich in seiner Produktivität für den dialektischen Prozess haben. Er hat keine unangreifbare Eigenwürde. Sein Eigenwert ist sein Leistungs- und Nutzwert für den Prozess. Bereits ontologisch vom es-haften dialektischen Prozess funktionalisiert, kann er sich allenfalls zur Einsicht durcharbeiten, „höchste Blüte“, „letzter Schrei“, im Grunde aber doch immer nur funktionalisierte Phase eines Prozesses zu einer angeblichen Heimat bleiben zu müssen. Diese wird bekanntlich von Bloch mit der Formel von Marx als Naturalisierung des Menschen und Humanisierung der Natur umschrieben. In dieser ebenso hochtönenden wie hohlen Phrase enthüllt sich die ganze Hoffnungsphilosophie Blochs als eine nach aussen wundersam glänzende, nach innen indes leere und geradezu schwindlerische „Happy-End-Philosophie“.

Bloch, klug genug, spürt die Fragwürdigkeit seines Anliegens, die Menschheit das Hoffen zu lehren. Im zweiunddreissigsten und zugleich letzten Kapitel des ersten Bandes, das überschrieben ist „Happy-End, durchschaut und trotzdem verteidigt“, kann Bloch, genialer Menschenkenner, der er ist, nicht umhin, zu schreiben:

„Man weiss zu gut, die Menschen wollen betrogen werden. Doch dieses nicht nur, weil die Dummen in der Mehrzahl sind. Sondern weil die Menschen, zur Freude geboren, keine haben, weil sie schreien nach Freude. Das erst macht auch die Klügeren zeitweise einsinnig, einfältig, sie fallen auf Glanz herein, und es ist nicht einmal nötig, dass der Glanz Gold verspricht, hier kann bereits genügen, dass er glänzt.“

Denn die Schwäche fürs Glück ist bei den Menschen so stark, dass der Mensch, so meint Bloch, auf ein bisschen Glänzen immer wieder hereinfällt, so dass Betrüger immer wieder bei dieser seiner Schwäche einhaken. Doch um sich nicht selbst in die Reihe dieser „süssen Betrüger“ einzureihen, fährt er fort: „Die Benutzung der Schwäche braucht nicht nur durch Schwindler zu geschehen, kleinen wie grossen Stils. Schönfärberei wird überall gesucht...“

Nein! Wir suchen nicht Schönfarben, um dergestalt den Glückstrieb der Menschheit auszubeuten. Wir suchen Wahrheit. Doch keine Wunsch-, keine Happy-End-, keine Als-Ob-Wahrheit; keine, bei der es bereits genügt, dass sie wie Wahrheit glänzt; sondern Wahrheit, die im Feuer wissen-

schaftlichen Beweises geläutert und gehärtet ist. Sie allein ist befugt und befähigt, den Glückstrieb der Menschen mit ebenso ruhiger wie fester Hand durch alles Gaukelspiel der Betrüger wie durch alles Schönfärben utopischer Enthusiasten zum Land der Freiheit zu geleiten.

Bloch weiss, dass der Mensch, so notwendig wie Luft zum Atmen, auch Hoffnung zum Leben braucht. Er verweist mit Recht darauf, „dass die Hoffnungslosigkeit selber ... das Unaushaltbarste ist, das ganz und gar den menschlichen Bedürfnissen Unerträgliches“. Den Satz der alten Weisheit: „corruptio optimi pessima“ erläutert er daher mit den treffenden Worten, „die schwindelhafte Hoffnung ist einer der grössten Übeltäter, auch Entnerver des Menschengeschlechts, die konkret echte sein ernstester Wohltäter“.

Bloch, so meinen wir, hat mit diesen Worten seine eigene Hoffnungsphilosophie gekennzeichnet. Statt für eine Entnaturalisierung des Menschen als seiner Humanisierung zu kämpfen, weiss sein von Marx übernommener Leitsatz nur von einer Naturalisierung des Menschen als einer Humanisierung der Natur zu predigen. Nicht der Mensch soll humanisiert, die Natur soll humanisiert werden. Die Natur, die bei Bloch Prozess-Materie ist.

Deren Humanisierung in eines mit der Enthumanisierung, das heisst Naturalisierung des Menschen betreibt seit Jahr und Tag die kommunistische Bewegung. Sie hat nach Bloch „noch mächtig viel Dunkel, Dummheit und Vernichtung in sich“. Doch es ist das unausbleibliche Dunkel, die dogmatische Dummheit und die inhumane Vernichtungsgewalt des von Hegel, Marx und Bloch inaugurierten ebenso utopischen wie dialektisch drappierten Prozesses. Die utopische, von Marx entworfene und von Bloch festgehaltene Fiktion, der Lauf der Geschichte arbeite sich, getrieben von einer materialistischen Dialektik, gesetzmässig zu einem weltgeschichtlichen Happy-End hindurch, lässt Bloch zu einem der grössten Schönfärber in der Arena der Geschichtsphilosophen werden. Seine Hoffnungsphilosophie erweist sich als Frucht eines zwar genialen aber doch unwirklichen Wunschdenkens. Materialistische Hoffnung, auch und gerade wenn sie dialektisch ontologisiert, angereichert ist, kann nur „schwindelhafte Hoffnung“ sein. Schamlos beutet sie den Glückstrieb der Menschheit aus. Sie ist nach Blochs eigenen Worten „einer der grössten Übeltäter, auch Entnerver des Menschengeschlechts“. Denn es bleibt die Wahrheit: „corruptio optimi pessima“.

Infiltration über den Fernsehschirm

VON MAXIMILIAN STEIN

Der 13. August 1961 hat für die kommunistischen Machthaber auch unerwünschte Konsequenzen gehabt. Er hat manches bewirkt, was längst schon hätte geschehen sein können und sollen. Er hat im Westen manche Entscheidung beschleunigt und endlich herbeigeführt, um die man sich monate- oder gar jahrelang gestritten hat, ohne sich über sie einigen zu können.

Aber es gab auch negative Entscheidungen und halbe Massnahmen im Sinne der psychologischen Auseinandersetzung des Westens mit dem Kommunismus – es sei erinnert an solche Fakten wie die Schliessung von West-Berliner Büros beziehungsweise Vertretungen antikommunistischer Organisationen der Bundesrepublik oder ihre „Verlagerung“ sowie die anderer Institutionen, auch von Verlagen und sonstigen Wirtschaftsunternehmen, aus West-Berlin. Diese Massnahmen legen einmal mehr die Frage nahe, ob es denn eigentlich immer erst jeweils eines 17. Juni oder eines 13. August bedürfe, um die Verantwortlichen bei uns sowie den Druck der öffentlichen Meinung auf sie in Bewegung zu setzen, oder ob eine Einigung stets nur unter östlichem Druck möglich sei. Zu den positiven Entscheidungen und Ereignissen gehört, auch wenn sie als eine halbe Massnahme anzusehen ist, die unter dem Eindruck des 13. August erfolgte Einführung eines *Vormittagsprogramms des Deutschen Fernsehens*, das seit dem 4. September 1961 läuft.

So begrüssungswert dieser – endlich – herbeigeführte und verwirklichte Beschluss der westdeutschen und des West-Berliner Intendanten unseres Fernsehens ist, birgt er doch unmittelbar verschiedene Ansatzpunkte zu einer leider unerlässlichen Kritik von vornherein in sich.

Das Fernsehen selbst sowie die Meldung der Deutschen Presse-Agentur vom 4. 9. 1961 bezeichnen die neu eingeführte (Wiederholungs-)Sendung ausdrücklich als „*Vormittagsprogramm für Mitteldeutschland*“. Schon das ist in doppelter Hinsicht fragwürdig: Einerseits würde das SED-Regime damit ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht,

dass in der fraglichen Sendezeit speziell die ohnehin als „Staatsfeinde“ verfolgten Teilnehmer des Westfernsehens in der SBZ einschliesslich Ost-Berlins angesprochen werden sollten. Dies aber geschah ungeachtet der spätestens durch die einschlägigen West-Berliner und westdeutschen Presse-, Funk- und Fernsehmeldungen vom 23. 8. 1961 und den folgenden Tagen bekannt gewordenen neuerlichen und bislang brutalsten SED- und FDJ-Stosstruppkampagne gegen die „ideologischen Grenzgänger“ – das heisst gegen die RIAS-Hörer sowie diesmal ganz besonders und unter Anwendung regelrechter Gewaltpraktiken gegen die West-Fernseher in der SBZ, deren Antennenausrichtung beobachtet, Fernsehgeräte zum Teil beschlagnahmt und Antennen gewaltsam vom Dach gerissen wurden. Hätte sich das Ulbricht-Regime etwas Besseres als diese spezifische Deklarierung, diesen Hinweis auf Zweck und Zielsetzung wünschen können, wie sie kein SSD-Agent besser hätte melden können? –

Andererseits aber war die erwähnte Kennzeichnung des Vormittagsprogramms als speziell für Mitteldeutschland bestimmt noch dazu nur eine Teilwahrheit; wäre sie die ganze Wahrheit, wären damit tatsächlich alle Motive erschöpft, die zu der längst auch aus anderen Gründen geforderten Neueinführung des Morgenprogramms geführt haben, so wäre dies fast noch schlimmer: Dies käme nämlich einer absoluten Missachtung der öffentlichen Meinung gleich, wie sie lange vor dem 13. August 1961 in einem Teil der Presse ebenso wie in Erklärungen der IG Metall im DGB zum Ausdruck gebracht worden ist. Hier aber war eine mindestens ebenso wichtige, wenn nicht eine noch wichtigere Begründung der Forderung nach einem Vormittagsprogramm des Westfernsehens gegeben und ständig wiederholt worden: Die Tatsache nämlich, dass rund eine Million westdeutscher und West-Berliner Fernsehteilnehmer durch dessen Fehlen der kommunistischen Fernsehinfiltration mit ihrer Propaganda gegen West-Berlin, die Politik der Bundesregierung wie die des Westens überhaupt ständig ausgesetzt waren –

oder richtiger: sich ihr freiwillig durch Umschalten ihrer Fernsehgeräte selbst aussetzen. Dies geschah jedoch nicht etwa aus der Absicht, sich mit mehr oder weniger direkter kommunistischer Propaganda berieseln zu lassen, sondern lediglich deshalb, weil es sich bei den genannten, durch Meinungsforschung und Vergleich mit den Schichtarbeiterzahlen von über einer Million getesteten Fernsehteilnehmern um solche handelte, die zu anderer Zeit, nämlich abends, nicht fernsehen konnten. Der immerhin verständliche Wunsch, das nun einmal angeschaffte Fernsehgerät angesichts des nicht gerade geringen Kaufpreises von rund tausend Mark nun auch wirklich einzuschalten, veranlasste diesen Teilnehmerkreis vormittags jeweils zum einfachen Druck auf den Knopf, zum Umschalten auf den Ost-Kanal. Weshalb? Weil im Westen – auf Kanal 7 – zur selben Zeit nichts geboten wurde ausser Wellenrauschen. Eine Ausnahme bilden hier lediglich die Sonntagsgottesdienste und verwandte Sendungen sowie der anschließende Frühschoppen mit Werner Höfer und ganz selten vielleicht noch die Übertragung von Staatsempfängen von kurzer Dauer und meist schlechter (Send-)Qualität.

Wer wollte es nun dem Schichtarbeiter verübeln, dass er für sein gutes Geld zuzüglich der monatlichen Postgebühren mehr sehen und hören wollte als nur die erfreuten Berichte seiner abends vereinsamt vor dem Bildschirm gesessen habenden Frau? Wollte er selbst auch einmal etwas sehen, nicht auf die Dauer seiner jeweiligen Wochenschicht oder noch länger gänzlich vom Fernsehen ausgeschlossen bleiben, so musste er eben umschalten – auf Ost. Denn während im Westfernsehen Senderruhe herrschte, wurde über den Ost-Kanal 5, später sogar noch in einem zweiten (als „Zweites Programm“ mit fast immer gleichem Ablauf wie das erste) ab 10 Uhr früh bis gegen 12,30 und dann – nach kurzer Mittagspause – weiterhin laufend gesendet.

Das sprach sich rasch herum, wenn man sich mit Kollegen über den gemeinsamen Ärger wegen des Fernsehens unterhielt. Dafür sorgten schon westliche Zeitungsnotizen, wenn nicht gar kommunistische Betriebszeitungen oder die einzige Bemerkung eines Kollegen.

Wer jedoch umschaltete, sass ja nicht unbedingt allein vor dem Bildschirm: Rechnet man je ermittelten Ostfernseher – laut Gewerkschaftsangaben – zum Geräte-Inhaber jeweils nur dessen Ehegatten oder je eine weitere Person als zweiten Anwesenden hinzu, so ergeben sich statt über einer bereits zwei Millionen, bei je einem Kind oder weiteren Zuschauern drei Millionen freiwillig-unfreiwilliger Teilnehmer des Ostfernsehens in der Bundesrepublik und in West-Berlin, die aus-

schliesslich beziehungsweise zu mehr als 95% allein auf das Konto der Zeiteinteilung des Westfernsehens gingen - beziehungsweise gehen. Denn das jetzige Vormittagsprogramm allein hat noch nicht restlos Wandel geschaffen, wie noch zu zeigen sein wird.

Hinzu kam und kommt, dass der Zuschauer des Ostfernsehens sich teilweise davon überzeugen konnte, dass dieses ja gar nicht so politisch sei, wie man gedacht hatte: Da gab und gibt es Spielfilme in grosser, wahrscheinlich grösserer Anzahl als im West-Fernsehen, ganz bestimmt tagsüber. Da gibt es sogar Reprisen uralter Filme mit berühmten westlichen Stars, so an jedem Montagabend in der Standardsendung *Für den Filmfreund ausgewählt*, noch dazu mit so populären und beliebten Komikern wie Heinz Rühmann, Hans Moser, ja sogar mit „Jupp“ Schmitz, von der Wochenschau der NS-Zeit her noch besonders bekannt.

Wer aber einmal auf „Ost“ umgeschaltet hat, sieht natürlich auch die jeweiligen Voranzeigen für denselben und die folgenden Tage, die ja auch häufig genug wiederholt werden: „Heute abend im Osten: ein Heinz-Rühmann-Film!“ sagt die Gattin des „Schichtarbeiters“ zur Nachbarin und lädt sie zu sich ein, falls sie kein Fernsehen hat: „Mein Mann ist ja leider nicht da!“ Dass man dann zur angesetzten Zeit, zum Beispiel um 20 Uhr, erst noch etwa zehn Minuten Ost-Nachrichten oder irgendeinen mehr oder weniger geschickt gemachten Streifen der Produktion von „Tele-Studio West“ über sich ergehen lassen muss, nimmt man in Kauf: Das scheint eben eine kleine Programmverschiebung zu sein, wie man sie im Westfernsehen ja ebensohäufig erlebt. Als Durchschnittsfernseher durchschaut man natürlich nicht so ohne weiteres, dass genau dies die Absicht der kommunistischen Fernsehregie ist (und niemand klärt einen darüber auf).

Die Leute von den SBZ-Sendern jedoch erhalten laufend ausführliche Analysen durch die SED-Führung und den SSD, die sich auf Spitzelberichte darüber stützen, wie das Ostfernsehen „ankommt“, was wo und wie besonders wirksam ist. Danach richtet sich die rote Fernsehinfiltation.

Man braucht sich angesichts der hier nur andeutungsweise wiedergegebenen Tatsachen und wenigen Einzelbeispiele nicht darüber zu wundern, dass das Ostfernsehen seine Sender und die Anzahl der Relaisstationen an der Zonengrenze zur Bundesrepublik laufend verstärkt hat und dies auch heute noch fortsetzt, so wie es ja auch sämtliche Spitzenkräfte von Bühne, Film und Rundfunk beim „Deutschen Fernsehfunk“ (Ost) in Berlin-Adlershof konzentriert hat beziehungs-

weise laufend dort beschäftigt. Pankow weiss, welche Waffe im Kampf gegen die Bundesrepublik und West-Berlin sein Fernsehen bedeutet – eine in ihrer Wirkung auf lange Sicht hin berechnete Waffe, durch die eine schleichende, ganz allmähliche Zersetzung der westdeutschen Bevölkerung, schon bei den Kindern beginnend, erreicht werden soll.

Hier aber ergibt sich die Frage: Hat unser Vormittagsprogramm und vielleicht dazu noch das zweite Programm am Abend daran wirklich genügend ändern können? Die Frage stellen, heisst, sie verneinen, weitgehend jedenfalls, so erfreulich die endliche Neueinführung vom 4. September auch ist. Vielleicht ist hier der Grund dafür zu suchen, dass man diese neuen Sendestunden nur als „Fernsehendung für die Zone“ ankündigen liess; vielleicht auch darin, dass man ungerne zugeben wollte, den vernünftigen Argumenten der öffentlichen Meinung nachzugeben zu haben, die für die Einführung eines Vormittagsprogramms sprechen, wie es als Spätarbeiterprogramm seit vielen Jahren vom Osten bereits ausgestrahlt wird.

Die negative Beantwortung der vorstehend gestellten Frage ergibt sich zunächst rein zeitlich aus dem Programmvergleich des Ost- und Westfernsehens. Sie ergibt sich ferner aus einem inhaltlichen Vergleich der jeweiligen Sendungen: In dieser Beziehung liesse sich der fast lückenlose Nachweis erbringen, dass dem Ostfernsehen offenbar das westliche Programm für die jeweils kommende Woche früher bekannt wird als umgekehrt.

Schliesslich ergibt sich die negative Beantwortung der gestellten Frage auch aus der Vielzahl der ausschliesslich beziehungsweise in erster Linie für den Westen bestimmten Sendungen, darunter auch Standard-Sendungen wie die des sogenannten *Tele-Studio West* oder *Der Schwarze Kanal* des Chefkommentators Karl Eduard von Schnitzler, ferner an jedem Sonnabend um 19 Uhr die sogenannte *Tele-BZ*, speziell für die West-Berliner bestimmt, u. a. m. Würden die politischen Regisseure des Ostfernsehens nicht über einen gewissen, relativ hohen Prozentsatz von Hörern beziehungsweise Zuschauern dieser weitgehend satirisch-polemisch gehaltenen Sendungen ziemlich zuverlässig informiert sein, so würden sie diesen Aufwand sowie den Charakter der Sendungen für die SBZ-Teilnehmer nicht dulden beziehungsweise diese Programme nicht im Laufe der letzten Jahre noch erweitert haben. Denn zum Teil erfahren die SBZ-Teilnehmer auf diesem Wege immerhin doch manches, was ihnen sonst verheimlicht wird. Sie sehen und hören zum Beispiel auch Ausschnitte des West-

fernsehens, und wenn sie auch durch die Art und Weise der Auswahl und Kommentierung willkürlich verzerrt und entstellt sind, so könnten sie Ähnliches nur auf dem gefährvollen Umweg über das „illegale“ Westfernsehen zur Kenntnis bekommen. Jedenfalls aber ergibt sich aus Aussagen von SBZ-Bewohnern und Flüchtlingen, dass Persönlichkeit und Aussagekraft der Worte eines Kennedy oder Adenauer ihre Wirkung, so erstaunlich das ist, ungeachtet aller Entstellungsbemühungen selbst noch im Medium Fernsehen und unter den angegebenen Umständen behalten.

Was den zeitlichen Vergleich des Programmablaufs in Ost und West betrifft, so ist leider festzustellen, dass die früheren westlichen Streitigkeiten um Finanzierungsfragen auch nach dem 13. August anhalten und offensichtlich ihren negativen Einfluss auf diesen Teil der Programmgestaltung weiterhin ausüben. Wie im Mai, so stritt man sich auch im Oktober 1961 – jetzt allerdings unter Hinweis auf die „zusätzlichen Aufgaben“, die nach dem 13. August sicherlich erwachsen sind (vgl. u. a. den Berliner *Tagesspiegel* vom 27. 5. und vom 17. 10. 1961). In dieser Beziehung sollte die umgehende amerikanische Reaktion auf die Augustereignisse in Form ganz erheblicher Bewilligungen von Zusatzmitteln für den RIAS den westdeutschen Fernsehverantwortlichen als Beispiel dienen.

Einstweilen also sendet das Westfernsehen vormittags (immerhin) von 10 Uhr an eine etwa zwei- bis dreistündige Wiederholungssendung, meist bis gegen 12,30 oder 13 Uhr. Gleichzeitig sendet auch das Ostfernsehen, dieses jedoch bereits um 9,45 Uhr mit einer reinen Nachrichtensendung (Wort) beginnend, der 9,55 eine Bildübertragung „Morgengymnastik“ folgt, ausgeführt von je zwei oder vier mehr oder weniger attraktiven Badenixen; diese letztere Sendung ist wohl gemerkt erst nach Einführung des westlichen Vormittagsprogramms, und zwar fünf Minuten vor diesem beginnend, wohl als eine Art von „Blickfang“ für die Schichtarbeiter angelaufen.

Nach beiderseitiger Kurzunterbrechung der Sendefolge – im Westen durchweg früher als im Osten, der bis 15 Uhr Musik sendet, aber pünktlich mit Beginn der übernommenen Nachrichtensendung des „Deutschlandsenders“ abschaltet – tritt im Westen Senderuhe bis 17 Uhr ein. Das Ostfernsehen aber beginnt bereits nach einer nur viertelstündigen Unterbrechung (die wohl den Zweck hat, die politische Absicht zu tarnen) werktäglich um 13,15 Uhr; sonnabends wird fast, sonntags immer durchgehend gesendet. Um 13,15, früher um 13,30 Uhr kommt als angebliche „Testsendung für Industrie und Handel“ an vier Wochentagen je ein Spielfilm, dienstags ein Kurzfilm

programm, sonnabends um 14 Uhr die Standard-sendung Rendezvous am Wochenende zur Aufführung. Die Alltags-sendungen dauern bis etwa 15, oft bis 15,15 Uhr, während das Westfernsehen Pause macht. Wen wundert es, dass ungezählte Schulkinder, kaum nach Hause zurückgekehrt, das vermeintliche Versäumnis des Vormittagsfernsehens auszugleichen suchen und – „Ost“ einschalten?

Dabei bleibt es nicht. Kaum ist die kommunistische „Testsendung“ – übriges gleichzeitig auf zwei Kanälen beziehungsweise in zwei „Programmen“ gefunkt, falls jemand nur eine Tischantenne oder sonst schlechten Empfang hat – gegen oder nach 15 Uhr beendet, meldet sich bereits um 15,30 oder spätestens um 16 Uhr die Kinder- oder Jugendsendung. Natürlich ist das eine angenehme Unterbrechung der Schularbeiten, zumal wenn Vater oder Mutter etwa noch nicht zuhause sind oder nicht energisch dagegen auf-treten.

Ständige Figuren dieses östlichen Kinder- und Jugendfernsehens sind fast durchweg allgemein bekannt, ebenso wie zahlreiche Schlager rein östlicher Provenienz (*Junge Leute brauchen Liebe*, Bärbel Wachholz); „Professor Flimrich“ (Jugend-) und „Meister Nadelohr“ oder „Meister Briefmarke“ (Kinderfernsehen Ost) sind unter der Schuljugend der jeweiligen Altersstufen im Empfangsbereich des Ostfernsehens weitgehend zum Begriff geworden. Von dieser Tatsache war unter anderem auf einer Tagung der „Evangelischen Arbeitnehmerschaft“ die Rede, an der von den Teilnehmern aus der Bundesrepublik und aus West-Berlin im Spandauer Johannesstift die Frage erörtert wurde: Was kann man gegen diese Entwicklung tun?

Nun, man kann natürlich an unsere Fernsehsender schreiben. Denen aber ist der Tatbestand seit langem hinlänglich bekannt. Dennoch beginnt das westliche Kinder- oder Jugendfernsehen, von ganz seltenen Ausnahmen einer Vorverlegung um eine Viertelstunde abgesehen, seit Jahr und Tag unverändert um 17 Uhr. Die Gründe sind solche finanzieller Art. Wenn wir vorverlegen, heißt es, können wir doch nicht durchgehend bis zum Abend senden; also wird „Ost“ rückverlegen. Beginnen wir aber um 15,30 oder 16,00 Uhr, so beginnen die anderen bestimmt um 15 Uhr, oder eben erst um 17,30 Uhr. Dieser Argumentation lässt sich jedoch entgegenhalten: Woran liegt es denn, dass viele Kinder oder Jugendliche, die das früher beginnende Ostfernsehen einmal eingeschaltet haben, nicht rechtzeitig nach West zurückschalten, weil ihnen vielleicht irgendein spannender (und antiwestlicher) Spionagefilm oder „Krimi“ geboten wird.

Das Bestreben unserer Fernsehkoordination, der allabendlich zweimal gebrachten *Aktuellen Kamera* des Ostens nach jahrelangem Zusehen in Form der Spätausgabe der westlichen *Tageschau* ein Pendant zu geben, sei immerhin anerkannt, obwohl es in seiner häufig recht hölzernen und einfalllosen Gestaltung am Ende noch solche Fernseher zu der Frage „Was gibt's denn im Osten?“ veranlasst, die bislang das auch nicht immer befriedigende und frühzeitig endende Zweite Programm jedenfalls lieber ansahen, als dass sie die östliche Berieselung über sich hätten ergehen lassen.

Die kommunistische Fernschieflung hat aber noch einen weiteren Aspekt: Einem sowjetischen „illegalen“ West-Fernseher konnte (und kann) es zuweilen passieren, dass er, angewidert von dem ihm aufgezwungenen Ostprogramm, das Risiko des Umschaltens beziehungsweise Umstellens seiner Antenne auf West auf sich nimmt, um dann eine beispiellose Enttäuschung zu erleben. So etwa, wenn er dies am Jahrestag der deutschen Novemberrevolution von 1918, dem 9. November 1961, getan hat. Nachdem er schon an den Vortagen ständig Oktoberrevolutionssendungen im Ostfernsehen hatte ansehen müssen, wollte er nun endlich einmal aufatmen, koste es, was es wolle. Aber siehe da – das Westfernsehen brachte an diesem Tage Bert Brechts *Schwejk im Zweiten Weltkrieg*; es sei denn, unser gedachter „Illegaler“ wohnte im Bereich des Senders Freies Berlin, der sich in diesem Falle aus dem gemeinsamen Programm ausklammert hatte, wie auch bei den beiden Novembersendefolgen über den Moskauer Staatszirkus. Dabei mögen die letzteren Sendungen, wie publik gemacht, zu Vereinbarungen des deutsch-sowjetischen Kulturaustauschs gezählt haben, nicht aber jene Brecht-Übertragung, bei der sich offenbar alle westdeutschen Fernseh-intendanten einig waren – gegen den von West-Berlin. Dass dieser dann auch von der offiziellen wie inoffiziellen Propaganda entsprechend kritisiert und ihm als Musterbeispiel seine westdeutschen Kollegen entgegengehalten wurden, bedarf nicht der besonderen Betonung. Dass dies unter anderem ausgerechnet in einer Wochenzeitung geschah, die sich *Lotto-Toto-Express* nennt (in ihrer Ausgabe Nr. 45 vom 8. 11. 1961, auf Seite 45 unter dem Titel *PAPS der Fernsehband*) und die in West-Berlin im SED-eigenen „Druckhaus Norden“ hergestellt wird – bis zum 14. August 1961 die Druckerei der West-Berliner SED-Zeitung *Die Wahrheit* –, das ist nur eine Arabeske, die einen letzten Aspekt der roten Fernschieflung beleuchtet, den nämlich der nach wie vor auf alle mögliche Weise betriebenen Propaganda für sie durch eine öffentliche Propagierung des Ost-

Ergebnisse der COMECON-Tagung

VON STEFAN C. STOLTE

Nach dem XXII. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 war die XV. Tagung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon) in Warschau vom 12. bis 15. Dezember 1961 die nächstwichtigste Konferenz der kommunistisch regierten Welt. Die XV. Comecon-Konferenz entsprach dabei ebensowenig den allgemeinen Erwartungen wie der Ablauf des XXII. Parteitags der KPdSU. Während die Parteikonferenz mit einer neuerlichen heftigen Entstalinisierungskampagne und dem offenen Bruch zwischen Moskau und Tirana selbst die Annahme eines neuen Parteiprogramms in den Schatten stellte, überraschte die Comecon-Konferenz sechs Wochen später gerade dadurch, dass sie über den Albanier-Streit eisernes Schweigen bewahrte.

Da die erwartete Fortsetzung der Albanier-Fehde in Warschau zu keinen sensationellen Ergebnissen führte, verlor die westliche Presse fast restlos rasch ihr Interesse an der Comecon-Konferenz; man merkte dabei kaum, dass die Warschauer Tagung im Zeichen der schleichenden Agrarkrise des Sowjetblocks stand. Dies ist aus der Schluss-erklärung der Konferenz klar zu erkennen, die in der Tribuna Ludu, Warschau, am 17. 12. 1961 veröffentlicht wurde.

Beim Lesen dieser Schluss-erklärung scheint es zunächst, als hätte sich die Konferenz mit einer Vielfalt von Problemen auseinandergesetzt; eine nähere Studie des Gesamttextes zeigt jedoch, dass die Behandlung landwirtschaftlicher Engpässe das Hauptthema des Kongresses bildete. In der Schluss-

erklärung heisst es nämlich, die Konferenz habe Berichte und Empfehlungen verschiedener ständiger Kommissionen gebilligt. Im einzelnen sind genannt die Kommissionen für Wirtschaft, für Landwirtschaft, für Chemie und für Bauwesen. Von diesen vier ständigen Kommissionen jedoch beschäftigten sich drei mit vorwiegend landwirtschaftlichen Problemen.

Die ständige Kommission für Chemie suchte Lösungen zur besseren Entwicklung der Kunststoffproduktion und der Herstellung anderer landwirtschaftlich wichtiger Chemikalien. Sie empfahl weiterhin eine engere Zusammenarbeit der Mitgliederstaaten bei der Herstellung dieser Produkte.

Agrarprobleme standen ebenfalls im Mittelpunkt der Empfehlungen der ständigen Kommission für Bauwesen. Diese Kommission erarbeitete Vorschläge zur Typisierung des Baumaterials und der Bauten für Zwecke der Viehzucht, weiterhin für die Typisierung der mechanischen Einrichtungen in der Viehzucht.

Die Tatsache, dass die XV. Comecon-Tagung ihre Aufmerksamkeit vorwiegend einigen Problemen der Landwirtschaft widmete, wäre nicht so auffallend, wenn dies zum ersten Male geschähe. Seit Anfang 1960 kommt es jedoch immer häufiger vor, dass ausserordentlich wichtige kommunistische Konferenzen im Zeichen der mehr oder minder eingestandenen Agrarkrise stehen. Am 2. und 3. Februar 1960 schon hielten die Comecon-Staaten in Moskau eine Konferenz ab, die ausschliesslich

Fernsehprogramm. Auf welchen ungewöhnlichen Wegen diese erfolgt, zeigt eben das genannte Blatt, das in West-Berlin und der Bundesrepublik zum Einzelpreis von 0,30 DM vertrieben wird, also offenbar doch seine Käufer findet, obwohl es gleich auf der ersten Seite (und noch über dem Zeitungskopf) ausdrücklich anpreist: „Mit Funk- und Fernsehprogramm West und Ost“. Und das auch *nach* dem 13. August 1961.

Dies Blättchen macht damit, so bedauerlich es ist, anscheinend noch immer sein Geschäft. Weit- aus bedauerlicher aber ist es wohl, dass auch zahlreiche andere Blätter mit indirekter, bewusster oder unbewusster Propagierung der östlichen Infiltration – und nicht nur des Ostfernsehens –, wenn auch ohne selbst ein Geschäft damit machen zu wollen, so doch die Geschäfte des Kommunismus betreiben.

Wege zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion suchte. Damals sagte Chruschtschow – wie *Neues Deutschland* am 1. 4. 1960 berichtete – noch voll hochtrabenden Optimismus:

„Wir besitzen jetzt alles, was notwendig ist, um in unseren Ländern einen solchen Überfluss an landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu schaffen, der nicht nur die inneren Bedürfnisse befriedigen könnte, sondern es auch gestatten würde, den wirtschaftlichen Einfluss des Sozialismus über die Grenzen unseres Systems hinaus ständig zu erweitern.“

Ein Jahr vorher aber hatte Chruschtschow vor dem XXI. Parteikongress der KPdSU selbst zugegeben, dass die Prokopfproduktion der amerikanischen Landwirtschaft die der Sowjetunion noch immer um 40 % übertreffe (*Prawda*, 28. 1. 1959). Im Januar 1961 war dann die Plenarsitzung des Zentralkomitees der KPdSU eine einzige ununterbrochene Schimpfkanonade über die Zustände, die in der sowjetischen Landwirtschaft herrschen. Wiederum war Chruschtschow der Wortführer der schärfsten Kritik. Diese Plenarsitzung stellte fest (*TASS*, 18. 1. 1961):

„Das erreichte Niveau und das Tempo des Wachstums der landwirtschaftlichen Produktion – besonders der Produktion tierischer Produkte – ist nicht zufriedenstellend.“

Im Oktober 1961 versuchte Chruschtschow dann auf dem XXII. Parteitag der KPdSU von der Entwicklung der sowjetischen Landwirtschaft ein optimistisches Bild vorzutäuschen. Um dies zu erreichen, verglich Chruschtschow die Durchschnittsergebnisse der Jahre 1951 bis 1955 mit den Jahren 1956 bis 1960. Er wies zum Beispiel darauf hin, dass die sowjetische Landwirtschaft in den Jahren 1951 bis 1955 durchschnittlich 891,0 Millionen Doppelzentner Getreide produziert habe, während sie in der Periode von 1956 bis 1960 eine jährliche Durchschnittsproduktion von 1268,0 Millionen Doppelzentnern erreichte. Das ist ein Wachstum von 42%. Hier fügte Chruschtschow – laut *Prawda* vom 18. 10. 1961 – noch hinzu:

„Dadurch hat sich auch der Aufkauf von Getreide und von allen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen bedeutend erhöht. Während der Staat früher etwa 2 Milliarden Pud (328 Millionen Doppelzentner) Getreide aufkaufte, hat er in den letzten Jahren 3 Milliarden (491 Millionen Doppelzentner) und noch mehr aufgekauft.“

Chruschtschow verschweigt, dass Russland schon im Jahre 1913 801,0 Millionen Doppelzentner Getreide produzierte (J. Stalin: *Fragen des Leninismus*. Moskau 1947, S. 542). Das Wachstum der Getreideproduktion beträgt also im Vergleich

zu 1913 im Durchschnitt der Jahre 1951 bis 1955 nur 11%, im Durchschnitt der Jahre 1956 bis 1960 erst 58%. Damit blieb die Zuwachsrate der sowjetischen Getreideproduktion in den Jahren 1951 bis 1955 noch hinter der Zuwachsrate der Bevölkerung zurück und holte sie erst in den letzten 5 Jahren ein.

Damit, dass Chruschtschow nur die Durchschnittsproduktion der letzten und vorletzten 5 Jahre vergleicht, verschleiern er auch weitere sehr wichtige Tatsachen. In Wirklichkeit lässt sich – nach dem Aufschwung um die Mitte der fünfziger Jahre – eine neuerliche Stagnierung der sowjetischen Getreideproduktion und auch des staatlichen Aufkaufs feststellen, wenn man die Ergebnisse der genannten Jahre einzeln analysiert: ¹⁾

Jahr:	Gesamtprod. von Getreide in Mill. dz	Ankauf durch den Staat in Mill. dz	in % der Gesamtprod.
1956	1 278,0	541,0	42,3 %
1957	1 048,0	354,0	33,8 %
1958	1 394,0	572,0	41,0 %
1959	1 248,0	568,0	45,5 %
1960	1 332,0	467,0	35,1 %

Aus dieser Tabelle ist klar ersichtlich, dass der Jahresdurchschnitt (1 268,0 Millionen Doppelzentner) der sowjetischen Getreideproduktion in den Jahren 1956 bis 1960 unter dem Ergebnis von 1956 blieb. Das kann man nur als Stagnierung bezeichnen, ja, wenn man das jährliche Wachstum der Bevölkerung berücksichtigt, ist es der Wahrheit eher entsprechend, von einer schleichenden Produktionskrise zu sprechen. Auch die Entwicklung des staatlichen Aufkaufs schaut ziemlich trostlos aus. Schon 1956 konnte der Sowjetstaat 42,3% der Getreideproduktion aufkaufen, dieses Ergebnis wurde aber dann nur 1959 übertroffen, sonst blieb es unter dem bereits 1956 erreichten Stand.

Eine ähnliche Verschleierung der Tatsachen wie bei der Getreideproduktion versuchte Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag mit dem Wachstum des Viehbestandes. Hier verglich er einfach die Zahlen vom Jahre 1955 mit den Zahlen vom Jahre 1960. Wie er sagte, hatte 1955 die Sowjetunion 58,8 Millionen Rinder (davon 27,7 Millionen Kühe) und 1960 schon 75,8 Millionen Rinder, davon 34,8 Millionen Kühe. Das Wachstum der Zahl der Rinder macht in diesem Vergleich 29%, davon Kühe 26%, aus. Hier verschweigt Chruschtschow wiederum die entscheidend wichtige Tatsache, dass die

1) 1958 *Economic Survey of Europa*, Geneva 1959. Chapter I; *TASS*, 21. 1. 1960 und 25. 1. 1961. Diesen Quellen sind auch die noch folgenden statistischen Angaben entnommen, soweit nicht anders angegeben.

sowjetische Rinderzucht gerade in der neuesten Zeit wiederum hinter der Planerfüllung zurückgeblieben ist. 1958 hatte die Sowjetunion 66,8 Millionen Rinder, die Zahl der Kühe betrug 31,4 Millionen. Im Sinne des Siebenjahresplanes soll die Sowjetunion 1965 bereits 109 Millionen Rinder und davon 49 Millionen Kühe haben.²⁾ Das würde also ein Jahreswachstum um 5,75 Millionen Rinder beziehungsweise 2,43 Millionen Kühe bedeuten. Aus einem Vergleich dieser Planziele mit den Zahlen des tatsächlichen Wachstums ergibt sich jedoch die folgende Tabelle:

Planziele und Planerfüllung der Rinderzucht (in Millionen)³⁾

	1958	1959 (Plan)	1959 (Erfüllung)	1960 (Plan)	1960 (Erfüllung)
Rinder	66,8	74,4	70,8	80,2	75,8
davon					
Kühe	31,4	36,3	33,3	38,7	34,8

Die zitierten Zahlen über die Getreide- und Viehwirtschaft genügen, um die potemkinische Art der Prahlerei Chruschtschows über die sowjetische Agrarentwicklung aufzuweisen. Diese offensichtliche Verschönerung der landwirtschaftlichen Entwicklung lässt natürlich auch über die sonstigen Erfolgsberichte des sowjetischen Parteichefs berechnete Zweifel aufkommen. In landwirtschaftlicher Hinsicht dürfen wir uns in der Tat durch die Parteitagrede Chruschtschows nicht beeindrucken lassen. Die Wahrheit, oder mindestens ein Teil der Wahrheit, wurde im Januar 1961 bei der Plenarsitzung des Zentralkomitees ausgesprochen, und wir sahen jetzt bei der XV. Comecon-Konferenz, dass auch die Fachleute dieser Organisation im Sinne dieser Plenarsitzung arbeiteten und sich um das optimistische Gehabe Chruschtschows wenig kümmerten.

Bei der Plenarsitzung des Zentralkomitees vom Januar 1961 wurde von führenden Funktionären aus Staat und Partei – laut *Prawda* vom 12. 1. 1961 – unter anderem gesagt:

„Einer der schlimmsten Engpässe bei der Entwicklung der Viehwirtschaft ist der Mangel an Vieh- und Geflügelställen... in diesem Jahr konnten über sechs Millionen Tiere im Winter nicht in Ställen untergebracht werden.“

„Der Viehbestand nimmt zu, aber die Mechanisierung der Farmen hat weiterhin ein niedriges Niveau.“

Diese zwei Zitate erklären in ausreichendem Masse, warum die XV. Comecon-Konferenz das Problem der Stallbauten und der Mechanisierung der Viehwirtschaft in den Vordergrund rücken musste.

Bei der Januar-Plenarsitzung (1961) protestierte

Chruschtschow bekanntlich mit einem langen und zornigen Zwischenruf gegen folgenden Satz des ukrainischen Ersten Sekretärs der KP, N. V. Podgornij (*Prawda* vom 12. 1. 1961):

„Es gibt immer noch viele Leiter von Kolchosen und Sowchosen, Gebiets- und Republikorganisationen, die, ohne in das Wesen einer Sache tiefer einzudringen, versuchen, die niedrige Maisernte, die im vergangenen Jahr in der Ukraine erzielt wurde, damit zu erklären, dass in Verbindung mit der umfangreichen Neuaussaat die technischen Ausrüstungen, das Saatgut und die Düngemittel nicht ausreichen.“

Chruschtschow hat diese Begründung der Missernte mit Empörung zurückgewiesen; die XV. Comecon-Konferenz ist jedoch auffallend bemüht, die chemische Industrie zur Mehrproduktion des Kunstdüngers anzuspornen. Es gibt Zahlen, die die Kunstdüngerverwendung nicht nur in der Sowjetunion, sondern in den meisten Comecon-Ländern als einen wahren Engpass entlarven. So wurden zum Beispiel im Jahre 1957/58 pro Hektar folgende Mengen Kunstdünger verwendet (in Klammer die Vergleichszahlen für 1938):

In Polen 35,6 kg (6,7 kg), in der Tschechoslowakei 61,8 kg (–), in der Sowjetzone 173,8 kg (142,8 kg), in Ungarn 19,5 kg (2,2 kg), in der Sowjetunion 11,6 kg (3,8 kg), in Rumänien 2,5 kg (–) und – als Vergleichszahl – in der Bundesrepublik 246,4 kg (154,5 kg)⁴⁾.

Die XV. Comecon-Konferenz sprach nicht davon, aber auch die zitierte Unzufriedenheit mit der technischen Ausrüstung hat ihren guten Grund, und zwar wiederum nicht nur in der Sowjetunion, wie folgende Übersicht ergibt, die darstellt, wieviel Hektar auf einen Traktor in folgenden Ländern im Jahre 1957 entfielen (in Klammer Vergleichszahl für 1949):

Polen 291 (711), Tschechoslowakei 102 (230), Sowjetzone 150 (–), Ungarn 219 (453), Sowjetunion 257 (–), Bulgarien 262 (688), Rumänien 413 (1001), Bundesrepublik Deutschland 14 (78).

Die letzten zwei Übersichten zeigen, dass die sowjetische Landwirtschaft technisch noch ziemlich unterentwickelt ist und eine führende Rolle nicht einmal innerhalb des Ostblocks beanspruchen kann. Es ist ja bekannt, dass die Landwirtschaft der Comecon-Staaten bis jetzt zugunsten der Industrialisierung vernachlässigt wurde. Kann man nun eine andere, für die Landwirtschaft günstigere

2) *Étude sur la situation économique de l'Europe*, Genève 1960. Kapitel III, S. 48

3) Ausser den bereits angegebenen Quellen: TASS, 20. 1. 1961

4) *Maly Rocznik Statystyczny*, Warschau 1960; *United Nations Economic Survey of Europe in 1956*, Genf 1957, Kapitel II; *Economic Survey of Europe in 1959*, Genf 1960, Kapitel III; *Scientia*, Bukarest, 19. 5. 1960

Entwicklung erwarten? Unverkennbare Zeichen bestätigen jedenfalls so viel, dass gewisse Meinungsverschiedenheiten über dieses Problem im gesamten Sowjetblock vorhanden sind. Das offene Eingeständnis der landwirtschaftlichen Misstände vom Januar 1961 ist in dieser Hinsicht weniger wichtig als manche prinzipiellen Erklärungen.

Noch vor dieser Sitzung des sowjetischen ZK-Plenums hatte Chruschtschow – am 6. Januar 1961 – vor der Mitgliederversammlung des Moskauer Instituts für Marxismus-Leninismus eine Rede gehalten, die im Ostblock erst mit grosser Verspätung veröffentlicht wurde. Er sagte damals – *Népszabadság* vom 22. 1. 1961 zufolge – unter anderem:

„Jetzt werden wir jene Politik allem Anschein nach nicht fortsetzen, dass wir das Eisenhüttenwesen bis an die letzte Grenze der Möglichkeiten entwickeln. Einen Teil der Investitionen leiten wir in die Landwirtschaft und Leichtindustrie um. Man kann den Kommunismus nicht so bauen, dass wir nur Maschinen, Eisen und Buntmetalle anbieten. Das Ziel ist, dass die Menschen auch gut essen, sich gut kleiden, gute Wohnungen beziehen können und auch ihre kulturellen und materiellen Lebensbedingungen verbessert werden.“

Manche Staatsmänner des Ostblocks beilieten sich, Chruschtschows These zu unterstützen. Selbst die rotchinesischen „Dogmatiker“ schlugen einen ähnlichen Ton an, wie der Abschlusserklärung der Plenarsitzung des rotchinesischen Zentralkomitees vom Januar 1961 zu entnehmen ist (*Népszabadság* vom 24. 1. 1961):

„Das ganze Volk soll seine Anstrengungen darauf konzentrieren, dass die Agrarfront sich festigt; man soll die Landwirtschaft als die Grundlage der Volkswirtschaft betrachten.“

Der ungarische Parteichef János Kádár folgte dem Beispiel Chruschtschows noch deutlicher (*Népszabadság* vom 5. 2. 1961):

„Während unsere Industrieproduktion in drei Jahren um 40% anstieg, vergrösserte sich die landwirtschaftliche Produktion nur um 11,5%. Wenn man das weiss, ist es für jeden vernünftigen Menschen klar, was zu tun ist. Wir müssen unsere landwirtschaftliche Produktion schneller steigern. Wir können ja nochsoviel Maschinen herstellen – es wird eben doch niemand ein Zahnradgulasch, sondern ein Schweins- oder Rindsgulasch essen wollen.“

Hierauf kam der Programmentwurf beziehungsweise das neue Programm der KPdSU; diese Dokumente gingen auch in dieser Hinsicht um den heissen Brei herum. Die Resolution des XXII. Parteitags schien dann die Position derer zu festigen, die sich weiterhin für den Vorrang der

Schwerindustrie einsetzen. In der Resolution heisst es (*Prawda* vom 1. 11. 1961):

„Auch künftig soll die Schwerindustrie in beschleunigtem Tempo entwickelt werden, und zwar vorerst die Elektroindustrie, das Hüttenwesen, die chemische Industrie, die Heizstoffindustrie und die Bauindustrie... Jene Mittel, die in der Industrie durch Überfüllung der Planziele akkumuliert werden, müssen vorwiegend in die Landwirtschaft beziehungsweise in die Leicht- und Lebensmittelindustrie überführt werden.“

Nicht die Investitionen sollen also zugunsten der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie neu verteilt werden, sondern nur Mittel aus der „Überfüllung der Planziele“ sollen „vorwiegend“ – also auch nicht restlos – der Landwirtschaft und der Leichtindustrie überlassen werden. Das ist zweifellos ein Erfolg der „Dogmatiker“ in der Sowjetunion. Zwei Wochen später, bei der XV. Comecon-Konferenz, wurden jedoch wieder die Forderungen der Landwirtschaft laut. Dies bedeutet, dass die Debatte ihren Abschluss noch nicht gefunden hat und dass die Forderung nach energischen Massnahmen zur Überwindung der Landwirtschaftskrise im Rahmen des Comecon noch lauter ertönt als in der Sowjetunion selbst. Diese Erscheinung ist leicht verständlich. Denn nicht nur Rotchina sieht sich gezwungen, die Hungersnot seines Riesenreiches durch kanadische und sonstige Getreideeinkäufe zu lindern. Während manche Exporteure auch in der Bundesrepublik auf grosse Geschäfte spekulieren, die durch den Austausch deutscher Industrieprodukte gegen sowjetische Lebensmittel entstehen könnten, war die Sowjetunion bis jetzt nichteinmal immer in der Lage, die Bedürfnisse ihrer eigenen Satelliten zu befriedigen. 1959/60 sah sich Polen genötigt, von den Vereinigten Staaten Kredite in Gesamthöhe von 10,3 Millionen Dollar anzunehmen und dafür Getreide einzukaufen, und zwar allein 1960 eine Menge von 600 000 Tonnen im Werte von 41,5 Millionen Dollar. Ungarn musste 1959 Kartoffeln und 1960 Getreide einführen. Bulgarien kaufte – ebenso wie Polen – amerikanisches Getreide: 2 Millionen Doppelzentner im Jahre 1959, 1,5 Millionen Doppelzentner im Jahre 1960.⁵⁾

Die Landwirtschaftskrise des Ostblocks ist noch nicht behoben, und auch die Empfehlungen des XV. Comecon-Kongresses werden daran kaum wesentlich etwas ändern. Um so mehr ist damit zu rechnen, dass die schleichende Agrarkrise innerhalb der Parteiführung der einzelnen Ostblockstaaten zu weiteren Spannungen führen wird. Selbst in der Sowjetunion sind die Probleme der

5) *Népszabadság* vom 4. 3. 1960, 15. 3. 1960 und 3. 1. 1961; Radio Sofia am 13. 10. 1960

„Der revolutionäre Krieg“

VON CHR. MICHAEL

Das der Kommunismus die Durchführung der Weltrevolution erstrebt und dass diese nicht spontan, im Selbstlauf der Geschichte, sondern nur im revolutionären Handeln unter der Leitung der Kommunistischen Partei vollzogen werden kann, ist aus den Erklärungen, Programmen und Aktionen der Kommunisten gewiss bekannt. Nicht ebenso bekannt jedoch ist ihre hieraus sich ergebende Strategie und Taktik: Es ist die des *revolutionären Krieges*.

Der revolutionäre Krieg umfasst, wie Theodor Arnold in seiner kürzlich erschienenen Untersuchung*) betont, nicht nur den „regulären“ Krieg, sondern auch und vor allem den bewaffneten Aufstand mit all seinen Begleiterscheinungen. Der Vater der Theorie des modernen revolutionären Krieges ist Mao Tse-tung. Nach ihm liegt dessen Ziel in der „grundlegenden Veränderung der gesamten Lebensordnung einer oder mehrerer Nationen“. Oberster Grundsatz dieser Strategie und Taktik ist die Herbeiführung einer „Revolutionslage“ in den nichtsozialistischen Staaten. Hauptkampffeld dieses Krieges ist – gemäß dem Leitsatz der Kommunisten, dass die Massen die Schöpfer der Geschichte seien – das Bewusstsein der Massen, das revolutioniert werden soll. Entscheidender Inhalt dieser Revolutionierung ist die lebendige Überzeugung von der Unabwendbarkeit des Sieges des Sozialismus und der unbeirrbar Glaube an die Schaffung einer neuen Welt des diesseitigen Heiles.

„Wir haben es“, so betont der Verfasser mit Recht, „in unserem Jahrhundert mit einer völlig neuen Art von Kriegen zu tun, die man am besten als revolutionäre Kriege bezeichnen kann.“ Deren Eigenart blieb indes bis 1945 unerkannt, wiewohl sie nach Auffassung des Verfassers lediglich „eine folgerichtige Verwirklichung der theoretischen Grundsätze des Marxismus-Leninismus ist, die den Zusammenhang zwischen Krieg und Revolution umfassen“. Diesem vom Ziel der Weltrevolution beherrschten Zusammenhang zwischen Krieg, Revolution, Politik und Frieden geht der Verfasser im ersten Teil seines Buches unter Zugrundelegung marxistisch-leninistischer Quellen nach. Er weist nach, dass beide Väter des Marxismus absolute Gegner des Pazifismus waren und „im Krieg ein Instrument der Revolution sahen“.

So betont Lenin in seinem Abschiedsbrief an die Schweizer Arbeiter ausdrücklich: „Wir sind keine Pazifisten... Wir haben es stets als Unsinn bezeichnet, dass das revolutionäre Proletariat auch revolutionären Kriegen abschwören sollte, die sich im Interesse des Sozialismus als notwendig erweisen können.“ (S. 17)

Der Autor bemerkt hierzu: „Dass der Krieg sich nicht auf das rein Militärische beschränkt, sondern aus drei weiteren Faktoren besteht: *aus Diplomatie, Wirtschaft und Psychologie*, letztere sowohl im Sinne der Propaganda als auch im Sinne der moralischen Verfassung der Truppe und des Hinterlandes verstanden, war für Marx und Engels

Landwirtschaft auch 1961 noch bei weitem nicht gelöst. Die spärlichen Angaben, die durch Chruschtschow in seiner Rede vor dem XXII. Parteikongress hinsichtlich der Ernteergebnisse des letzten Jahres veröffentlicht wurden, sind wenig überzeugend. Chruschtschow gab über die Getreideproduktion des Jahres 1961 keine genauen Zahlen an, sondern behauptete nur, dass die Bruttogetreideernte sich im Vergleich zum Vorjahre erhöht habe. Daraus geht klar hervor, dass die bisherige Rekordernte des Jahres 1958 auch dies-

mal nicht erreicht wurde, denn sonst hätte Chruschtschow gewiss damit geprahlt. Er sprach weiterhin über „Erfolge“ in der Viehwirtschaft, weil – nach seinen Angaben – der Rinderbestand 1961 um vier Millionen, davon der Bestand an Kühen um 1,7 Millionen gestiegen sein sollte (*Prawda* vom 18. 10. 1961). Damit bleibt aber das Wachstum des Rinderbestandes um 30 % hinter dem Jahresplanziel zurück. Wiesehr Chruschtschow also auch den Optimisten hervorzukehren bestrebt sein mag – die Tatsachen sprechen ihre eigene Sprache.

eine Binsenwahrheit... Am meisten faszinierte Lenin der Satz von Clausewitz, dass 'der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln' sei." Lenin, so berichtet der Autor, bezeichnete diesen Satz als einen 'dialektischen' und fügte hinzu, dass der Krieg nicht nur ein politischer Vorgang sei, sondern ein Höhepunkt, eine 'Ultima ratio der Politik'. Das Ganze, so betont Lenin immer wieder, ist die Politik, der Krieg ist ein Teil des Ganzen.

„Solche Einschätzung des Krieges als eines Sonderfalles der Politik“, resümiert der Autor diese Gedankengänge, „wurde von den Kommunisten in völliger Übereinstimmung mit der 'dialektischen Methode' als Grundlage für ihre Beurteilung von Konflikten übernommen. Die unausbleibliche Schlussfolgerung war, dass der Friede nur eine andere Form des Krieges sei, eine Atempause für den Krieg, wie es Lenin formuliert. So hat auch der langjährige Chef des sowjetischen Generalstabes B. M. Schaposchnikow in seinem dreibändigen Werk *Das Gehirn der Armee* nicht gezögert zu schreiben: 'Wenn der Krieg nur eine Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, ist auch der Friede nur die Fortsetzung des Kampfes mit anderen Mitteln.'“

So vermag der Autor seine Folgerung einsichtig zu belegen (S. 20): „Dieser aus der Lehre Clausewitz' gefolgerte Satz liegt der ganzen kommunistischen militärischen und politischen Strategie zugrunde.“

Neben der Vorstellung vom permanenten Charakter des Krieges bilden nach Ansicht des Autors noch zwei weitere grundlegende Gedanken Clausewitz' das Fundament der von den Kommunisten souverän gehandhabten Führung des revolutionären Krieges: Die Lehre von der *Abstufung des Krieges* – welche Abstufungen die Kommunisten mit den Termini kalter, begrenzter, Bürger-, na-

tionaler Befreiungskrieg und so fort bezeichnen – und die Beurteilung der *psychologischen und moralischen Fakten* für den Verlauf des Krieges. „Lenin exzerpierte“, so berichtet der Autor, „die Stellen aus dem Buche Clausewitz', aus denen hervorgeht, dass der Wille des Gegners, seine Moral und psychologische Haltung... das wichtigste Operationsziel jeder militärischen Auseinandersetzung sei.“

Während im zweiten Teil der vorliegenden Untersuchung die Phase 'Vom Revolutionsaufstand zum revolutionären Krieg' behandelt und so die ersten Erfahrungen und deren Auswertung für die Theorie des revolutionären Krieges dargelegt werden, wird im dritten Teil diese Theorie des modernen revolutionären Krieges in der 'Praxis' der Kommunisten vorgeführt, nämlich die drei revolutionären Kriege auf dem Balkan (Jugoslawien, Albanien, Griechenland), der Versuch der Revolutionierung des Iran (1945/46 und 1953) und die revolutionären Kriege in Burma, Malaya, Indonesien, Indien und Indochina.

In einem zusammenfassenden vierten Teil schliesslich wird eine Fülle taktischer Mittel aufgezeigt, deren sich die Kommunisten bedienen und die von der Infiltration über Neutralisierung, Diffamierung, Desorientierung, Selbstbeschuldigung, Provokation, Streik, Subversion und Terror bis zum offenen Kampf reichen.

Jeder, der sich mit der gegenwärtigen Strategie und Taktik des Weltkommunismus zu befassen hat, wird sich aus dieser Schrift Rat und Weisung und vor allem das gedankliche wie praktische Instrumentarium im Abwehrkampf gegen diese die Freie Welt tödlich bedrohende, nichtsdestoweniger aber abwendbare Gefahr holen können.

*) Theodor Arnold: *Der revolutionäre Krieg*. Ilmgau-Verlag, Pfaffenhofen 1961. 233 Seiten. DM 12,50

Zu einer Chruschtschow-Biographie

VON J. KAREL

Nur mit äusserster Reserve nimmt man heute keine Biographie zur Hand, die der Erscheinung und dem Leben eines kommunistischen Führers gewidmet ist. Abgesehen davon, dass es nicht jedem Biographen gelingt, das Bild, das er malt, von seiner persönlichen politischen Meinung unge-

färbt zu lassen, stellen sich einem jeden solchen Versuch auch grosse objektive Schwierigkeiten entgegen. Beträchtlich ist die Zahl der Fallen, in die auch der mit bestem Willen vorgehende Autor bei seinem Unternehmen stolpern kann. Allzuvielen Quellen, die sich ihm präsentieren, sind verfälscht,

allzuvielen Darstellungen geklittert. Häufig ist eine kritische Würdigung des Wahrheitsgehaltes kommunistischer Angaben überhaupt nicht möglich, oder es bestehen ganz einfach Lücken, die der Versuchung zur Spekulation breiten Raum lassen.

All dies ist Anlass genug, dem vorliegenden biographischen Versuch über Chruschtschow*) mit Vorbehalt gegenüberzutreten. Um so beruhigender ist es dann aber, dass der Verfasser bereits auf den ersten Seiten seines Buches deutlich macht, dass er sich der bestehenden Gefahren und Schwierigkeiten wohl bewusst war und dass er die sich daraus ergebenden Grenzen für seine Arbeit erkannt hat. Zeigt der Autor schliesslich noch die Bereitschaft, dort, wo es nötig ist, sein „ignoramus“ zu bekennen, statt Spekulation für bare Münze anzubieten, so wird man seiner Darstellung in dem Vertrauen folgen können, dass er bei der Abfassung die grösste kritische Gewissenhaftigkeit walten liess. Palocz-Horvath betont, dass er sich bei seiner Untersuchung nur auf sowjetische Dokumente gestützt habe. Dieses Verfahren, das er – von einer zweitrangigen Ausnahme abgesehen – auch durchhält, bietet die Möglichkeit, Fehlerquellen so weit wie möglich auszuschliessen, vorausgesetzt, dass der Autor die herangezogenen „Zeugnisse“ richtig zu „lesen“ und einzuschätzen vermag.

Diese Voraussetzung, die eine intime Vertrautheit mit der Materie erheischt, ist bei Palocz-Horvath gegeben. Der aus Ungarn stammende, heute in London lebende Schriftsteller und Journalist hat die beiden wesentlichen Seiten des kommunistischen Systems kennengelernt: er war Mitglied einer kommunistischen Partei und Insasse eines kommunistischen Zuchthauses. Palocz-Horvath kehrte 1947 nach Ungarn zurück, von wo er 1941 in den Vorderen Orient geflohen war. Er trat der KP bei und wurde 1949 verhaftet. Der Anbruch der „Taufperiode“ brachte für ihn nach fünfjähriger Inhaftierung die Freilassung. 1956 beteiligte er sich am Freiheitskampf der Ungarn, nach dessen Fehlschlag ihm die Flucht in den Westen gelang. Zuvor hatte er sich als Mitarbeiter des Historischen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest betätigt.

„Wie Nikita Sergejewitsch Chruschtschows Herkunft, Kindheit und frühe Jugend eines Tages aussehen wird, ist schwer zu sagen“, schreibt Palocz-Horvath am Anfang seines Buches. „Denn im Gegensatz zu den anderen Ländern der Erde steht in der Sowjet-Union zwar die Zukunft fest, ... die Vergangenheit aber ist äusserst ungewiss. Die zurückliegenden Ereignisse werden fortgesetzt korrigiert und den Wechselfällen der jeweiligen Gegenwart angepasst. Fakten werden, mit Orwell

gesprochen, „Unfakten“, Personen werden „Unpersonen“. Zuweilen werden Unpersonen und Unfakten wieder Personen und Fakten... Wahr ist, was den politischen Erfordernissen des Tages entspricht.“

Auf diesen schwankenden Boden begibt sich Palocz-Horvath, um an Hand von „tausenden von Zeitungsartikeln, Konferenzberichten, Reden und Interviews“ den Weg Chruschtschows vom unbedeutenden Provinz-Apparatschik zum mächtigsten Mann der Sowjetunion zu verfolgen. Der Autor vergleicht seine Arbeit mit der eines Archäologen, der ebenfalls nicht selten gezwungen ist, die Tatsachen aus indirekten Andeutungen zu rekonstruieren. Dabei kommt ihm der Blick des Mannes zugute, der selbst einmal dem Apparat angehörte und der deshalb in der Lage ist, in scheinbaren Nebensächlichkeiten den Schlüssel zur Deutung verschleierte Vorgänge zu finden.

Wir übergehen den Teil der Biographie, der sich mit Chruschtschows Jugend und seinem Dasein als zweitrangiger Funktionär befasst, um jene Passagen ins Auge zu fassen, in denen Palocz-Horvath den Kampf Chruschtschows um die höchste Autorität, das heisst den Kampf gegen Malenkov und dessen Fraktion nach Stalins Tod schildert. Auch hierbei verzichten wir darauf, das Spiel wechselnder Bündnisse, Fronten und Intrigen nachzuzeichnen, sondern begnügen uns mit dem Versuch, die Grundsituation dieser Auseinandersetzung – wie sie von Palocz-Horvath gesehen wird – wiederzugeben.

Der Autor geht von einem interessanten Modell aus; er teilt die Apparatschiki in zwei Kategorien ein: in die „Technokraten“ und in die „Phraseokraten“. Die Phraseokraten gehen die Probleme rhetorisch, mit Wortmanipulationen an, während die Technokraten über Kenntnisse verfügen, die Probleme konkret zu lösen. Als Repräsentant der Technokraten – der Begriff ist so weit gefasst, dass er den Fachmann überhaupt mit einschliesst – tritt Malenkov in Erscheinung. Exponent der Phraseokraten hingegen ist Chruschtschow: „Intrigen im Apparat, organisatorische Massnahmen, Reden – das war sein eigentliches Fachgebiet.“ Er hatte die Apparatschiks und Parteibürokraten auf seiner Seite, während die neue Intelligenz und die Bevölkerung den Technokraten, das heisst zugleich dem liberaleren und realistischeren Kurs Malenkows zuneigten. Beim Kampf zwischen Malenkov und Chruschtschow ging es nicht zuletzt darum, ob Regierung oder Partei die Vorherrschaft im Staate zufallen solle.

Diese Auseinandersetzungen spielen sich in einer Situation ab, in der ein neuer, zusätzlicher Kräftefaktor in Erscheinung tritt: Unmittelbar nach dem Tode Stalins wurde der „Druck von unten“,

die Auflehnung der Bevölkerung gegen das System so stark, dass die Partei ihn nicht mehr ignorieren konnte. Stalins Terrormaschine konnte dagegen nicht mehr eingesetzt werden, da sie vor und nach der Liquidierung Berias wesentlich geschwächt worden war. Das „Tauwetter“ fand auch Eingang in die Partei, deren Funktionäre, eingedenk der Bedrohung, der auch sie jahrelang ausgesetzt waren, nichts mehr fürchteten, als eine Fortsetzung oder Neuaufgabe des stalinischen Terrors.

So unmöglich eine echte und beständige „Kollektive Führung“ ist, so gewunden und langwierig war der Weg des Mannes, der sich zum Alleinherrscher emporschwang. Auch heute noch ist Chruschtschows Macht nicht unbeschränkt, wenn er sie auch jederzeit zu erweitern sucht. Die Darstellung, die Paloczi-Horvath vom XX. Parteitag gibt, spiegelt das Wirken des starken Widerstandes gegen einen neuen Stalin. Die sogenannte Geheimrede war demnach keineswegs ein von Chruschtschow inszenierter Angriff gegen die „Stalinisten“. Es handelte sich hierbei, so meint Paloczi-Horvath, um ein von langer Hand sorgfältig vorbereitetes Manuskript, zu dessen Verlesung Chruschtschow von anderen Kräften gezwungen wurde.

Welche Mittel Chruschtschow zur Ausweitung und Erhaltung seiner Diktatur auch anwenden mag, eines ist ihm – nach Auffassung Paloczi-Horvaths – versagt: die blutige Säuberung. Sollte er versuchen, nach diesem Mittel zu greifen, so würde sich selbst seine jetzige Gefolgschaft im Apparat gegen ihn wenden. Der Apparat hätte demzufolge ein Eigengewicht erhalten, wie er es unter Stalin nie besessen hatte. Die Möglichkeit, dass sich eine Anti-Chruschtschow-Fraktion bilden könnte, die den Diktator verdrängt, wird von Paloczi-Horvath nicht ausgeschlossen.

Hat das System mit einem derartigen Apparat seine Virulenz eingebüsst? Der Autor verneint diese Frage, wenn er auch an einer Stelle (S. 354) die etwas merkwürdige und missdeutbare Bemerkung macht: „Dieser veränderte Apparat beeinflusst Chruschtschow, so dass er allmählich eine reali-

stischere und klügere Politik verfolgt und sich nicht auf gefährliche Abenteuer in der Aussenpolitik einlässt.“ Soll dieser Satz nur so verstanden sein, dass er sich auf die Frage einer direkt und willentlich von der Sowjetunion ausgelösten weltweiten atomaren Auseinandersetzung bezieht, so mag er seine Gültigkeit haben; darüber hinaus aber nicht.

Dass Moskau einen solchen Krieg zu vermeiden trachtet, hat der Autor richtig erkannt und führt für dieses Urteil auch überzeugende Gründe an: Die Sowjetunion wäre nicht nur militärisch einer vernichtenden Katastrophe ausgesetzt; vielmehr müsste – angesichts des Druckes von unten im Satellitenreich wie auch in der Sowjetunion selbst – die erste Kriegsfolge sein, dass das System als solches hinweggefegt würde.

Welche Erfolge Chruschtschow im Zeichen der ihm durch die waffentechnische Situation aufzuzwungenen „Koexistenz“ zu erringen vermag, hängt weitgehend von der Haltung des Westens ab. Hier spart Paloczi-Horvath nicht mit berechtigter Kritik. Die Völker des Westens, ihre Regierungen nicht ausgenommen, hätten die wahre Natur des Kalten Krieges noch nicht einmal erkannt. Aus dieser Unkenntnis rühre her, dass Chruschtschow mit seiner an den Westen gerichteten Forderung eines einseitigen Waffenstillstandes nur zu oft Erfolg hat. Die im Westen proklamierte Politik der Defensive, der Nichteinmischung und der Anerkennung führt von Niederlage zu Niederlage. In Wahrheit sei der Kalte Krieg nicht nur ein Kampf zwischen Regierungen und Machtblöcken, sondern viel mehr eine Auseinandersetzung zwischen „allgemein menschlichen Bestrebungen und kleinen Machtgruppen“, zwischen der gesamten Menschheit und den Diktatoren im Kreml und in Peking sowie deren Anhängern. Für den, dem diese Sicht zunächst fremdartig erscheinen sollte, ist Paloczi-Horvaths Werk ein gutes Lehrbuch.

*) Georg Paloczi-Horvath: *Chruschtschow*. Verlag Heinrich Scheffler, Frankfurt/Main 1960. 394 Seiten. DM 18,50 (Als Lizenzausgabe auch in der Fischer Bücherei, Band 406, erschienen. Preis DM 3,60)

Der Tyrann stirbt an sich selber, sobald man aufhört, ihn zu nähren. Er wird um so kräftiger, je mehr man ihm zu fressen, zu plündern, zu verzeihen gibt. Da wird er immer stärker und bekommt immer mehr Lust, zu vernichten und zu zerstören. Kämpfen gegen ihn? Woher denn! Wenn man ihm nur nichts mehr gibt, wenn man ihm nur nicht mehr geborcht, so ist er schon besiegt, sinkt nackt und bloss dahin und bedeutet gar nichts mehr. Er stirbt wie ein Baum, der verdorrt, weil seine Wurzeln kein Wasser mehr finden.

Ernst Birke: „Frankreich und Ostmitteleuropa im 19. Jahrhundert. Beiträge zur Politik und Geistesgeschichte.“ Köln/Graz: Böhlau 1960. XVI, 527 Seiten. DM 42,-

- Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart. 6. Arbeit

Es wird viel und bewegt Klage darüber geführt, wie wenig verbreitet Kenntnisse über den Osten Europas im „Westen“ doch seien, wo selbst die sogenannten Gebildeten in der Tat oft nur äusserst nebelhafte Vorstellungen von Geschichte und Eigenart der – sagen wir es zusammenfassend – slawischen Völker haben. Indessen ist dabei doch nicht nur Indolenz und arrogante Überheblichkeit im Spiel, die abschätzig mit dem Daumen über die Achsel nach jenen „primitiven Gegenden“ weist, in denen sie nichts sehen will als Vorfelder asiatischer Barbarei. Mitverursachend kommt hinzu die Seltenheit der Kenntnis der als schwierig geltenden slawischen beziehungsweise sogar ausserindoeuropäischen Sprachen, die unbestreitbare Tatsache eines – freilich nicht mit irgendwelchen Wertungen zu belastenden – west-östlichen Kulturgefälles, und manchmal vielleicht auch eine gewisse überempfindliche Haltung einiger intellektueller Vertreter der osteuropäischen Nationen, die der verständnisvollen Annäherung, die sie ja anstreben, mitunter hinderlicher als dienlich ist. Es scheint (und das gilt ja ganz analog für das deutsch-französische Verhältnis), als wäre die west-östliche Kulturbeziehung entweder durch Gleichgültigkeit oder durch auf Sympathie basierende einfühlsame Kennerschaft gekennzeichnet, die ost-westliche hingegen durch eine Hassliebe, die mit Affekt ablehnt,

was sie andererseits doch insgeheim bewundert und erstrebt.

Wie dem auch sei – nichts kann besser Missverständnisse aus dem Wege räumen als das Kennenlernen von nüchternen Tatsachen; nur durch ihre Kenntnis können aus Vorurteilen Urteile werden – ein Vorgang, der eigentlich für jeden denkenden Menschen bestimmend sein sollte. Die vorliegende Untersuchung von Birke ist natürlich nicht aus derartigen pädagogischen Erwägungen heraus in Angriff genommen worden; wäre dies der Fall gewesen, wäre ihr einschlägiger Nutzen ohnehin gering gewesen. Gerade weil sie eine sachliche wissenschaftliche Arbeit sein will – und ist –, erfüllt sie diesen Zweck gleichsam nebenher mit, wofür wir hier, die wir kein historisches Fachorgan sind, das nach anderen Gesichtspunkten urteilen mag, ausdrücklich unserer Dankbarkeit Ausdruck geben möchten.

Worum geht es? Um eine äusserst kenntnisreiche Darstellung eines bisher vernachlässigten oder aber höchst einseitig geschilderten Kapitels europäischer Historie, eines Kapitels, das sowohl in die Politik als auch in die Geistesgeschichte gehört: die französische Kontinentalpolitik des 19. Jahrhunderts, die, beeinflusst von polnischen Emigranten wie tschechischen Publizisten, von ungarischen Achtundvierziger-Flüchtlingen wie von russischen Salons, ihre geopolitisch gebotene Grundtendenz – bei aller Variabilität im einzelnen – immer beibehalten hat. Es ist das Jahrhundert des sich entfaltenden Nationalismus, der unversehens aus dem ethnisch aufgesplitterten östlichen Mitteleuropa ein äusserst wichtiges Gebiet der internationalen Politik machte, auf dem man freilich (wenn dies unhistorisch-moralisierend eingeschoben werden darf) von allen Seiten höchst unvorsichtig manipulierte, mit dem Ergebnis, dass das europäische Pulverfass zweimal durch Lunten zur Explosion gebracht wurde, die in jenen Gebieten sich entzündet hatten. Indessen bleibt dieser Dialog

zweier so grundverschiedener Kulturen wie der lateinisch-französischen und der slawischen, diese von Missverständnissen wie absichtlichen Verfälschungen und willkürlichen Stilisierungen nicht immer bewahrte west-östliche Beziehung doch ein denkwürdiges Schauspiel europäischer Vielstimmigkeit, zu der beide Seiten in reichem Masse beigetragen haben: Tocqueville, Leger, Denis, die „Révue des Deux Mondes“ (man beachte den bezeichnenden Titel) hier, Mickiewicz, Palacký, Rieger dort – um nur ein paar Namen zu nennen: Das Personenregister umfasst 27 Spalten und verrät in seiner Breite die Akribie und erstrebte annähernde Vollständigkeit in der Behandlung des gestellten Themas ebenso wie das ausserordentlich reichhaltige Quellen- und Literaturverzeichnis, dem der Rang einer Fachbibliographie zuzusprechen ist.

Unmöglich, den Gedankengang dieser Untersuchung hier nachzuzeichnen; überflüssig, einige wenige Einzelheiten, über die eine Diskussion möglich wäre, beckmesserisch herauszuklauben: den Wert des vorliegenden Buches vermöchten sie nicht zu beeinträchtigen – den Rang einer grundlegenden Arbeit über ein zwar sehr begrenztes, aber ebenso wesentliches Kapitel europäischer Geschichte, das erst in unseren Tagen zueingeschrieben worden ist. S.

W. Höpker: „Das Mittelmeer – ein Meer der Entscheidungen“. Eine politisch-strategische Studie. Verlag Mittler & Sohn, Frankfurt/Main 1961. 112 Seiten. DM 8,80

Das Mittelmeerbecken ist zur gefährdeten Südflanke Europas geworden, auf die ein grossangelegter Umfassungsversuch Moskau zielt. Es ist ein strategisches Entscheidungsfeld, dessen Sicherung für die westliche Position von schlechthin entscheidender Bedeutung ist.

Noch verlockender als ein Vorstoss durch den Ostseeraum erscheint im Kalkül des roten Generalstabes eine offensive Strategie an der Südflanke. Hier würde man in einen Bereich hineinstossen, durch den die grossen Schifffahrtstrassen laufen, die Europa mit Asien und Afrika verbinden und der für seine Ölversorgung von elementarem Wert ist. Ein hier ausmanövriertes Europa wäre von Afrika abgedrängt und hätte so seine Rückendeckung nach Süden eingebüsst. Umgekehrt stände den Sowjets Vorderasien und Nordafrika ungehemmt offen.

Die hier vorgelegte Studie ist der erste Versuch, die Bedrohung des Mittelmeerraums durch den roten Imperialismus in allen seinen Zusammenhängen deutlich zu machen. Mehr noch als sonst in der sowjetischen Offensivplanung fliessen gerade in Moskaus Mittelmeer-Konzept direkte und indirekte Strategie ineinander, so dass sich in Höpkers Aufriiss der militärische und der politische Aspekt ständig miteinander verzahnen.

Die Bundesrepublik Deutschland, im Mittelabschnitt der europäischen Verteidigungslinie mit schwerwiegenden Problemen gebunden, sollte nicht verkennen, dass auch ihre Lebensfragen an den Flanken Europas mitentschieden werden. Mit dem Blick auf den Atlantik, wie ihn die Partnerschaft in der Atlantischen Union erzwingt, muss sich der auf die Seeräume im Norden und Süden verbinden. Nicht nur mit der Ostsee, auch mit dem Mittelmeer ist das deutsche Schicksal im Sinne einer wirksamen Verteidigung vitaler verbunden als dies bisher in das allgemeine Bewusstsein drang. (-)

Literaturverzeichnis der Politischen Wissenschaften 1961. Günter Olzog Verlag, München 1961. 338 Seiten. DM 4,50

Das von der Hochschule für Politische Wissenschaften in München herausgegebene Litera-

turverzeichnis der Politischen Wissenschaften 1961 ist soeben erschienen. An diesem Dokumentationsunternehmen sind 436 Verlage der Bundesrepublik, Mitteldeutschlands, Österreichs und der Schweiz beteiligt. Das zum zehnten Mal vorliegende Verzeichnis enthält 1237 Titel von Neuerscheinungen und gibt — gemäss seiner traditionellen Zielsetzung — eine Übersicht über die einschlägigen Publikationen unter Wahrung zweier Grundprinzipien: Vollständigkeit in der Erfassung der Titel und sachliche Information durch knappe Inhaltsanalysen ohne Wertung. — Für die Handbibliothek des in irgendeiner Form mit Politik Befassten (und wer ist das schliesslich nicht!) ist diese wohlfeile Bibliographie unerlässlich. (-)

Wolfgang Wagner: „Die Teilung Europas“. Geschichte der sowjetischen Expansion bis zur Spaltung Deutschlands 1918-1945. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1959. 241 Seiten. DM 12,80

Über die geschichtlichen Wege, die zu der heutigen politischen Situation in Europa geführt haben, ist schon manche Untersuchung veröffentlicht worden; die einzelnen Ereignisse und Phasen dieser Entwicklung sind sorgfältig durchleuchtet und beschrieben worden. Wenn dem Leser dennoch ein weiteres Werk zu diesem Thema empfohlen werden kann, so liegt es an der besonderen Sicht, aus der sich der Autor Wolfgang Wagner dem Objekt nähert.

Wagners Grundkonzeption ist in Titel und Untertitel seines Buches bereits umrissen: Er sieht Wurzeln der Spaltung Europas in jenem bolschewistischen Putsch von 1917, der Russland unter ein totalitäres Regime zwang.

„Der Bolschewismus“, schreibt Wagner, „ist mit dem Geburtsmal des revolutionären Expansionsdranges zur Welt gekommen.“ Und er zitiert das Stalinwort,

dass mit der Etablierung der Sowjetunion auch eine mächtige Basis für die Weiterentwicklung der Weltrevolution gebildet worden sei.

Von diesem Ausgangspunkt kommt der Autor zu der Konsequenz, dass viele der westlichen Studien an drei Schwächen leiden: an „einer Verkennung der Natur und der Herkunft des West-Ost-Konfliktes, einer Überschätzung der historischen Bedeutung der grossen Kriegskonferenzen (Teheran, Jalta, Potsdam) und einer Blickverengung bei der Beurteilung der Spaltung Deutschlands“. Wagner sagt also den Theoretikern der „verpassten Gelegenheiten“ den Kampf an, was keineswegs bedeutet, dass er die Erfolge der sowjetischen Expansionspolitik als Fatum betrachtet. Ebenso wie das nationalsozialistische Regime sieht er das sowjetische als ein totalitäres Gebilde an. Den Totalitarismus begreift er als etwas „radikal Neues“, das — mit einem ungeheuren Expansionsdruck behaftet — zur Herausforderung unserer Zeit geworden ist. Gegenüber diesem überragenden Phänomen des Totalitarismus wird die Geschichte der Nationalstaaten zweitrangig.

Wagner bemüht sich, die von vielen zeitgenössischen Betrachtern künstlich errichteten geschichtlichen Scheidewände einzureissen. So vor allem jene widersinnige Zäsur, die die Zeit des Bündnisses der Sowjetunion mit den Westmächten in zwei Phasen zu zerlegen sucht, so als hätte es eine Zeitlang eine Übereinstimmung in den Kriegszielen der Westmächte mit denen des Kreml gegeben, während von einem mehr oder weniger bestimmten Zeitpunkt an der Ost-West-Gegensatz wieder aufgebrochen sei.

Tatsächlich hat es eine solche Übereinstimmung — wie Wagner belegt — nie gegeben. Während es den Westmächten darum ging, Europa zu befreien und das Hitlerregime niederzuwerfen, lag Stalins Ziel in einer Ausweitung des bolschewistischen Machtbereiches, ein Ziel, das zu keiner Zeit ausser acht gelassen wurde.

Dabei sollte Deutschland dasselbe Schicksal erfahren wie seine östlichen Nachbarn, wobei als Minimum des zu Erreichenden die Einverleibung des sowjetisch besetzten Teiles galt. So dürfen, wie Wagner meint, die Abmachungen von Teheran, Jalta oder Potsdam keine sonderliche Bedeutung beanspruchen. Er zitiert George Kennan: „Die Errichtung der sowjetischen Militärmacht über Osteuropa ... war nicht das Ergebnis dieser Gespräche; sie war das Resultat der militärischen Operationen während der letzten Phase des Krieges.“

Während der Amerikaner Kennan dieses klare Urteil abgibt – und sei es auch nur als nachträgliche Reinwaschung –, hat der Amerikaner Roosevelt an die Zweckmässigkeit und Gültigkeit seiner Abmachungen mit Stalin durchaus geglaubt. Man wird sich fragen dürfen, wie das möglich war. Wagner legt den Finger auf den wundesten Punkt der westlichen Politik, indem er auf die verbreitete grundsätzliche Verkenning des Ost-West-Konfliktes hinweist. Koexistenzphasen – die von Chruschtschow ausgeföhrt ist nicht die erste – wurden von den Sowjets immer dann propagiert, wenn eine militärisch-machtmässige Ausweitung ihres Bereiches nicht möglich war. Sie werden von den Bolschewiken selbst lediglich als die Fortführung der „Revolution“ unter zeitweiligem Verzicht auf grössere Kriege verstanden.

Dass sich während einer Koexistenzphase an der bolschewistischen Stossrichtung überhaupt nichts ändert, wird im Westen nur zu häufig verkannt. Der Grund für diese Fehleinschätzung liegt darin, dass die Bedeutung der Ideologie für die sowjetische Politik kaum berücksichtigt wird. Stalin machte seine grössten Eroberungen, als seine Sentenz, es gebe keinen „Export der Revolution“, in höchstem Kurse stand. Chruschtschow hat dieses Wort jetzt wieder hervorgekramt; dass es sich auch dabei um nichts anderes als um das Anliegen eines Schafspelzes handelt, macht Wagner in seinem Buch deutlich.

J. K.

Sándor Márai: „Geist im Exil. Tagebücher 1945-1957.“ Hamburg: Broschek 1959. 367 Seiten. DM 14,80

Die Geschichte des Verbannten ist so alt wie die Menschheitsgeschichte selber. Den „im Elend“ Lebenden hat es seit je gegeben: im Elend – das heisst etymologisch 'in fremdem Land', 'aus dem Frieden der angeborenen Rechtsgenossenschaft ausgewiesen'. Je nachdem sich dieser Ausschluss passiv oder aktiv vollzieht, ist der Betroffene ein Exulant oder ein Emigrant, ein Vertriebener oder ein Flüchtling. Die Geschichte des Heimatlosen ist noch nicht geschrieben; sie würde viele Bände füllen und wäre traurig, vielleicht aber auch in manchem lehrreich zu lesen.

Ist das Los der Heimatlosigkeit an sich schon schwer zu tragen, so ist es für den vertriebenen oder geflüchteten Mann der Feder schlechthin existenzbedrohend. Denn wenn auch ein jeder dem ihm von Kindheit an vertrauten Milieu verhaftet bleibt, so ist doch der aus dem Wurzelgrund seiner Sprache gerissene Dichter dem Antaios vergleichbar, der unbesiegbar war, solange seine Füsse die Erde berührten, der aber kraft- und machtlos wurde, sobald es gelang, ihn von dem Boden ein wenig emporzuheben. Der Dichter ist in der Fremde doppelt und dreifach im Elend: Einmal als Individuum – wie jeder andere Flüchtling auch; zum andern als Sprachschöpfer, der des lebendigen Umgangs mit seinem künstlerischen Medium entbehren muss: der Sprache – die ja ungleich mehr ist als eine blosser Summe von Vokabeln oder eine Reihung grammatischer Gesetzmässigkeiten; zum dritten endlich als Produzent von Literatur, also von sprachlich, genauer: von nationalsprachlich gebundener Kunst, für die es in der Fremde kein Publikum gibt; und dabei lebt jede Kunst, vorzüglich aber die Literatur, auch von der Kommunikation.

Diese Fragen also: Wie stellt sich der geistige Mensch zu den

Problemen des Exils, was hat er verloren, kann er seine Existenz in der Fremde bewahren – sie bilden den Inhalt dieser die angedeutete Problematik ausserordentlich erhellenden Tagebuchaufzeichnungen Sándor Márais. Dieser bedeutende ungarische Romancier, 1900 in Kaschau geboren – also in der sogenannten Karpatoukraine, diesem Grenzland und Überschneidungsgebiet der Sprachen und Idiome –, hat sich frühlich schon früher mit dem „Nirgendhingehören“ des freiwillig im Ausland Lebenden befasst, nämlich in dem 1930 (in deutscher Übersetzung 1935) erschienenen psychologischen Roman mit dem bezeichnenden Titel „... Doch blieb er ein Fremder“.

Und Márais Antworten? Er gibt ihrer mehrere; kluge, lebenserfahrene, skeptische. Und zuletzt steht der Satz, der vielleicht weniger müde ist, als er beim ersten Hinhören klingen mag, eher resigniert, ja weise: „Eine Zeitlang erwartet man noch, dass einem Gerechtigkeit widerfahren wird ... doch eines Morgens erwacht man und begreift, dass es sie nicht gibt. Es gibt nur die Tatsachen.“ schr.

Die Leiden eines Volkes. Herausgeber: Schweizer Tibethilfe, Solothurn. 280 Seiten, 118 Illustrationen und 4 Karten, Ganzleinen DM 17,20

Es gibt in der heutigen Literatur kaum ein Buch, das die Tragödie eines offensichtlich dem Untergang geweihten Kulturvolkes so eindringlich schildert und uns die Angehörigen dieses Volkes menschlich derart nahe bringt wie diese eben erschienene reichhaltige Publikation über die Tragödie Tibets und der tibetischen Flüchtlinge. Die bekannte Tibetspezialistin Blanche Christine Olschak schildert die Einzigartigkeit der tibetischen Kultur, und zahlreiche weitere Autoren vermitteln einen lebendigen Begriff von der Eigenart dieses Bergvolkes. (–)

МОСТЫ

BRÜCKEN

*Hefte für
Literatur, Kunst und Politik*

Es liegen vor:

Heft 1 / 1958, 430 Seiten
Heft 2 / 1959, 462 Seiten
Heft 3 / 1959, 438 Seiten
Heft 4 / 1960, 430 Seiten
Heft 5 / 1960, 345 Seiten
Heft 6 / 1961, 382 Seiten
Heft 7 / 1961, 398 Seiten
Preis je Heft DM 5,- / \$ 3,-

MITARBEITER DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE:

Erzählungen und Prosafragmente

G. Andreev; N. Berberova; J. Bol'schuchin; I. Bunin;
G. Gazdanov; Vl. Jurasov; V. Korvin-Piotrovskij;
A. Kulakovskij; N. Narokov; L. Rshevskij; V. Sersj;
I. B. Singer; P. Tschavtschavadse; N. Tschencov; B. Zajcev

Lyrik

L. Alekseeva; O. Anstej; I. Burkin; A. Ertel'; O. Il'inskij;
J. Ivask; I. Jelagin; Vl. Jurasov; D. Klenovskij; G. Lachman;
I. Legkaja; S. Makovskij; B. Pasternak; S. Pregel'; M. Stark;
J. Tauber; J. Trubecko; J. Tschinnov

Politik, Literatur, Wissenschaft

G. Adamovitsch; V. Alexandrova; G. Andreev; Th. Arnold;
A. Bachrach; N. A. Berdjaev; D. Burg; N. Efremov; V. Frank;
G. Gazdanov; K. Gerschel'man; J. Ivask; V. S. Jasnovskij;
J. Klein; M. Korjakov; G. Kotschevickij; G. Krugovoj;
S. Levickij; Vl. Markov; A. Mazurova; D. Mereshkovskij;
A. Nejmirko; N. Osipov; G. Petrov; N. Poltorackij;
K. Pomerancev; P. Schelestov; L. Schestov; A. Schik;
D. Schub; Vl. Shabinskij; F. Stepun; Vl. Weidlé; J. Werger;
Gr. Zabeshinskij

Verlag des Z O P E - München 19 - Renatastrasse 77

Einzelpreis DM 1.